

Political correctness in der (inter)nationalen Politik: zu Genese und Verbreitung eines Konzepts

Nies, Susanne (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nies, S. (Hrsg.). (2001). *Political correctness in der (inter)nationalen Politik: zu Genese und Verbreitung eines Konzepts* (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, 36). Berlin: Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut Abt. Politik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-440204>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Susanne Nies (Hg.)

Political Correctness in der
(inter)nationalen Politik. Zu Genese
und Verbreitung eines Konzepts.

36_{/2001}

ARBEITSPAPIERE DES OSTEUROPA-INSTITUTS DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

ARBEITSSCHWERPUNKT POLITIK

Das Osteuropa-Institut der Freien Universität beschäftigt sich als multidisziplinäres regionalwissenschaftliches Zentralinstitut in Forschung und Lehre mit den Räumen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas..

Mit der Reihe „**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts**“ stellt der Arbeitsschwerpunkt Politik aktuelle Ergebnisse aus seiner Arbeit einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmässiger Folge. Einzelne Papiere können gegen eine Schutzgebühr bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Garystr. 55
14195 Berlin
<http://www.oei.fu-berlin.de/>

Tel.: ++49 30 838 5 4058
 5 2075
 5 3708
Fax: ++49 30 838 5 3788

Titelgrafik:
ImStall²
<http://www.imstall.com>

Druck:
Zentrale Universitätsdruckerei
Kelchstrasse 31, 12169 Berlin

© 2001 by Susanne Nies
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft
Herausgeber: Klaus Segbers
Redaktion: Susanne Nies, Katarzyna Skibinska

ISSN 1434 – 419X

Political Correctness in der (inter)nationalen Politik: Zur Genese und Verbreitung eines Konzepts.

POLITICAL CORRECTNESS IN DER (INTER)NATIONALEN POLITIK: ZUR GENESE UND VERBREITUNG EINES KONZEPTS.	4
I. EINFÜHRUNG.....	6
S.NIES: WARUM EIN SEMINAR ZU PC ?.....	6
K. SKIBINSKA: ZUM VERLAUF DES SEMINARS	7
II. ZUR GENESE EINES KONZEPTS	8
F. PLEITGEN: AUFKOMMEN VON POLITICAL CORRECTNESS IN DEN USA.	8
N. STETTNER: DIE PC-DEBATTE IN DEN USA	14
A. JACOBS: POLITICAL CORRECTNESS (PC) - EIN NEUER MCCARTHYISM?	19
III: PC- NATIONALE SPIELARTEN/ VERBREITUNG EINES KONZEPTS.....	25
A. MOHAMMED: PC UND SPRACHREGELUNG IN DEUTSCHLAND: NEGERKUSS UND SAROTTI-MOHR.....	25
A. LANZKE: PC IN SÜDKOREA	34
E. PLUHAROVA-GRIGIENE: PC IN LITAUEN – EINE MÜHSAME RECHERCHE	49
N. KOTIASVILI: POLITICESKAJA KORREKTNOST IN RUSSLAND	54
IV. THEMATISCHE FALLSTUDIEN.....	61
F. FRENZEL : DER TRADITIONALISMUS DER ZITADELLE -SCHEINKONFLIKTE AM OTTO-SUHR-INSTITUT	61
A.LOHMANN: PC FÜR ALLE ? DIE KONTROVERSEN DES BROOKLYN-MUSEUM OF ART.....	69
LITERATUR.....	73
C. NEUNER-DUTTENHOFER: WO BLEIBT DIE DEBATTE ? POLITISCHE KORREKTHEIT UND EUROPA-KRITIK.	75
C. WÜSTNER: POLITICAL CORRECTNESS UND HOMOSEXUALITÄT	81
K. ACKERMANN: GEFAHREN DER ABKEHR VON POLITISCHER KORREKTHEIT AM BEISPIEL DER WALSER-BUBIS-DEBATTE	108
C. WACHSEN: PC IN GESCHICHTSBÜCHERN. EIN VERGLEICH DER SCHULBÜCHER DER 70ER, 80ER UND 90ER JAHRE.	116
V. ANHANG.	121

V. HEITMANN: POLITICAL CORRECTNESS - EINE KOMMENTIERTE BIBLIOGRAPHIE	122
SEMINARPLAN	128
AUTORINNEN UND AUTOREN	130

I. Einführung

S.Nies: Warum ein Seminar zu PC?

„Political Correctness“ ist der Topos für die Benimmregeln unserer Zeit in der nationalen und internationalen Politik, ja, im öffentlichen Umgang zwischen Menschen in „zivilisierten“ Gesellschaften insgesamt. Eine Neuauflage des Knigge sozusagen, für den größeren, überindividuellen Zusammenhang.

„Political Correctness“ scheint zur modernen liberalen Demokratie heute dazuzugehören. Liberale Demokratie, Menschenrechte, Universalität und Gleichheit sind dabei Teile eines Konzeptes, das die westliche Welt für sich beansprucht und in andere Regionen der Welt exportieren möchte.

Außenseiter sprechen polemisch von der „Diktatur der Guten“. Ist PC also eine neue Intoleranz, ein neuer McCarthyism, gar Meinungsdictatur?

Im Alltag treffen wir immer wieder auf den Begriff der PC, aber was bedeutet er genau? Meinen alle dasselbe, wenn sie ihn benutzen? Was soll PC bewirken, und was bewirkt sie?

Eine erste Literaturrecherche brachte mich zu der überraschenden Erkenntnis, dass alle von PC sprechen und sie in ihrem Verhalten berücksichtigen, aber wissenschaftliche Untersuchungen vor allem im deutschsprachigen Raum zu vermissen sind. Wie Vera Heitmann in ihrer kommentierten Bibliographie herausarbeitet, bezieht sich die vorhandene Literatur auf die inner-amerikanische Debatte, und steht die Arbeit von Arne Hoffmann, die eine literaturwissenschaftliche ist, recht alleine da.

Eine Reihe größerer Debatten hat die Nachkriegszeit in Deutschland bestimmt: die 68er, die Friedensbewegung der ausgehenden 70er Jahre und Historikerstreits. Eine Debatte um Political Correctness hat es dagegen nicht gegeben. Wenn das Konzept auch importiert und angewendet wurde und wird, so wurde es doch nicht öffentlich diskutiert.

Anliegen des Hauptseminars war es nicht, für oder gegen PC Stellung zu beziehen, sondern eine offene und tolerante Debatte zu führen; nicht neue Denkverbote einzuführen, sondern über unsere Zeit und Zeitbedingtheit, Normen und Moral gemeinsam nachzudenken, den Sinn von Denkverboten und Sittenkodices.

Sie zunächst festzustellen, zu analysieren und dann zu beurteilen.

Das Nachdenken über Werte erschien mir umso wichtiger, als normative Grundannahmen die nationale und internationale Politik seit dem Ende des bipolaren Zeitalters in neuer Weise prägen: Die sich auf den Universalitätsanspruch der Menschenrechte berufende humanitäre

Intervention etwa, die nach Auffassung vieler die Verletzung des Souveränitätsprinzips rechtfertigt.

K. Skibinska: Zum Verlauf des Seminars

Das Seminar befasste sich zunächst mit der Semantik von PC: Alle Studierenden befragten dazu fünf Bekannte über den Terminus und den vermeintlichen Inhalt, und recherchierten im Internet und Wörterbüchern. Diese Umfrage ergab zum Teil sehr unterschiedliche Antworten, was auf eine spannende Debatte im weiteren Verlauf des Seminars deuten ließ. Danach ging es um die Genese und Debatte in den USA und die Verbreitung von PC nach Europa und in andere Staaten. Thematische Fallstudien zu den Kerngebieten der PC – Multikulturalismus, Rassismus, Minderheiten, Gay und Lesbian-Movements schlossen sich an. Unweigerlich damit verbunden war die Frage nach der Identität von Gruppen und Individuen: Gibt es eine übergeordnete universale Identität, oder dominiert der Partikularismus. Die Unklarheit über eine eindeutige Definition und den Sinn von PC begleitete das ganze Seminar. Diese Unklarheit und Emotionen, die bei vielen von den behandelten Themen hochkamen, führten zu sehr anregenden Diskussionen. Überraschende Ergebnisse des Seminars waren unter anderem,

dass PC in verschiedene Länder exportiert wurde, dort aber durchaus nicht dasselbe meint: eine Art lokale/ regionale Adaption fand oder findet vielmehr statt;

dass PC nicht in gleicher Weise für alle Staatsbürger und Funktionsträger gilt: in Abhängigkeit vom Status der Person wird PC beachtet oder nicht. Ein Diplomat muss sich in der Öffentlichkeit anders verhalten, als er es im privaten Kreise tun kann, ein Schriftsteller oder Künstler kann es als Ausdruck seiner persönlichen Freiheit sehen, sich eben gerade nicht an PC zu halten, am Stammtisch redet man wieder anders etc.

Die folgende Publikation orientiert sich an der Struktur des Hauptseminars.

Frederik Pleitgen, Nicola Stettner und Anne Jacobs stellen das Aufkommen der PC-Bewegung in den USA dar.

Nationale Spielarten werden von Alia Mohammed für Deutschland, Alice Lanzke für Südkorea, Eva Pluharova-Grigiene für Litauen, und Nikolai Kotiasvili für Russland analysiert.

Die thematischen Fallstudien beziehen sich auf das Otto-Suhr-Institut und die Debatte um ein Seminar zur deutschen Sprache (Fabian Frenzel), eine Kontroverse am Brooklyn-Museum New York (Anne Lohmann), die Europa-Debatte (Christian Neuner-Duttenhofer),

Homosexualität (Christian Wüstner), die Walser-Bubis-Debatte (Kirsten Ackermann), das Holocaust-Denkmal und Geschichtsbücher (Cornelia Wachsen).

Abschließend kommentiert Vera Heitmann bisher erschienene Publikationen zu PC.

II. Zur Genese eines Konzepts

F. Pleitgen: Aufkommen von Political Correctness in den USA.

Einleitung: Das Phantom an den Hochschulen

Es ist wohl unmöglich, ein genaues Datum für das Aufkommen des Phänomens Political Correctness, in den USA festzulegen. Vielmehr erscheint Political Correctness wie ein Phantom, welches sich Mitte bis Ende der 80er Jahre zunächst in die Nordamerikanischen Universitäten einschlich und diese schließlich immer mehr durchzog um dann auch auf den Rest der Gesellschaft überzugreifen.

Unklar bleibt selbst, ob das Phänomen, welches Mitte bis Ende der 80er Jahre auf dem nordamerikanischen Campus auftrat und das Verhalten dort vor allem Anfang der 90er Jahre maßgeblich prägte, überhaupt als Political Correctness zu bezeichnen ist. Gerade diejenigen, die als politically correct gelten, würden dies vehement abstreiten.

Klar ist also lediglich: In Nordamerika trat Mitte bis Ende der 80er Jahre ein Phänomen auf, welches gemeinhin als Political Correctness bezeichnet wird, von dem zuerst die Universitäten betroffen waren. Klar ist auch: Am stärksten waren zunächst die sogenannten Ivy League Schools betroffen, also die Top Universitäten, wie Harvard, Stanford, Berkeley und Columbia, und dort vor allem die Geisteswissenschaften. Diese Universitäten galten vor allem Ende der 80er als Vorreiter der Political Correctness.

Die Revolutionäre kehren zurück: Gründe für das Aufkommen von PC

Nun beschäftigt Wissenschaftler vor allem die Frage, weshalb gerade die Universitäten eine solche Vorreiter-Rolle beim Aufkommen der Politischen Korrektheit in Nordamerika spielten. Die Antwort fanden sie in der Konstitution der Lehrkörper eines großen Teils der Colleges und Universitäten. Diese Lehrkörper bestanden zu einem großen Teil aus ehemaligen Aktivisten der 60er und 70er Jahre. Die Protestbewegungen der 60er und 70er Jahre, z.B. gegen den Vietnamkrieg, oder auch das Civil Rights Movement, hatten zu weiten Teilen auf

dem nordamerikanischen Campus stattgefunden. Bis Mitte der 80er Jahre waren die Aktivisten, die in den 60er und 70er Jahren u.a. auch gegen das Bildungssystem dieser Zeit protestiert hatten, selbst ein Teil des Systems geworden. Sie waren im Lehrkörper und auch in führenden Positionen der Universitäten zahlreich vertreten. So scheint das Zitat von Henry Louis Gates, einem Professor an der Duke University, aus dem Jahre 1989 bezeichnend: "Ours was the Generation that took over buildings in the 1960's and demanded the creation of Black and Women's studies programs and now, like the return of the repressed, we have come back to challenge the traditional curriculum."

Kritiker der sogenannten Politisch Korrekten behaupteten schon damals, diese seien zwar nun Teil des traditionellen Lehrkörpers der Nordamerikanischen Universitäten, hätten ihre Ideale aus den 60er Jahren jedoch nie aufgegeben und versuchten, diese nun zu allgemein gültigen Regeln auf dem Campus zu machen. Das Verhalten der sogenannten Politisch Korrekten wurde unter anderem als Reaktion auf die Präsidentschaft Ronald Reagans gewertet. Dies war eine Zeit konservativer Dominanz, vor allem in den USA. Die Ideale der Generation, die in den 60-ern gegen den Krieg in Vietnam protestierte, wurden größten Teils abgelehnt, Lehren aus der Niederlage im Krieg gegen die Viet Cong in Frage gestellt. Die USA wollten wieder Stärke zeigen. Es begann ein neues Wettrüsten und das viel zitierte Star Wars Programm.

Gerade mit diesem politischen Klima konnten sich viele der ehemaligen Aktivisten nicht identifizieren. Sie betrachteten die Nordamerikanische Gesellschaft als von Rassismus und Sexismus durchzogen. So z.B. die Kanzlerin der University of Wisconsin, Donna Shalala: "I would plead guilty to both racism and sexism. The university is institutionally racist. American society is both racist and sexist. Covert racism is just as bad today, as overt racism was thirty years ago. In the 1960's we were frustrated about all this. But now, we are in a position to do something about it."

Rassistische Gesellschaft. Die Antwort: Multikulturalismus

Diesem scheinbaren institutionellen Rassismus setzten die sogenannten Politisch Korrekten ihre eigene Ideologie entgegen- den sogenannten Multikulturalismus. Der Multikulturalismus stellte eine totale Abkehr von der in den USA bis dahin propagierten Ideologie der Melting Pot Society, hin zur Ideologie einer Salad Bowl Society, dar. Die Gesellschaft der USA sei gewissermaßen wie eine Salatschüssel, in der viele verschiedene ethnische Gruppen zwar zusammenkommen, diese aber nie zu einem Ganzen verschmelzen. Dennoch gibt jedes Element dem Salat ein Stück seiner Würze und so gilt es, vor allem auf die kulturellen Unterschiede der gesellschaftlichen Gruppen zu achten und diese zu respektieren. Genau das

habe die in Nordamerika dominierende europäische Kultur aber nicht getan, und sich mithin zu einer Unterdrücker Kultur gemacht. Nach Meinung vieler Wissenschaftler, von denen jedoch ein großer Teil negativ gegenüber Political Correctness eingestellt ist, leiten sich alle Formen der Political Correctness von der Ideologie des Multikulturalismus ab. Wie aber sahen und sehen diese Formen der Political Correctness aus, die sich zu dieser Zeit auf dem Campus entwickelten? Bevor darauf näher eingegangen werden kann, muss noch einmal deutlich gemacht werden: Das Aufkommen von Political Correctness an den Universitäten Nordamerikas hatte weder einen zentralen Ausgangspunkt noch geschah es in einem klar zu definierenden Zeitraum. Vielmehr ordneten immer mehr Professoren, unabhängig von einander, politisch korrektes Verhalten an.

"You can't say that!" Die Formen der Political Correctness

Das Aufkommen von PC äußerte sich zunächst als eine moderate Form der Umsetzung der Ideologie des Multikulturalismus. Um Minderheiten an Universitäten besser zu fördern, wurden Mitte der 80er Jahre die ersten Minderheitenverbindungen ins Leben gerufen, spezielle Beratungsstellen für Minderheiten eingerichtet und die Lehrpläne moderat geändert, um mehr Raum für Literatur von Angehörigen von Minderheiten zu schaffen. Diese Maßnahmen wurden allesamt von Dekanen oder Professoren angeordnet. Aus diesem Grund wird das Aufkommen von PC auch als, "Revolution from the top down" bezeichnet, also als eine Revolution, nicht von den vermeintlich Unterdrückten selbst gestartet, sondern diesen von oben auferlegt. Zur selben Zeit, als die ersten Maßnahmen der PC an den Universitäten eingeführt wurden, begannen sich Professoren und auch Studenten gegenüber vermeintlicher Diskriminierung von Minderheiten immer stärker zu sensibilisieren. Die vermeintlich herrschende Diskriminierung von Minderheiten wurde als direkte Folge der westlichen Kultur gesehen und diese und deren Angehörige wiederum für jegliche Diskriminierung verantwortlich gemacht. Diese Stimmung schaukelte sich hoch und erreichte 1987 einen ersten Höhepunkt, als der amerikanische Bürgerrechtler Jesse Jackson mit mehreren Hundert Studenten über den Campus der Stanford University mit dem Ruf zog: "Hey ho, hey ho, Western Culture's got to go." Jesse Jackson und die Studenten hatten für eine bessere Repräsentation von Minderheiten im Curriculum der Universitäten demonstriert. Tatsächlich fingen viele Universitäten zu diesem Zeitpunkt an, ihre Lehrpläne und Literaturlisten zu ändern. So ließen z.B. die Stanford Universität und die University of Wisconsin 1989 geheime Pläne zur besseren Förderung von Minderheiten erstellen. Neben diesen Auswirkungen der PC auf Lehrpläne und den Literatur Kanon, begann sich auch der Umgang zwischen Professoren und Studenten und auch zwischen Studenten untereinander zu ändern.

Die als politisch korrekt bezeichneten Studenten und Professoren reagierten zusehends empfindlicher auf vermeintliche Diskriminierung von Minderheiten, zu denen neben Angehörigen anderer Volksgruppen als der europäischen auch Frauen und Behinderte zählen. Verstöße gegen die allgemeinen Regeln des Umgangs wurden zunehmend härter geahndet. Hierdurch entstand Verwirrung darüber, wie der politisch korrekte Umgang mit Minderheiten auszusehen hatte. Dies führte Ende der 80er Jahre zur Einführung der ersten sogenannten Speech Codes, also Sprachkodizes. Dies waren Listen von Begriffen, die im Beisein von Minderheiten nicht zu verwenden seien. Gleichzeitig versuchte man alternative Begriffe für vermeintlich politisch nicht korrekte Wörter einzuführen. Hierzu gehörte z.B. die Ächtung der Begriffe Black, für Afroamerikaner oder Hispanic für Latinos. Hier eine umfassende Listen anzuführen, würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Neben den Speech Codes führten ein Großteil der Universitäten auch sogenannte Codes of Conduct ein, also Kataloge, in denen auch das Verhalten gegenüber Minderheiten auf dem Campus reglementiert wird. Ein herausragendes Beispiel für einen solchen Code of Conduct ließ sich am Antioch College im Bundesstaat New York finden. Dort sollten männliche Studenten beim Sex mit einer Frau vor jedem Schritt, den sie zu tun gedachten, um Erlaubnis bitten, um so späteren Vorwürfen von sexueller Belästigung, bis hin zu Vergewaltigung, zu entgehen. An anderen Universitäten war es verboten, Angehörige von Minderheiten abfällig anzuschauen oder in deren Gegenwart laut zu lachen, da dies als Beleidigung aufgefasst werden könnte. Dass man eine bestimmte Person nicht habe beleidigen wollen, galt nicht als Ausrede, da die Regel galt, das Opfer bestimmt, wann es diskriminiert wurde und nicht der vermeintliche Täter. Verstöße gegen die Speech Codes und gegen die Codes of Conduct hatten mannigfaltige Folgen, die bis hin zur Zwangsexmatrikulation reichten. Anfang der 90er Jahre dominierten diese Formen der Reglementierung an den amerikanischen Universitäten. Bereits 1993 waren die meisten von ihnen jedoch abgeschafft worden, weil man deren Ineffizienz erkannt hatte. Neben Verhaltensreglementierungen für Studenten und Professoren wurden auch die Lehrpläne geändert, um politisch korrekten Ansprüchen gerecht zu werden. Diese Ansprüche verlangten nach einer Einschränkung der Verwendung von Literatur von sogenannten Dead White European Males, also vor allem Europäischen Schriftstellern zu Gunsten von Schriftstellern, die Minderheiten angehören. So wurden aus dem Kanon von Literaturkursen Klassiker wie Kant oder Rousseau teilweise gestrichen und Minderheiten Literatur an deren Stelle aufgenommen. Diese Änderungen wurden vorgenommen, um Angehörigen von Minderheiten nicht den Eindruck zu geben, sie seien biologisch unterlegen, weil die gesammelte Weltliteratur aus Europa komme, behaupten Kritiker solcher Maßnahmen. Die Befürworter meinen hingegen, es würden noch genug Klassiker gelesen. Außerdem wurden Kurse in

Cultural Studies an vielen Universitäten Pflicht für alle Studenten. In einigen, auf Minderheiten bezogenen Studiengängen wurden, laut Kritiker, wissenschaftliche Fakten bewusst durch Mythologie ersetzt, um nicht die Gefühle der Angehörigen von Minderheiten zu verletzen. Ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Afrocentrism, welches vor allem an den Fakultäten der African American Studies gelehrt wurde. Zu dieser Lehre gehört der Glaube, die Schwarze Rasse sei der Weißen biologisch überlegen. Zuletzt wurden auch die Zulassungsbeschränkungen zugunsten von Minderheitenstudenten geändert. Unter dem Namen "Affirmative Action" wurde Angehörigen von Minderheiten der Zugang zu Universitäten erleichtert. Gleichzeitig wurde es für europäisch stämmige Studenten schwieriger, einen Platz zu bekommen. Außerdem werden Angehörige von Minderheiten häufiger die Studiengebühren erlassen, damit Universitäten ihre Minderheitenquoten erreichen können. Das System der Affirmative Action gilt auch heute noch als ineffizient, da hierdurch vor allem Angehörige von Minderheiten gefördert werden, die sowieso an fast allen Universitäten einen Studienplatz bekommen würden.(unverständlich) Probleme mit diesem System hatte auch ein überdurchschnittlich begabter schwarzer Student. Aufgrund seiner guten Noten hielten ihn die Komitees für einen Weißen und verweigerten ihm den Studienplatz. Erst als sich herausstellte, dass er Schwarz war, bekam er eine Zusage.

"Alles halb so wild." PC auf dem Rückzug

Nachdem PC sich an den Universitäten durchgesetzt hatte, griff es auch auf die anderen Bereiche der amerikanischen Gesellschaft über. Jedoch nicht lange. Bereits 1993 war Political Correctness in Nordamerika fast genauso verpönt wie der Kommunismus. In Fernsehsendungen wie Politically Incorrect mit Bill Mahr begann man sich immer mehr über Political Correctness lustig zu machen.

Obwohl Political Correctness in seiner übertriebenen Form, wie sie teilweise an den Universitäten Nordamerikas praktiziert wurde, seine Wirkung verfehlte und eher zu einer Abgrenzung der verschiedenen Ethnien, als zu einer Annäherung derselben führte, sind die Wirkungen, die es hinterließ durchaus positiv zu bewerten. Nach der Abschaffung von Speech Codes und Verhaltensreglementierungen werden vorrangig sinnvolle Formen der Political Correctness praktiziert und diese auch von weiten Teilen der Gesellschaft akzeptiert. Hierzu gehört z.B. Respekt vor den Bräuchen anderer Kulturen. PC in einer moderaten Form gehört in den USA zum gesellschaftlichen Konsens.

Literatur

Aufderheide, Patricia ed.: Beyond PC: Toward a Politics of Understanding, St. Paul 1992

Beckwith, Francis J.; Bauman, Michael J.; Ed.: Are You Politically Correct? Debating Americas Cultural Standards, Buffalo 1993.

Bloom, Allan: The Closing of the American Mind: How Higher Education Has Failed Democracy and Impoverished the Souls of Today's Students, Paperback Edition New York 1998.

Dig by, Tom Foster: "Political Correctness and the Fear of Feminism," in: Humanist, 2 (1992), 7 – 9

Drucker, Peter F: "Political Correctness and American Academe," in: Society, 32 (1994), 58 – 63

D'Souza, Dinesh: Illiberal Education: The Politics of Race and Sex on Campus, Boston 1991

Ellis, John M.: "The Origins of PC," in: Chronicle of Higher Education, Jan 15, 1992, B1 – 2

Hentoff, Nat: Speech for ME – But not for Thee, New York 1992

Kors, Alan Charles; Silvergate, Harvey A.: The Betrayal of Liberty on American Campuses, New York 1998

Levitt, Cyrill; Davies, Scott; McLaughlin, Neil; Ed.: Mistaken Identities The Second Wave of Controversy over "Political Correctness," New York 1999.

Rauch, J.: Kindly Inquisitors: New Attacks on Free Thought, Chicago 1993

Sowell, Thomas: Inside American Education, New York 1993

Wilson, John K.: The Myth of Political Correctness: The Conservative Attack on Higher Education, Duke 1996

N. Stettner: Die PC-Debatte in den USA

In den USA entstand die Debatte um Political Correctness (kurz: PC) parallel zum rückgehenden Einfluss der angelsächsischen und zudem noch männlich-dominierten Mainstream-Kultur. Amerika, einst ein “Mikrokosmos europäischer Einwanderer”¹, stand vor unbekannten Problemen. Alte Fragestellungen (Was es bedeutet Amerikaner zu sein und welches Erbe hinterlässt man für zukünftige Generationen) wurden neu aufgeworfen. Aufgrund der kulturell immer vielfältiger werdenden Gesellschaftsstruktur, drängten sich aber auch neue Fragen auf, wie zum Beispiel: Sind die westlichen Maßstäbe noch ausreichend für die neuen Herausforderungen der Gesellschaft? Darüber hinaus wurde durch die Aktivitäten der Bürgerbewegungen in den 60er Jahren auch der Ruf nach einer gerechten Ressourcenverteilung zwischen Mehrheit und Minderheiten lauter. Den PC-Anhängern ging es vor allem um eine Gleichstellung aller Minderheiten, ob kulturell, ethnisch oder religiös. In diesem Zusammenhang erschien ihnen der Begriff des Multikulturalismus als die geeignete Antwort auf die neuen Herausforderungen.

Die Protagonisten von PC gingen davon aus, dass man unter anderem durch eine Änderung der Lehrinhalte in Schulen und Universitäten auch eine Änderung der gesellschaftlichen Strukturen hin zu einer multikulturellen Gesellschaft bewirken könnte. In diesem Rahmen wurden Gleichstellungs- und andere Förderprogramme geschaffen, die Minderheiten und Frauen innerhalb der Gesellschaft Erleichterung verschaffen sollten. Darüber hinaus war man um eine Sensibilisierung der Mehrheit für Vorurteile und Diskriminierungen gegenüber bestimmten Minderheiten bemüht. Diese Sensibilisierung wurde vor allem auf der sprachlichen Ebene gefordert, da man der Auffassung war, dass eine Reform der Sprache gleichsam eine Reform der gesellschaftlichen Machtstrukturen nach sich ziehe. So wurden aus “Negern”, zuerst “Schwarze” und später “Amerikaner afrikanischer Herkunft”.

In den späten 80er Jahren entstanden zahlreiche Bücher konservativer Kulturkritiker, die Ressentiments und Ängste der weißen Mittelklasse beschworen, die durch den raschen politischen, sozialen, wirtschaftlich-technischen und demographischen Wandel aufkamen. Der Begriff der *political correctness* diente diesen Kulturkritikern als neues Feindbild.

¹ Hermann Kurthen/Kay Marie Losey (1996): Schlagwort oder Kampfbegriff? Zur “Political Correctness”-Debatte in den USA. In APUZ B21-22, S.3

Hinter der sprachlichen Ebene liegt jedoch die Ebene “der verschiedenen Weltanschauungen, moralischen Maßstäbe, politischen Ansichten und Gruppenideologien”². Es handelt sich hierbei also um weit mehr als einen “war of words”, das heißt den Kampf um die richtigen Worte. Während die Konservativen den Zerfall der amerikanischen Gesellschaft “in sich nach allerlei Kriterien abgrenzenden Groß-, Klein- und Kleinstkulturen” fürchteten, erhofften sich die Linken und Liberalen durch den Multikulturalismus und PC in diesem Zusammenhang eine Befriedung der Gesellschaft.

Der Soziologe Sven Papcke stellte fest, dass die PC-Bewegung in den USA spezifische Konfliktlagen betrifft, die woanders in der Konstellation nicht gegeben sind. “Anders als in Amerika fehlt [in der Bundesrepublik Deutschland] das soziale bzw. ethnische Reizklima – weswegen PC eher als Modevokabel für etwas bezeichnet wird, was bislang unter Meinungsstreit rubriziert wurde”³.

Als deutsche PC-Felder führt er unter anderem

“die Tabuisierung der Korrelation von Kriminalitätstyp und (ausländischer) Täterherkunft, die Gleichsetzung von Reformnotwendigkeiten im gesellschaftlichen Unterstützungsbereich mit “Sozialabbau, oder

die Hysterisierung des sexuellen Miteinanders als wenigstens latent antifeministisch”⁴ an.

Was diese Felder als PC-Felder kennzeichnet, ist seiner Auffassung nach die “Einschränkung der Partizipation”, die unter anderem durch Denunziation, Ignorierung bestimmter Themen, oder die Verdrängung der Belange der einen oder anderen Sozialgruppe hervorgerufen wird.

Die Debatte um Zuwanderung – ein deutsches PC-Feld?

“[Der Zuwanderungsentwurf] wird die Ausländerpolitik endgültig jener Tabuzone entziehen, in der die politisch Überkorrekten sie am liebsten gelassen hätten.”⁵

Die Frage nach der Stellung der Ausländer und der Einstellung ihnen gegenüber ist in Deutschland stark von ideologischen Auseinandersetzungen bestimmt. Hierbei standen sich bislang zwei extrem unterschiedliche Überzeugungen gegenüber: Auf der einen Seite steht die Position, dass Deutschland als ein Einwanderungsland zu betrachten sei. Sie findet ihre Vertreter bei den Grünen als auch bei Teilen der SPD, Gewerkschaften und Liberalen. Demgegenüber steht die “prinzipielle Annahme, Deutschland habe monoethischen Charakter

² ebd., S.5

³ Sven Papcke (1996): Political Correctness oder die Reinigung der Sprache. In: APUZ B21-22, S.19f

⁴ ebd., S.26

⁵ Stefan Dietrich (2001): Abschied von Illusionen. In Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.8.2001, S.1

und müsse diesen auch beibehalten“⁶. Diese Auffassung war bis vor kurzem bei der CDU und CSU Beschlusslage. Der bis vor einiger Zeit noch scheinbar unüberbrückbare Konflikt scheint sich nun zu entschärfen. Einige sprechen hier von einem “Paradigmenwechsel”⁷ in der deutschen Ausländerpolitik. Alle Parteien haben sich darauf verständigt, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, und es folglich von Nöten ist, Einwanderungs- bzw. Zuwanderungsgesetze zu formulieren.⁸ Auch innerhalb der deutschen Bevölkerung, geprägt durch das Bild der reinen Abstammungsnation, hat sich dieser Wandel vollzogen. So halten es, laut einer Umfrage, 98 Prozent der Bevölkerung für wichtig, die Zuwanderung zu regeln.⁹ Die Debatte um Ausländerpolitik steht nun vor einem anderen Vorzeichen. Zentral ist die Frage, wie eine deutsche Gesellschaft zukünftig aussehen könnte, wenn sie jährlich mehrere Ausländer im Zuge von Zuwanderungsgesetzen aufnimmt. Offen ist, wieso sich dieser Wandel von der ideologischen hin zur eher sachlichen Diskussion um Zuwanderung und somit Ausländerpolitik vollzogen hat.

Entscheidend hierfür ist der politische Handlungsbedarf, den die demographischen Prognosen verdeutlichen. Den Vorwurf der Tabuisierung formuliert auch der Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid: “Wie die deutsche Gesellschaft aus ihrem demographischen Dilemma herausfinden muss, so muss sich eine deutsche Zuwanderungspolitik aus einer ‚Moralfalle‘ befreien”¹⁰. Das ‘demographische Dilemma’ ergibt sich für ihn aus der, Mitte des Jahres 2000 vom Statistischen Bundesamt vorgestellten, “9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung” für Deutschland. Aus dieser geht hervor, dass sich die deutsche Bevölkerung bei einer Zuwanderung von jährlich 100 000 Menschen von 82 Millionen auf 65 Millionen im Jahre 2050 verringert. Bei einer Zuwanderung von 200 000 immerhin auf 70.4 Millionen Einwohner. Ohne jede Zuwanderung würde die Bevölkerung auf 59 Millionen absinken.

Handelt es sich nun bei diesem Paradigmenwandel wirklich um eine Änderung, die nun die “lange diffamierten und tabuisierten Interessen der Gesellschaft”¹¹ zu Tage trägt? Und inwiefern handelt es sich hierbei wirklich um einen Wechsel hin zu einer sachlichen Diskussion? Betrachtet man die innerhalb der Zuwanderungsdebatte deutlich gewordenen Divergenzen zwischen den Parteien näher, tritt insbesondere der Streit um die Einführung

⁶ Martin Spieles (1993): Ausländer in der deutschen Sprache. Historische Entwicklungen- aktuelle Presstexte. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden. S. 66

⁷ Kay Heilbronner (2001): Reform des Zuwanderungsrechts – Konsens und Dissens in der Ausländerpolitik. APUZ B43, S.7

⁸ Die CSU vertritt weiterhin den Standpunkt Deutschland sei kein “klassisches” Einwanderungsland, wie zum Beispiel die USA.

⁹ Zit. bei Kay Heilbronner (2001): Reform des Zuwanderungsrechts – Konsens und Dissens in der Ausländerpolitik. APUZ B43, S.8

¹⁰ Josef Schmid (2001): Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland. In APUZ B43, S. 30

¹¹ Stefan Dietrich (2001), S.1

einer “Belastungsgrenze” in den Vordergrund. Während vor allem die CSU an der Annahme festhält, dass eine Begrenzung der Zuwanderung unabdingbar sei, um die innere Stabilität der deutschen Gesellschaft nicht aufs Spiel zu setzen, lehnen es die Grünen ab, eine “Belastungsgrenze” festzusetzen. Geht man auf das Argument der inneren Stabilität zurück, dann fühlt man sich an die Argumente während der Leitkultur-Debatte erinnert.

Der französische Soziologe Emmanuel Todd stellt in diesem Zusammenhang fest, dass nur die Deutschen das Thema angstbeladen und hysterisch behandeln. “Die Debatte um die Leitkultur hat solche hysterischen Züge. Angst ist ein typisches Merkmal deutscher Debatten”¹². Den Grund hierfür sieht er vor allem darin, dass Deutschland eine differenzialistische Gesellschaft sei, der die prinzipielle Annahme zugrunde liegt, dass Menschen verschieden sind. Hier liegt ein zentraler Unterschied zu der französischen Gesellschaft vor, die in ihren Grundstrukturen egalitär sei und alle Menschen als prinzipiell gleich betrachte. Vor allem aus diesem Grund sähen die Deutschen “in Ausländern zuallererst das Fremde. Das Misstrauen ist grundsätzlich und sitzt tief.”¹³

Die Angst vor Überfremdung und damit direkt verbunden dem Zerfall der Gesellschaft brachte der CSU-Politiker Peter Gauweiler auf den Punkt, als er in einem Interview von dem “Weg zu einem Deutschland ohne Deutsche” sprach.¹⁴ Aber auch gemäßigte Politiker der CDU/ CSU fürchten um den Zerfall der deutschen Gesellschaft in “Parallelgesellschaften”, wenn die Zuwanderung nicht an den Integrationskapazitäten Deutschlands gemessen wird. Diese Furcht, dass die kollektive Identität von beispielweise türkischen Migranten gleichsam eine “türkischen Parallelgesellschaft” innerhalb der deutschen Gesellschaft darstelle, sei jedoch laut einer empirischen Studie von Tanjev Schulz und Rosemarie Sackmann als überzogen zu bewerten¹⁵. Sie sind der Auffassung, dass solche Befürchtungen die Diskussionen “unnötig ideologisieren und übertriebene Frontstellungen” aufbauen.¹⁶

Diese Debatten stellen sich folglich als zu abstrakt heraus. Bislang besteht ein Handlungsbedarf eher in Bezug auf praktische Felder. Hierbei ist der Religionsunterricht für muslimische Schulkinder nur ein Beispiel. “Unbestritten ist, dass es vielfältigen Diskussions- und Regelungsbedarf zu diversen konkreten Aspekten des Zusammenlebens gibt”¹⁷. Die Debatte um die “deutsche Leitkultur” wird diesen Anforderungen jedoch keineswegs gerecht.

¹²Interview mit Emmanuel Todd (2001): Die Deutschen haben die Türken islamisiert. In Süddeutsche Zeitung vom 08.01.2001

¹³ ebd.

¹⁴ Peter Gauweiler : Auf dem Weg zu einem Deutschland ohne Deutsche. In Die Welt am Sonntag, 25.6.2000

¹⁵ Tanjev Schulz/Rosemarie Sackmann (2001): Wir Türken... – Zur kollektiven Identität türkischer Migranten in Deutschland. In: APUZ B43, S. 40

¹⁶ ebd.

¹⁷ Ebd., S. 45

Allerdings ist diese Auseinandersetzung wohl kaum unter die Kategorie eines deutschen PC-Feldes zu fassen. Hierbei handelt es sich, laut der eingangs aufgeworfenen These von Papcke, um einen Meinungsstreit, in dem PC wenn überhaupt nur als Modewort zu begreifen ist.

Der Journalist Dieter E. Zimmer kommt zu dem Schluss, dass man das Konzept der PC anders verorten müsse, als es in der Neuen Welt diskutiert werde, weil in einem (Noch-) Nichteinwanderungsland, wie Deutschland, trotz aller Asyldebatten der multikulturelle Hintergrund fehle, jedenfalls als realpolitisches Zentralproblem.¹⁸

Wie wenig es sich um ein realpolitisches Zentralproblem handelt, wird besonders klar, wenn man die Debatte um die "deutsche Leitkultur" verfolgt. Dieser Begriff, den der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz in die Diskussion um Zuwanderung einbrachte, wurde sehr kontrovers diskutiert. Hier traten vor allem die ideologischen Divergenzen zwischen den Parteien aus linkem und rechtem Spektrum zu Tage.

Viel interessanter erscheint hier die Vermutung des Politologen Hermann Kurthen, ob es sein könnte, dass die USA anderen westlichen Demokratien, die sich auf dem Weg hin zu multiethnischen und multikulturellen Gesellschaften befinden, das Bild der eigenen Zukunft zeigen.¹⁹ Die eigentliche PC-Debatte, die sich der USA aufgrund neuer Herausforderungen im Bezug auf die gerechte Ressourcenverteilung zwischen den verschiedenen ethischen, kulturellen und religiösen Minderheiten stellte, steht Deutschland also wohl erst noch bevor.

Literatur

Cora, Stephan: Political Correctness, Identität und Werterelativismus. In Aus Politik Und Zeitgeschichte B21-22, S. 14-18, 1996

Dietrich, Stefan: Abschied von Illusionen. In Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.08.2001, S.1.

Heilbronner, Kay: Reform des Zuwanderungsrechts – Konsens und Dissens in der Ausländerpolitik. In : Aus Politik Und Zeitgeschichte B43, S.7-19, 2001

Kurthen, Hermann; Losey, Kay Marie: Schlagwort oder Kampfbegriff? Zur "Political Correctness"- Debatte in den USA. In: Aus Politik Und Zeitgeschichte B21-22, S.3-13, 1996

¹⁸ zit. nach Papcke (1996), S.24

¹⁹ Hermann Kurthen/Kay Marie Losey (1996), S.5

Papcke, Sven: Political Correctness oder die Reinigung der Sprache. In: APUZ B21-22, S.19-29, 1996

Schmid, Josef: Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland. In: Aus Politik Und Zeitgeschichte B43, S. 20-30, 2001

Schulz, Tanjev; Sackmann, Rosemarie: Wir Türken... – Zur kollektiven Identität türkischer Migranten in Deutschland. In: Aus Politik Und Zeitgeschichte B43, S. 40-45, 2001

Spieles, Martin: Ausländer in der deutschen Sprache. Historische Entwicklungen- aktuelle Presstexte. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 1993

Todd, Emmanuel: Die Deutschen haben die Türken islamisiert. In Süddeutsche Zeitung vom 08.01.2001, 2001

A. Jacobs: Political Correctness (PC) - ein neuer McCarthyism?

Um diese Frage zu klären folgt zunächst eine kurze Zusammenfassung zum McCarthyism, dann ein Vergleich zwischen PC und McCarthyism, und im 3. Teil die Schlussfolgerungen und eben die Beantwortung der Frage!

McCarthyism allgemein²⁰:

Joseph Raymond McCarthy (14.11.1909 – 02.05.1957) war ein republikanischer Senator aus Wisconsin. McCarthyism ist die Bezeichnung der Kommunistenjagd und derer Sympathisanten von 1947 – 1954 und steht gleichbedeutend für Angriff gegen die damalige „Rote Bedrohung“. Heutzutage wird McCarthyism auch mit Gesinnungsschnüffelei gleichgesetzt. Die Bevölkerung der USA fürchtete damals ein Netz sowjetischer bzw. kommunistischer Konspiration. McCarthy leitete den von ihm initiierten Untersuchungsausschuss des Senats (Senate for Permanent Investigations Subcommittee) und führte Anfang der 50er einen regelrechten medienwirksamen Feldzug gegen Kommunisten innerhalb der US-amerikanischen Regierung, den er zur Förderung seiner eigenen politischen

²⁰ Allgemeine Zusammenfassung mit Teilen von: Rüdiger B. Wersisch

Karriere nutzte. Im Februar 1950 beschuldigte er zahlreiche Mitglieder der US-Regierung kommunistisch zu sein, oder kommunistische Sympathien zu pflegen. Aufgrund der damals herrschenden geistigen Ängste (2. Weltkrieg, Kalter Krieg) füllte er binnen kürzester Zeit die Schlagzeilen der nationalen und internationalen Presse. McCarthys Kampf gegen die kommunistische Bedrohung wird in der Literatur nicht nur als politische Bewegung sondern als Hysterie bezeichnet. Sein Ehrgeiz und seine übereifrigen Mitarbeiter verbreiteten ihre Kommunistenjagd auch in andere Länder (z.B. BRD).

Man sollte den McCarthyism nicht nur auf die Person McCarthys begrenzen. Der Begriff steht für Versuche innere Feindbilder im Zusammenhang mit einer äußeren Bedrohung (Kommunismus) zu schaffen, um innerhalb des Landes Konformität und weitgehenden politischen Konsens herzustellen. McCarthyism setzte die Grundrechte von liberalen und linksorientierten Individuen und Organisationen außer Kraft und diskriminierte bestimmte politische Vorstellungen als landesverräterisch und unamerikanisch.

Umsetzung²¹

Bereits seit 1938 gab es einen vom Repräsentantenhaus gegründeten Ausschuss zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe (HUAC). Die Anhörungen der HUAC sorgten besonders 1947 für großes Aufsehen in Bezug auf die kommunistische Unterwanderung Hollywoods. Es folgten die berühmten „schwarzen Listen“ von Hollywood. Aufgrund von bloßen Verdachten wurden viele Leute landesweit aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Sozialkritische oder auch unamerikanische Literatur wurde aus den Bibliotheken (auch aus den Amerikahäusern Deutschlands und aus amerikanischen Kulturinstituten im Ausland) entfernt. Es kam in den USA zu Spionagevorwürfen, absurden Anhörungen, entwürdigenden Inquisitionen und Denunziationen. Als Folge kam es zu Deportationen und Haftstrafen. Im berühmten Fall „Rosenberg“, wurde 1953 ein Ehepaar auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Sie sollten angeblich das Geheimnis der Atombombe an die Sowjets verraten haben.

Vergleich McCarthyism & PC²²

Vergleicht man PC mit McCarthyism stellt man schnell fest, dass die Frage ob PC ein neuer McCarthyism ist auf jeden Fall berechtigt ist.

Gemeinsamkeiten

²¹ Umsetzungsbeispiele von: Willi Paul Adams

²² eigene Ausarbeitung innerhalb der zuständigen Referatsgruppe des Seminars

Es gibt zwischen beiden Bewegungen einige Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten, die hier kurz beschrieben werden:

Beide Bewegungen legen dem Volk eine Zensur auf und begrenzen somit in gewisser Weise die Meinungsfreiheit des Individuums. McCarthy kämpfte gegen den Kommunismus: zensierte, verfolgte und vernichtete alles das und alle die mit Kommunismus sympathisierten. PC wacht über und bekämpft diskriminierende Umgangsformen, denen eine Minderheitenausgrenzung folgt oder folgen könnte. Beide Bewegungen wollen das amerikanische Volk schützen und bewahren. Man kann bei McCarthyism wie auch bei PC von einer grotesken Sinnentleerung sprechen. Beide Phänomene fanden ihren Ursprung und ihre Blüte in den USA, von den USA aus verbreiteten sie sich auch in andere Länder – vor allem Europa. PC und McCarthyism lösten beide einen Verfolgungswahn aus, der sich insbesondere beim McCarthyism bis zu einer Hysterie entwickelte.

Unterschiede

PC ist ein dehnbarer Begriff der nicht einheitlich definiert ist – McCarthyism hingegen umfasst ein eindeutig definiertes und abgestecktes Feld. PC betreffend existiert keine Konsensbasis: verschiedene Akteure und Beteiligte definieren und beziehen ihren Umständen entsprechend. Die Themen der PC Debatte sind auswechselbar.

PC²³ ist mehr als nur ein Streit um die richtigen Worte („war of words“). Es verbergen sich dahinter gegensätzliche Weltanschauungen, moralische Maßstäbe, politische Absichten und Gruppenideologien. Denjenigen, die mit PC identifiziert werden, geht es letztendlich darum, soziale, geschlechtsspezifische und rassistische Ungleichheit, Intoleranz, Diskriminierung und Vorurteile zu überwinden und die gleichsam selbstverständliche Dominanz der angelsächsischen männlichen Mainstream Kultur und ihre Träger im öffentlichen Leben in Frage zu stellen. PC wird mit Indoktrination, Kontrolle und Zwang gleichgesetzt und ist zu einem emotional aufgeladenen konservativem Kampfbegriff geworden zur Verleumdung linker und liberaler, politischer, sozialer und kultureller Reformbemühungen und Absichten, die in den 60er Jahren ihren Ausgang nahmen.

PC behandelt eine Vielzahl von Themen wie: die Frage nach dem intellektuellen Nährboden von Kulturkritik und Multikulturalismus, die Frage nach Lehrplaninhalten an Schulen und Hochschulen, die angebliche Bedrohung der freien Meinungsäußerung und die Frage der angemessenen Beteiligung von Minderheiten.

McC befasste sich ausschließlich mit dem Kommunismus als Feindbild.

²³ Vgl. Definition von: Hermann Kurthen & Kay Marie Losey

Beide Bewegung haben völlig differenzierte Ursprünge, Entwicklungen und Lebensdauern. McC entwickelte sich aus einer übertriebenen Angstvorstellung vor einem konkreten Feindbild- dem Kommunismus. Es war ein durch McCarthy personifizierter Feldzug mit einer Lebensdauer von ziemlich genau 13 Jahren.

Der Ursprung der PC Debatte reicht zurück auf die literaturkritische „Entdeckung“ vormals vergessener oder an den Rand gedrängter Minderheiten und die akademische Rezeption kritischer und postmoderner Theorien. Der Auslöser der PC Bewegung waren die Debatten der Bürgerrechts-, Antidiskriminierungs- und Antikriegsbewegung der 60er Jahre. Diese Bewegungen beeinflussten die Einstellungen und das Verhalten der Mehrheit und erhöhten die Sensibilität gegenüber Vorurteilen und Diskriminierung. Es kam öffentlich zum Streben nach Multikulturalismus- besonders auf dem Amerikanischen Campus. Die PC Debatte ist immer noch aktuell. Ursprünglich bezeichnete sie ein nicht linientreues Verhalten. Der Begriff PC dient dazu Verachtung für die Anschauungen und Zielsetzungen der amerikanischen Linken und Liberalen, von Multikulturalisten, Frauen und Minderheiten auszudrücken²⁴.

Die Reichweite und Dimension der Bewegung sind sehr unterschiedlich. McC beherrschte zeitweise alle Bereiche des politischen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens. McC bewegte sich auch auf höchster politischer Ebene- sogar der damalige Präsident Eisenhower war betroffen. Die PC Debatte entwickelte und bewegte sich größtenteils auf dem „Campus“. Sie wurde auch in weiteren Sphären der Politik und Gesellschaft diskutiert (schien dem Anschein nach eher wie eine „Modeerscheinung“) konnte aber nicht richtig Fuß fassen. McC hingegen entwickelte sich zu einer regelrechten Massenhysterie.

Die Vorgehensweisen der Untersuchungen und zu tragenden Konsequenzen der Beschuldigten waren von grund auf verschieden. Eine Kommunismus- Beschuldigung unter McCarthy hatte Denunziation, Entlassung, Haftstrafen und sogar Tod zur Folge. Wohingegen eine Beschuldigung des „Politisch Unkorrekten Verhaltens“ oftmals unbeachtet bzw. unbestraft blieb. Es kam zu Ermahnungen und manche Hochschulprofessoren mussten Eingeständnisse in Ausdrucksweisen und Lehrplangestaltung hinnehmen.

PC ist kein Kampf gegen den Inhalt – im Gegensatz zu McCarthyism – sondern PC wacht über die Formen. Einfach ausgedrückt heißt das für PC: Man kann ruhig meinen und

²⁴ Vgl. Hermann Kurthen & Kay Marie Losey

publizieren, dass der oder die Andere ein Arschloch oder z.B. fett ist, nur schön bzw. politisch korrekt muss es klingen. Äußerte man sich hingegen unter McC positiv zum Kommunismus oder warf jemand den Verdacht der Kommunismus- Sympathie gegen einen vor, war man seines Lebens nicht mehr sicher.

Ergebnis → PC ist kein neuer McCarthyism

Seminardiskussion / Literatúrauswertung / Meinung

Innerhalb der Literatur gibt es einige Vergleiche von PC und McCarthyism, und die Frage nach einem neuen McCarthyism wurde aufgeworfen.

Vergleicht man nun Gemeinsamkeiten und Unterschiede stellt man schnell fest, dass die Unterschiede überwiegen und von höherer Tragweite und höherer Gewichtung bestimmt werden. Es scheint demnach übertrieben bei PC von einem neuen McCarthyism auszugehen. McC war aufgrund von Organisation, Feindbild, Konsequenzen und Realisierung eine viel ernster zu nehmendere Bewegung als PC.

Es ist sicherlich richtig, dass McC und PC auf ihre Art die Entfaltung bzw. Meinungsfreiheit des Individuums einschränken. Innerhalb der Seminardiskussion wurde festgestellt, dass man die „Überwachung der Form“ mit der Umerziehung der Sprache gleichsetzen könnte. Eine Umerziehung der Sprache käme einem „Kampf gegen den Inhalt“ sehr nahe. PC ist ein Versuch der Minderheiten über Sprachregelung das öffentliche Bewusstsein zu beeinflussen²⁵.

Fraglich bleibt aber, ob es wirklich so ist, dass wir durch eine politisch korrekte Wortwahl unseren Inhalt verändern. Der Empfänger wird meines Erachtens weniger provoziert eventuell nicht „gekränkt“, doch der Standpunkt des Senders bleibt der gleiche. PC ist kein neuer McCarthyism!

PC wird teilweise innerhalb der Literatur mit „Gedankenpolizei“²⁶ gleichgesetzt – was dem McC wieder ein Stück näher rückt wie beispielsweise „Modevokabel für Meinungsstreit“²⁷.

Schließen möchte ich diese Arbeit mit Knigge, der schon damals bekannte²⁷:

„Enthülle nie auf unedle Art die Schwächen deiner Nebenmenschen, um dich zu erheben! Ziehe nicht ihre Fehler und Verirrungen an das Tageslicht, um auf ihre Unkosten zu schimmern!“.

PC ist also nicht nur kein neuer McCarthyism - sondern auch nichts Neues.

²⁵ Vgl. Sven Papcke (Seite 215)

²⁶ Begriff von Sven Papcke

²⁷ Adolph Freiherr von Knigge; Seite 40

Literatur

Adams, Willi Paul; P. Lösche (Hrsg): „*Der McCarthyismus*“; Länderbericht USA; Seite 153-155; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998

Ehlen; Thomas: „*Amerika, Deutschland und die neue Political Correctness*“; Information für die Truppe; Nr.1; Seite 72-77,1996

Harpprecht, Klaus: „*Die Torheit der Gesinnungswächter*“; Die Zeit; vom 27.01.1995; Seite 50,1995

Knigge, Adolph Freiherr von: „*Über den Umgang mit Menschen (1788/1790)*“; Taschenbuchausgabe; Insel Verlag, Frankfurt am Main 1977

Kurthen, Hermann; M.L.Kay: „*Schlagwort oder Kampfbegriff? Zur PC-Debatte in den USA*“; Aus Politik und Zeitgeschichte-Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament; B21-22/95,1995

Mattenklott, Gert: „*Zwölf Thesen über Sinn und Widersinn von Political Correctness*“; Neue Rundschau; Nr.106; Seite 73-78, 1995

Papcke, Sven: „*Political Correctness oder die Reinigung des Denkens*“; Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft; Nr. 597; Seite 211-225, 1996

Stephan, Cora: „*Political Correctness, Identität und Werterelativismus*“; Aus Politik und Zeitgeschichte-Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament; B 21-22/95, 1995

Weinstein, Allen; R.J. Wilson: „*McCarthyism: The Second Red Scare*“; Freedom and Crises – An American History Seite 806-808; 2nd Edition; Random House Inc.; USA 1978

Wersich, Rüdiger B.: „*McCarthyism*“; USA Lexikon Seite 456-458; Erich Schmidt Verlag, Berlin 1996

III: PC- Nationale Spielarten/ Verbreitung eines Konzepts

A. Mohammed: PC und Sprachregelung in Deutschland: Negerkuss und Sarotti-Mohr.

Welche Bedeutung haben die Worte “Neger” und “Mohr” im heutigen deutschen Sprachgebrauch? - “Negerkuss” und der “Sarotti-Mohr” als Beispiele.

Der in Deutschland verwendete Begriff der PK – Politischen Korrektheit – trägt nicht dieselbe Bedeutung wie PC in den USA. Laut Arne Hoffmann besteht der zentrale Unterschied zwischen PC in den USA und PK in Deutschland darin, dass PK “hierzulande wesentlich weniger restriktiv gehandhabt wird”, da es beispielsweise im Gegensatz zu den USA “keine festgelegten Sprachcodices, die mit Sanktionen untermauert sind”²⁸ gibt. Wie dem Text zu entnehmen ist wird diese Tatsache nicht nur vom Autor, sondern auch von der großen Anzahl der in Deutschland vorhandenen PC-Gegner als durchaus positiv bewertet. Es scheint, als würde eine mögliche Einschränkung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung als weitaus gefährlicher empfunden als der uneingeschränkte bzw. undifferenzierte Gebrauch von Minderheiten beleidigender und diskriminierender Äußerungen, was in Einzelfällen auch ein Verbot von Gewalttaten sein kann. Kann man ernsthaft von einem “Tugendterror”²⁹ der PK in Deutschland sprechen, wenn außer eines Versuchs der Sensibilisierung der Sprache und auch des Umgangs und Denkens bezüglich (ethnischer) Minderheiten - im Gegensatz zu PC in den USA – keinerlei Zwänge damit verbunden sind (speech codes, u.ä.)?

Im folgenden möchte die Verfasserin dieses Beitrages anhand von zwei Beispielen versuchen zu untersuchen, inwiefern (und ob) PK einen positiven Beitrag geleistet hat oder auch leisten kann, in der deutschen Bevölkerung das Bewusstsein eines fairen Umgangs mit ethnischen Minderheiten zu fördern. Um das Thema einzugrenzen hat die Verfasserin beschlossen, sich in dieser Arbeit auf den Umgang mit den äußerst negativ behafteten Worten “Neger” und “Mohr” zu konzentrieren.

Angeregt durch das Seminar ergab sich das Interesse herauszufinden, wie es in der heutigen Zeit bezüglich der Verwendung des Begriffes “Negerkuss” oder “Mohrenkopf” als Bezeichnung für die allseits bekannte Süßigkeit (⇒ “Schaumkuss”, “Schokoladenkuss”)

²⁸ Hoffmann, Arne. Political Correctness. Zwischen Sprechzensur und Minderheitenschutz. Tectum Verlag, Marburg, 1996, S. 14

²⁹ Siehe z.B. Hoffmann 1996, S. 91

aussieht. Als zweiten Ansatz fand sich der in Deutschland sehr bekannte Werbeträger der Schokoladenfirma Sarotti, der “Sarotti-Mohr”, welcher nicht allein aufgrund des Wortes “Mohr”, sondern vielmehr auf ikonographischer Ebene (nämlich aufgrund der Darstellung dieser Figur als fröhlichen, dienenden Mohr in unserer Zeit) ein interessantes Beispiel in Verbindung mit PK darstellt.

Um den Aufbau des Hauptteils dieses Beitrages zu verdeutlichen, sei vorab in knapper Form die formale Vorgehensweise erläutert.

Nach einer kurzen Klärung der historischen Hintergründe der beiden Begriffe “Neger” und “Mohr” im deutschen Sprachgebrauch folgen die Ergebnisse der Recherche zu dem Wort “Negerkuss” und der Figur des “Sarotti-Mohr”.

Um herauszufinden, wie es mit dem Begriff “Negerkuss” im deutschen Sprachgebrauch steht, wurden diverse Adressen kontaktiert, wie zum Beispiel die Firma Dickmanns und die Juchem-Gruppe. Im Falle des “Sarotti-Mohr” beziehen sich die im folgenden Ergebnisse vornehmlich auf die Aussagen von Mitarbeitern der Firma Stollwerck, sowie die Antwort des Betreibers einer Internetseite zum Thema Schokolade). Es sei im voraus angemerkt, dass die Ergebnisse der Recherchearbeit für diesen Beitrag nicht umfassend genug sein konnten, um einen hundertprozentigen Wahrheitsgehalt zu beanspruchen, aber zumindest scheinen sie durchaus repräsentativ bezüglich der momentanen Einstellung zu PK in Deutschland zu sein. Den Schlussteil des Beitrages bilden einige zusammenfassende Überlegungen und Ideen zu dem gewählten Thema und den vorausgegangenen Ergebnissen.

Laut der Herausgeberinnen Oguntoye, Opitz und Schultz des Sammelbandes *Farbe bekennen – Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte* ist das Wort “Mohr” die “älteste deutsche Bezeichnung für Menschen anderer Hautfarbe und diente im Hochmittelalter zur Unterscheidung der schwarzen und weißen Heiden”³⁰. Seinen Ursprung hat dieser Begriff im lateinischen Wort “Maurus”, was übersetzt “dunkelhäutiger” bedeutet.³¹ Oguntoye et.al. merken in ihrem Beitrag an, dass das Wort “Môr”, wie es zu dieser Zeit geschrieben wurde, zu Beginn scheinbar noch keine negative Bewertung, sondern – wie schon erwähnt – lediglich äußerliche Unterschiede beinhaltete.

Erst im Kirchenvokabular des Mittelalters finden sich “eindeutige Hinweise für eine Abwertung der Menschen schwarzer Hautfarbe, wo der Begriff Ägypter teilweise als Synonym für Teufel gebraucht wurde”.³²

³⁰ Oguntoye, Opitz, Schultz (Hg.). *Farbe bekennen – Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte*. Orlanda Frauenverlag, Berlin, 1986, S. 19

³¹ Siehe z.B. www.xipolis.net, Begriff “Mohr” eingeben

³² Oguntoye et al. 1986, S. 19

Schaut man heute in Wörterbücher oder Lexika (z.B. im Internet) hat man häufig Schwierigkeiten, Begriffe wie “Neger” oder “Mohr” überhaupt zu finden. Dies kann man entweder als Errungenschaft der PC-Idee oder als zu einfache Lösung empfinden. Das positive jedoch – hat man erst einmal den Begriff gefunden – ist, dass den oftmals extrem kurzen Erklärungen zu den Wörtern “Neger” und “Mohr” zumindest der Hinweis zugefügt wurde, dass es sich hierbei um eine abwertende Bezeichnung handelt.³³ Auf der Internetseite “wissen.de” findet man nach der Eingabe des Suchbegriffes “Mohr” die Erklärung:

- Mohr < m. 16; umg. abwertend; veraltet > Schwarzer; der Mohr hat seine Schuldigkeit (eigentl. Arbeit) getan, ...

Bei dieser Erklärung wird nicht nur der Hinweis auf den abwertenden und veralteten Wert des Wortes erwähnt, sondern zudem auch noch eine im deutschen Sprachgebrauch früher oft verwendete Redewendung hinzugefügt, welche den negativen, dienenden Ursprung des Begriffs unterstützt. Gerade auf diese Redewendung soll noch einmal zurückgegriffen werden.

Der Begriff “Neger” wurde erst im 18. Jahrhundert zu einem deutschen Begriff, hatte aber beispielsweise im Französischen (*négre*) bereits vorher (Anfg. 17. Jhd.) existiert. Ein Blick in diverse Wörterbücher und (Online-)Lexika ergibt – ähnlich wie bei dem Begriff “Mohr” – eine recht spärliche Ausbeute; (fast) alle Lexika weisen auf den abwertenden Charakter des Wortes hin und führen den Ursprung des Wortes auf das lateinische Wort “niger” = “schwarz” zurück. Oguntoye et. al. liefern mit ihrer Erklärung einige weitere wichtige Hinweise zu der Entwicklung des Begriffes “Neger” in Deutschland. So diene er zunächst als Ergänzung und später als “Ablösung der Bezeichnung “Mohr” [und wurde] zur Beschreibung der Menschen südlich der Sahara verwandt und diene “darüber hinaus zur Bezeichnung der schwarzen Rasse schlechthin”.³⁴ Vor allem im kolonialen Kontext, vor dem Hintergrund der Ausbeutung, Versklavung und Abwertung der Menschen afrikanischer Herkunft, erhielt der Begriff “Neger” seinen äußerst negativen Wert – zu vergleichen mit dem in Nordamerika (später USA) verwendeten Begriff “Nigger” (für die aus ihrer afrikanischen Heimat verschleppten und versklavten Schwarzen). Beide Begriffe beinhalten – ohne, dass es ausgesprochen werden müsste – die Annahme einer Minderwertigkeit der Menschen, die so bezeichnet werden.³⁵

³³ Siehe z.B. Langenscheidts Fremdwörterbuch Online oder wissen.de

³⁴ Oguntoye et al. 1986, S. 20

³⁵ Vgl. Oguntoye et al. 1986, S. 23-24

Wie schon im einleitenden Teil dieses Beitrages besprochen, folgen nun die Ergebnisse der Befragungen und Recherchen zu dem Begriff “Negerkuss” sowie zur Werbefigur des “Sarotti-Mohr”.

Als kleine einleitende Anekdote, was man erleben kann, wenn man sich mit dem Thema der politischen Korrektheit in Deutschland anhand von ausgewählten, scheinbar bereits seit einiger Zeit als allgemein abwertend oder gar rassistisch betitelten Begriffen beschäftigt, erinnert sich die Verfasserin dieses Beitrages an den Ausruf einer Dame bei der Telefonauskunft, nachdem nach der Nummer der Firma Dickmanns gefragt worden war. Die sehr freundliche Frau rief – nachdem sie den Namen der Firma gehört hatte – sofort: “ach, die mit den Negerküssen?!” aus. Es war offensichtlich, dass dieser Aussage keinerlei negative Gedanken vorausgegangen waren, es war einfach förmlich aus ihr herausgeschossen, das erste was ihr in den Sinn gekommen war. Nachdem ein älter klingender Herr in der Telefonzentrale von Dickmanns auf die Bitte hin, doch mit jemanden verbunden zu werden, der mir Auskünfte darüber geben könnte, aus welchen Gründen Dickmanns sich bereits vor Jahren dazu entschlossen habe, ihre Schaumküsse nicht mehr “Negerküsse”, sondern “Schokoküsse” zu nennen, antwortete auch dieser wieder spontan: “Ja, wir benutzen diesen Begriff nicht, weil wir ihn für diskriminierend halten.”³⁶ In der Annahme, dies von der Presse- oder Marketingabteilung des Unternehmens bestätigt zu bekommen – möglichst in schriftlicher Form und mit eventuellen Erklärungen – wurde die Verfasserin weiterverbunden.³⁷ In der Marketingabteilung der Firma wurde jedoch eine andere Erklärung gegeben: Eine Mitarbeiterin erklärte, dass bereits Anfang der 70er Jahre Dickmanns beschlossen hatte, den Begriff “Negerkuss” durch die Bezeichnung “Schokokuss” zu ersetzen. Dies geschah vor allem aus dem Grund, da Dickmanns keine Fettglasur – wie die anderen Hersteller dieser Produkte es taten – verwendete, sondern reine Schokoladenglasur. Es war also ein marketingstrategischer Grund, der die Bezeichnung “Schokoladenkuss” innerhalb der Firma Dickmanns hervorgebracht hatte. Weiter hieß es, dass Anfang der 90er – als die Diskussion über den Begriff “Negerkuss” im Rahmen der PC-Debatte aufkam, dieses Thema für Dickmanns schon lange “abgehakt” (O-Ton Marketingabteilung Dickmanns) war, da sie den Begriff ja bereits vor Jahren aus besagten marketingstrategischen Gründen abgeschafft hatten, um sich von anderen Marken auf dem Markt abzusetzen. Daher gäbe es auch keine offizielle

³⁶ Telefonat vom 25.05.2001, Telefonzentrale der Firma Dickmanns in Deutschland

³⁷ Laut Arne Hoffmanns Studie “Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz” (1996) hieß es auf S. 29, dass “die Süßwarenfirma ‚Dickmanns‘ ihre früher als Negerküsse oder Mohrenköpfe bezeichneten Produkte [aufgrund des negativ behafteten Begriffs “Neger”] auf der Packung mittlerweile als Schokoladenküsse (...) deklariert.”

Stellungnahme zu der Wahl des Wortes “Schokokuss”. Im Anschluss an diese Information verriet die junge Dame in der Marketingabteilung ihre persönliche Meinung zu dem Thema “Negerkuss”: Sie habe nicht das Gefühl, dass weil sie als Kind “Negerkuss” gesagt hat, einen Menschen anderer Hautfarbe in irgendeiner Form verletzt oder diskriminiert zu haben. Sie hätte auch weiterhin kein Problem damit, den Begriff “Negerkuss” zu verwenden, da es sich ja lediglich um eine Süßigkeit handeln würde.³⁸

Interessant ist zu vermerken, dass – obwohl laut der Aussage einer Dickmanns-Mitarbeiterin der Begriff “Negerkuss” nicht im Rahmen der PC-Debatte durch ein neutraleres Wort ersetzt wurde – Dickmanns trotzdem mit der “Juchem-Gruppe” zusammenarbeitet, auf die nun kurz eingegangen werden soll.

Gibt man in einer Suchmaschine wie beispielsweise google.de den Begriff “Negerkuss” oder “Mohrenkopf” ein, gelangt man schnell zu einer Internetseite, die auf interessante Weise für einen bewussten Sprachgebrauch wirbt. Indem sie die Domain-Namen “Negerkuss” und “Mohrenkopf” gesichert haben, wirbt die Juchem-Gruppe, die sich auf der Seite als “Produzent von Schaumzucker-Produkten” vorstellt, “für mehr Toleranz und den sensiblen Umgang mit der Sprache”.³⁹ Zudem heißt es in der Begrüßung “(...) vielleicht sind Sie über die beiden Suchbegriffe oder Domains “Mohrenkopf” und “Negerkuss” auf diese Seite gekommen. Zwei Worte, die zwar fest im deutschen Sprachgebrauch verankert sind, aber von ihrem Inhalt und ihrer Interpretationsmöglichkeit keinen Platz in der heutigen Zeit haben sollten.”⁴⁰ Es wird ein Link zu einer weiteren Internetseite – www.schaumkuss.de angegeben und außerdem auf die bereits vor einiger Zeit erschienenen Anzeigen-Kampagne “United Schaumküsse against Apartheid – jumi black & white” hingewiesen.

Es ist sicher nicht zu bestreiten, dass diese Aktion im Rahmen des Nahebringen einer politisch korrekten bzw. sprachlich toleranten Umgangsweise mit Menschen anderer Hautfarbe und/oder Nationalität ziemlich geglückt scheint...., umso unklarer scheint die Verbindung zu Dickmanns, die sich doch – laut Aussage einer Marketingmitarbeiterin der Firma – nicht aus sozial-politischen Gründen für einen anderen Begriff entschieden haben.

Mit dem “Sarotti-Mohr” bewegen wir uns von der sprachlichen Ebene auf die ikonographische; es geht hier zwar auch um den Begriff “Mohr” – ein Wort, das seinen Ursprung im Mittelalter hatte, aber vielmehr noch um die Tatsache, dass die Darstellung der

³⁸ Notizen des Gesprächs mit einer Mitarbeiterin der Marketingabteilung der Firma Dickmanns vom 25.05.2001

³⁹ Siehe www.mohrenkopf.de

⁴⁰ Siehe Fußnote 12

Figur des Mohren als fröhlichen, untergebenen Diener als Werbemittel keinen Platz in der heutigen modernen Zeit mehr haben sollte.

Sucht man beispielsweise im Internet nach Informationen zum Thema “Sarotti-Mohr”, trifft man häufig auf folgende Aussage: Der “Sarotti-Mohr” ist einer der berühmtesten Werbeträger Deutschlands. Dies bestätigte mir auch eine Pressesprecherin der Firma Nestlé, auf die Frage nach dem “Sarotti-Mohren”,⁴¹so hieß es, der “Sarotti-Mohr” war das zweit-bekannteste Markenzeichen in Deutschland – nach dem Mercedes-Stern. Anhand der Chronologie der Marke Sarotti lässt sich diese Aussage nochmals wiederfinden. Die 1883 als “Sarotti Chocoladen- und Cacao-Aktiengesellschaft” gegründete Firma beginnt erst ab 1918 mit dem Mohrenzeichen als Logo für die Schokoladenprodukte zu werben. Das Logo bilden drei Mohren mit Tablett, jeder von ihnen trägt goldene Schnabelschuhe und Handschuhe, rote Pumphosen, eine hinten mit einer Art Entenschwanz endendes Sakko und einem großen rotblauen Turban. Nur die Hautfarbe des Gesichtes bleibt zu erkennen, in dem tiefschwarzen Gesicht setzen sich die riesigen weißen Augäpfel mit den dicken schwarzen Pupillen und der breite rote Mund ab. In der Chronologie heißt es, dass 1929 mit Hilfe des “Sarotti-Mohren” als Werbeträger die Sarotti-AG ihre Marktposition in Deutschland weiter ausbauen kann und der “Sarotti-Mohr” “zu einem der bekanntesten Markenzeichen Deutschlands” wird⁴². Interessanterweise ist die Marke “Sarotti”- und somit auch der “Sarotti-Mohr” nur innerhalb der Grenzen Deutschlands bekannt. Ein Telefonat mit dem Marketingleiter der Stollwerck-AG brachte weitere Aufschlüsse über die Einstellung von Sarotti zu der Tatsache, dass wir uns doch in einer Zeit befinden, in der ein toleranter und ein politisch korrekter Umgang mit Menschen anderer Herkunft – insbesondere hinsichtlich des Sprachgebrauches – immer wichtiger wird. Laut des Marketingleiters sei der “Sarotti-Mohr” schon immer eine positive Figur gewesen. (Dabei wurde auch nicht angezweifelt, dass eine Firma bewusst mit einer negativ behafteten Figur Werbung machen würde – wo wäre da der Sinn?) Der “Sarotti-Mohr” sei sehr beliebt, vor allem bei Kindern. Jeden Monat gingen über 1.000 Zuschriften bei Sarotti ein, mit selbstgeschriebenen Gedichten, gemalten Bildern und ähnlichem. Der “Sarotti-Mohr” sei “wie der Weihnachtsmann – eine Phantasiefigur!”⁴³ Aus diesem Grund gäbe es keine Berührungsängste mit dem Begriff “Mohr”; er sei nicht zu vergleichen mit dem Wort “Neger”. Dass der “Sarotti-Mohr-Freundeskreis” als Werbekampagne von der Firma Sarotti selbst initiiert wurde und auf jeder Verpackung der Tafelschokolade quasi “gelockt”

⁴¹ Hinweis: die Nestlé AG hatte 1929 die Marke Sarotti von der Firma Stollwerck aufgekauft. Erst 1998 übernahm Stollwerck AG in Berlin Sarotti wieder.

⁴² Informationen aus der “Chronologie der Marke SAROTTI”, zur Verfügung gestellt von der Pressestelle der Stollwerck AG

⁴³ O-Ton Leiter der Marketingabteilung von Stollwerck, 28.05.2001

wird mit „einer Überraschung“, wenn man dem „Sarotti-Mohr“ etwas bastelt, schreibt oder malt, macht es auch auf den ersten Gedanken schwer, in dieser Werbefigur etwas negatives zu sehen, vor allem für kleine Kinder. So nutzte der Marketingleiter seinen Leitfaden weiter, um klarzustellen: „(...) wer etwas negativ deuten will, der schafft das auch irgendwie, aber wir lassen uns da auch nicht in eine Ecke drängen.“⁴⁴

So erfuhr die Verfasserin dann noch, dass aufgrund des Beliebtheitsgrades dieser Figur die Firma Sarotti vorhätte, auch in Zukunft verstärkt Promotion zu betreiben; und dass die Tafelschokolade demnächst eine neue Verpackung bekommen wird, auf der „Sarotti-Mohr“ noch größer zu sehen sein wird.

Eine ähnliche, wenn auch etwas differenziertere Antwort erhielt man von dem Betreiber einer Internetseite zum Thema Schokolade und Kakao. Auf die Frage nach Informationsmaterial zum „Sarotti-Mohr“ schrieb der Betreiber eine persönliche und aufschlussreiche Antwort; aufschlussreich insofern, als das dies womöglich die Einstellung zum Thema „Sarotti-Mohr“ als fremdenfeindliches Bild eines Großteiles der deutschen Bevölkerung widerspiegeln könnte. Hier lassen sich auch Parallelen zu der Aussage des Marketingleiters der Stollwerck-AG erkennen. „Meiner Meinung nach kann man den Mohren kaum als fremdenfeindliches Bild in der Werbung betrachten. Werbung für ein Produkt beruht auf Sympathie, der Einsatz einer ‚negativ‘ belasteten Figur käme (...) wohl nicht in Frage (man verkauft ja auch keine Süßigkeiten mit einem Motiv von Karies und Gewichtsproblemen).“⁴⁵ Im weiteren Teil der Antwort sollte aufgezeigt werden, dass in der Entstehungszeit des Sarotti-Mohr, also um 1920, das Motiv des Mohren keineswegs unüblich war. Neben Schokolade warb man beispielsweise auch mit dem Mohren für Kaffee oder, wie Oguntoye et.al. in ihrem Buch aufzeigen, auch mit kleinen „Negerkindern“ für Seife.⁴⁶

Der Mohr als Diener war lange Zeit keine Seltenheit und stand auch für das Exotische und für das Andere.

All diese Erläuterungen lassen sich mit Sicherheit auch schwer bestreiten. Das Interessante an der Art der Denkweise im Bezug auf den „Sarotti-Mohr“ als vorhandene Werbefigur – und somit auch als verwendeten Begriff im deutschen Wortschatz – in der heutigen Zeit ist aber, dass scheinbar bei einem Großteil der deutschen Mitbürger keinerlei Vorstellung darüber existiert, dass dieses Bild heutzutage völlig veraltet und unpassend ist.

Wie schon zu Beginn erläutert, handelt es sich um einen Begriff, welcher seinen Ursprung im Mittelalter hat (wie zum Beispiel auch das Wort „Weib“). Das Bild des dienenden Mohren

⁴⁴ Siehe Fußnote 16

⁴⁵ Antwort des Internetbetreibers A. H. der Seite www.theobroma-cacao.de, vom 22.05.2001

⁴⁶ Oguntoye et al. 1986, S. 42

mag etwas jünger sein, Fakt ist aber trotz alledem, dass er in einer modernen multikulturellen bzw. multinationalen und multiethnischen Gesellschaft nichts mehr zu suchen hat. Erinnern wir uns an die Redewendung, die im Zusammenhang mit dem Begriff "Mohr" zu Beginn dieses Beitrages genannt wurde und als Anmerkung für den diskriminierenden Gehalt dieses Wortes angeführt wurde: "der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, [der Mohr kann gehen]." Der letzte Teil der Redewendung wurde zwar nicht ausgeführt, ist aber den meisten in Deutschland Aufgewachsenen oder Lebenden bekannt. Auch, wenn wir im Gegensatz zu dem Wort "Neger" den Begriff "Mohr" womöglich weitaus weniger hören und nur wenige Menschen eine Person mit dunkler Hautfarbe so bezeichnen ist es schwer zu begreifen, dass solche Worte heute noch existieren.

Im Vorausgegangenen wurde versucht das Thema von PC bzw. PK – Politischer Korrektheit – in Deutschland im Zusammenhang mit dem Gebrauch diskriminierender oder auch rassistischer Worte zu untersuchen.

Das Hauptinteresse dieses Beitrages lag hierbei darin herauszufinden, wie der Umgang in Deutschland mit Worten und Darstellungen die Menschen mit dunkler Hautfarbe offensichtlich diskriminieren und als minderwertig darstellen sich verhält. Selbstverständlich ließe sich eine solche Vorgehensweise auch in Bezug auf andere diskriminierte Gruppen anwenden – und dies ist auch mehr als wünschenswert (um mögliche Gefahren zu erkennen bzw. vorauszusehen oder positive Entwicklungen zu beobachten).

Wie zu Beginn des Beitrages angemerkt, wird es in Deutschland als äußerst positiv gewertet, dass sich hierzulande – im Gegensatz zu den USA – sogenannte "speech codes" in Zusammenhang mit PK nicht durchgesetzt haben. Oft wurde von PK-Gegnern angeführt, dass "speech codes" gegen die Gedanken in den Köpfen der Menschen, die vielleicht jetzt nicht mehr Worte wie "Nigger" oder "Japs" aussprechen dürfen, nichts tun können. Dem ist auch wenig entgegenzusetzen. Doch bleibt die Frage für Deutschland, wie gut es ist, dass auch heute noch völlig undifferenziert Wörter und Darstellungen aus der Kolonialzeit oder sogar mit einem Ursprung im Mittelalter genutzt werden und damit offensichtlich bestimmte Menschen, die anders aussehen als der Durchschnittsdeutsche, verletzt und diskriminiert werden. Ein absolutes Verbot solcher Begriffe könnte zugegebenermaßen zu Trotzreaktionen oder –handlungen führen. Es sollte aber aufgezeigt werden, dass wir in der heutigen Gesellschaft auch in der Sprache Rücksicht nehmen müssen auf andere, die wir mit bestimmten Worten verletzen und beleidigen können.

Als ein positives Beispiel für einem solchen Versuch, also den Versuch der Sensibilisierung im Umgang mit bestimmten Worten – nicht durch Verbote – lässt sich das **Informations-**

und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. nennen. IDA beschäftigt sich in Deutschland mit interkulturellen Themen und fördert deren Austausch, beispielsweise mit der Unterstützung entsprechender Projekte und arbeitet auch an Projekten gegen Rassismus. Die im letzten Jahr herausgegebene Broschüre “Wenn getürkte Negerküsse einem spanisch vorkommen – Von der Schwierigkeit, nicht rassistisch zu berichten: Anregungen und Tipps” beschäftigt sich mit dem Gebrauch von diskriminierender Sprache in den Medien und zeigt in knapper und präziser Weise auf, wo sich oft schon in kurzen Artikeln negativ behaftete Wörter und Redewendungen einschleichen, die wiederum das Denken über oder das Handeln gegenüber Menschen anderer Hautfarbe oder Herkunft beeinflussen können.

Als weiteren positiv zu bewertenden Versuch, ein politisch korrektes und tolerantes Umgehen miteinander zu fördern, kann der **Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.** genannt werden. Auch hier geht es nicht allein um eine tolerante Haltung gegenüber Menschen anderer Herkunft oder anderer Hautfarbe *auf sprachlicher Ebene* sondern auch um einen Austausch, so dass auf diesem Weg eventuell vorhandene Vorurteile (die sich dann in der Sprache wiederfinden lassen) aufgeklärt werden können.

Nimmt man diese zwei Beispiele als positive Ansätze, ein politisch korrektes Denken und Handeln in der Bevölkerung zu fördern, besteht durchaus die Hoffnung, den etwas negativ belegten Ruf der PK in Deutschland vielleicht wieder verbessern zu können.

Literatur

Katharina Oguntoye, May Opitz, Dagmar Schultz (Hg.). *Farbe bekennen – Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte*. Orlanda Frauenverlag, Berlin 1986

Hoffmann, Arne. *Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz*. Tectum Verlag, Marburg 1996

Internet:

- www.wissen.de
- www.xipolis.net
- www.schaumkuss.de

Weitere Informationsquellen:

- “Chronologie der Marke SAROTTI”, zu Verfügung gestellt von der Presseabteilung der Stollwerck AG
- Telefonat mit dem Marketingleiter der Stollwerck AG am 28.05.2001, Tel.-Nr. der Firma Stollwerck: 02203-43-0
- Telefonat mit der Marketingabteilung der Firma Dickmanns am 25.05.2001, Tel.-Nr. der Firma: 05201-120

Adressen:

- IDA Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.
Friedrichstr. 61a, 40217 Düsseldorf, Tel.: 0211-15 92 55-5, E-Mail: Info@IDAeV.de
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Ludolfusstraße 2-4, 60487 Frankfurt am Main, Tel.: 069-713 756-0,
E-Mail: iaf-frankfurt@t-online.de

A. Lanzke: PC in Südkorea. Verbreitung eines (sprach) reglementierenden Konzepts in einem ostasiatischen Kulturkreis

Einleitung

Political Correctness (kurz PC) als moderner Knigge der westlichen Industrienationen ist, trotz aller Diskussionen um Sinn und Legitimation derselbigen, zu einer Massenbewegung, zumindest der politischen Linken geworden. Ursprünglich in den USA als Campus-Bewegung entstanden,⁴⁷ erreichte Political Correctness schnell auch die akademischen Diskurse anderer Industrienationen.

Wie aber rezipiert man diesen Diskurs in Ländern, die anderen Kulturkreisen angehören bzw. in solchen, die nicht der westlichen Hemisphäre zugerechnet werden?

Für eine entsprechende empirische Untersuchung bietet sich Süd Korea als von den USA stark beeinflusstes ostasiatisches Land an.⁴⁸ Konnte Political Correctness auch hier Einzug halten, in ein Land dessen politische Kultur und Gesellschaft sich stark von der westlicher Kulturkreise unterscheiden?

⁴⁷ Vgl. Schenz, 1994, S.31.

⁴⁸ Vgl. zum Einfluss der USA in Süd Korea: Kast, 1998, S.113ff..

Die vorliegende Arbeit versucht, diese Frage zu beantworten. Sie gliedert sich in drei Teile: im ersten Teil erfolgt eine kurze Vorstellung der koreanischen Gesellschaft und des politischen Systems, um einen Einblick in die dortige Kultur zu erhalten. Immer noch ist das Land vielen unbekannt, allenfalls im Rahmen der Annäherung zwischen Nord und Süd Korea findet es seinen Platz in unserer Berichterstattung. Daher soll eine grobe Beschreibung des gesellschaftlichen Aufbaus bzw. des gesellschaftlichen Wandels und der politischen Struktur den Hintergrund für die sich anschließende Untersuchung bilden.

Diese Untersuchung oder vielmehr Umfrage bildet den zweiten Teil der Arbeit. Die Umfrage beschränkt sich bewusst auf den akademischen Raum, was sowohl praktische als auch strukturelle Gründe hat: zum einen wurde die Befragung in englischer Sprache durchgeführt, was hauptsächlich in den Universitäten gesprochen wird, zum anderen kann man davon ausgehen, dass, sollte Political Correctness Süd Korea überhaupt erreicht haben, dies zeit versetzt geschehen ist und somit auch als erstes die Universitäten erreicht hat.

Persönlichen Erfahrungen⁴⁹ und die Resultate einer Literaturrecherche bilden den dritten Teil der Arbeit, welcher die Schlussfolgerungen der Umfrage vertieft.

Im Ergebnis soll die Arbeit klären, ob das Phänomen Political Correctness in Süd Korea aufzuzeigen ist: Wurde die PC-Bewegung über den amerikanischen Einfluss übernommen oder ist es ein Konzept, welches sich aufgrund der Differenz der Kulturen nicht durchsetzen konnte?

Gesellschaft und politisches System in Süd Korea

„Das erklärte Ziel der koreanischen Bevölkerung war die Bildung eines freien, unabhängigen und demokratischen Staates. Jedoch war die Übertragung eines westlichen Demokratiemodells in die alten traditionellen Strukturen in vieler Hinsicht mit unerwarteten Schwierigkeiten verbunden.“ (Jeong, Jae-gak, 1997, S.2)

Süd Korea ist für den Großteil der „westlichen Welt“ ein unbekanntes, fernes Land. In den Medien ist es präsent, wenn wieder Mal ein Anlauf zur Annäherung zwischen Nord und Süd Korea unternommen wird, auch die Olympischen Spiele 1988 in Seoul haben es in die Berichterstattung gebracht. Abgesehen davon bleibt es dem Fokus der medialen Aufmerksamkeit und somit dem allgemeinen Interesse allerdings so gut wie verborgen. Daher wird der erste Teil dieser Arbeit versuchen, einen kurzen Einblick in die Gesellschaft⁵⁰ und das

⁴⁹ Persönliche Erfahrungen meinen in diesem Zusammenhang die Beobachtungen, welche die Verfasserin während eines knapp einmonatigen Aufenthalts im September 2001 während einer Reise durch Süd Korea gemacht hat. Währenddessen wurde auch die Umfrage durchgeführt. Natürlich können einfache Beobachtungen nicht die Grundlage einer empirischen Untersuchung bilden, daher versteht sich diese Arbeit auch nur als Legitimation für eine Untersuchung, nicht jedoch als allgemein gültige Antwort auf die Frage, ob es Political Correctness in Süd Korea gibt.

⁵⁰ Umfassende Informationen über Korea bietet die Seite www.koreaheute.de.

politische System Süd Koreas zu schaffen, um so den Hintergrund für die nachfolgende Untersuchung zu setzen.

Die Gesellschaft Süd Koreas

Die Bevölkerung Süd Koreas kann ethnisch als ausgesprochen homogen bezeichnet werden. Dadurch gibt es so gut wie kein Minderheitenproblem. Trotz des geschichtlich bedingten starken chinesischen und später auch japanischen Einflusses haben sich die Koreaner ihre Eigenständigkeit bewahrt.⁵¹ Diese Eigenständigkeit äußert sich bisweilen in einem ausgeprägten Nationalstolz. Ein als wesentlich gewerteter Bestandteil der koreanischen Autonomie ist die einheitliche koreanische Sprache, welche einen Beitrag zur nationalen Identität darstellt.⁵² Traditionell ist die Gesellschaft Süd Koreas konfuzianisch⁵³ geprägt. Das bedeutet, dass althergebracht eine streng hierarchische Lebensauffassung vorherrscht mit starker Betonung der Familie. Diese Denkweise hat sich allerdings im Laufe der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung und den damit einhergehenden Folgen für das Land verändert.⁵⁴ Der Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs wird auf 1962 datiert. Von da an hat sich die Wirtschaft als eine der schnellsten der Welt entwickelt, allgemein wird auch vom „Wirtschaftswunder am Hangang“ gesprochen.⁵⁵ Zur Verdeutlichung: das Pro-Kopf-Einkommen stieg innerhalb dreier Jahrzehnte, von 1962 bis 1992, von 87 US-\$ auf ca. 6.749 US-\$.⁵⁶ Im Zuge des ökonomischen Booms kam es allerdings auch zu tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen, deren Tragweite und genaue Auswirkungen jetzt nur erahnt werden können. So bildeten sich vollkommen neue soziale Schichten, die früher einheitliche Staatselite wurde durch eine heterogene neue Führung des Landes abgelöst, zu den auch Unternehmer und Manager gehören. Dazu kommt eine bis dato in der Gesellschaft unbekannte Mittelschicht, welche sich aus industriellen Facharbeitern, Angestellten, Selbstständigen und Freiberuflern zusammensetzt. Daneben gibt es immer noch eine Schicht der ländlichen Haushalte – indes gibt es eine enorme Landflucht⁵⁷, so lebt allein ein Viertel

⁵¹ Vgl. Korean Overseas Information Service, 1994, S.10 f..

⁵² Ebd., S.12.

⁵³ Definition Konfuzianismus: „Konfuzianismus, neben Taoismus und Buddhismus einflussreichste philosophische Geisteshaltung in China und Ost-Asien, die in China seit der Handynastie (206 v. Chr.-220 n. Chr.) bis zum Ende des Kaisertums (1912) verbindliche Staatsdoktrin war. Der K. ist prakt., moral. Philosophie. Zentrales Anliegen ist die Fundierung des einzelnen, der Familie und des Staates in der Moral, d. h. in der Menschlichkeit, die sich in den 5 konfuzian. "Kardinaltugenden" der gegenseitigen Liebe, der Rechtschaffenheit, der Weisheit, der Sittlichkeit und der Aufrichtigkeit ("hsin") sowie in den "drei unumstößl. Beziehungen" verwirklicht: Unterordnung des Sohnes unter den Vater, des Volkes unter den Herrscher und der Frau unter den Mann.“ (in Meyer's Lexikon, www.bambushain.de, Zugriff am 21.11.01).

⁵⁴ Vgl. Storey, Eunkyong, 2001, S.27.

⁵⁵ Vgl. Korean Overseas Information Service, 1994, S. 52.

⁵⁶ Ebd..

⁵⁷ Ebd., S.11.

der ca. 46 Mio. Einwohner Koreas in Seoul.⁵⁸, zählt man die Einzugsgebiete noch dazu, so sind es sogar fast 40%.

Neben diesem strukturellen Gesellschaftswandel kann man noch eine weitere Entwicklung beobachten: Zur Sicherung des Lebensunterhalts müssen inzwischen auch Frauen verstärkt in das Arbeitsleben eintreten.⁵⁹ In der Regel werden sie schlechter entlohnt als Männer und gelangen nur selten in verantwortungsvolle Führungspositionen. Nichtsdestotrotz hat der Eintritt der Frau ins Berufsleben zu einem enormen Umbruch im Leben der durch konfuzianische Wertvorstellungen geprägten Familien geführt.⁶⁰

Einen wesentlichen Beitrag zur rasanten Modernisierung Süd Koreas hat das nationale Bildungswesen geleistet.⁶¹ Sowohl traditionell als auch staatlich wird der Bildung und Erziehung des Nachwuchses eine hohe Bedeutung beigemessen:⁶² so nehmen rund ein Viertel der Koreaner und Koreanerinnen ein Studium auf, obwohl nur die sechsjährige Pflichtschule unentgeltlich angeboten wird. Angesichts der hohen Zahl von Universitätsabsolventinnen ist es indes zu einem Überangebot an akademischen Kräften auf dem Arbeitsmarkt gekommen. Infolge dieser schlechten Berufsaussichten haben die Studenten und Studentinnen das Protestpotential der südkoreanischen Gesellschaft verstärkt.

Insgesamt haben Modernisierungsprozesse, wirtschaftlicher Aufschwung und Öffnung des Landes für den Westen zur Auflösung der alten Organisations- und Lebensformen geführt.⁶³ Der Einfluss westlicher Ideen und westlicher Lebensart verdrängt zunehmend die traditionellen Strukturen und führt in steigendem Maße zu einer gewissen Unsicherheit in den städtischen Ballungszentren, verbunden mit einer wachsenden Bereitschaft zu (gewalttätigen) Protesten.⁶⁴ Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die gleichen Entwicklungen auch zu einer rasanten Steigerung des Lebensstandards und zu einer umfassenden Demokratisierung des Landes geführt haben.

⁵⁸ Vgl. Storey, Eunkyong, 2001, S.28.

⁵⁹ So waren 1992 40,62% der Berufstätigen weiblich. (Quelle: Korean Overseas Information Service, 1994, S.74.)

⁶⁰ Vgl. Korean Overseas Information Service, 1994, S.129f..

⁶¹ Vgl. Korean Overseas Information Service, 1994, S.76.

⁶² Ein Beispiel für die hohe Bedeutung, welche Bildung bzw. Lernen einnimmt: in den Bussen, welche vom Incheon-Flughafen nach Seoul fahren, sind Monitore angebracht, auf welchen während der gut halbstündigen Fahrt Englischkurse laufen.

⁶³ Konrad-Adenauer-Stiftung, 2001, (Zugriff am 18.11.01).

⁶⁴ Höhepunkt der Protestbereitschaft waren die Studentenunruhen 1987, welche das Ende der sog. „Fünften Republik“ einläuteten und damit auch den Demokratisierungsprozess des Landes. (Vgl. Cho, 1999, S.134ff.) Aber auch heute kommt es immer wieder zu Protesten und Streiks, verursacht durch die wirtschaftlichen Umstrukturierung Süd Koreas, welche oft mit Massenentlassungen verbunden sind.

Das politische System in Süd Korea

Seit 1988 existiert in Südkorea die so genannte „Sechste Republik“ und mit ihr das erste wirkliche System, welches versucht, das Land zu demokratisieren. Die Republik Korea hat eine demokratische Regierungsform, welche auf Gewaltenteilung und einem System von Kontrollen und Gegengewichten beruht. Die Souveränität liegt beim Volk, von dem alle Autorität ausgeht.⁶⁵

Der Staatspräsident in dem Mehrparteiensystem wird für fünf Jahre gewählt. Aufgrund der immer wiederkehrenden schlechten Erfahrungen mit sich fortwährend verlängernden Amtszeiten von Präsidenten sieht die Verfassung vor, dass er nur für eine Amtszeit gewählt wird, eine Änderung dieses Verfassungsartikels ist nicht möglich, wenn sie von dem Staatspräsidenten bewirkt wird, den diese Änderung betreffen würde.⁶⁶ Des weiteren hat der Präsident nicht mehr die Möglichkeit, das Parlament, die sog. „Nationalversammlung“ aufzulösen. Die Nationalversammlung ihrerseits hat das Recht der „jährlichen Untersuchung“, welche jegliche Aktivitäten der Regierung betrifft.⁶⁷

Die Verfassung Südkoreas⁶⁸ weist sowohl Merkmale des präsidentiellen (z.B. die USA), als auch Merkmale des parlamentarischen (z.B. Deutschland) Systems auf.

Elemente des präsidentiellen Systems sind:

- Oberhaupt des Staates ist der Staatspräsident, welcher diesen dem Ausland gegenüber vertritt.⁶⁹
- Oberhaupt der Regierung ist ebenfalls der Staatspräsident; die Regierung stellt die vollziehende Gewalt dar.⁷⁰
- Das Volk wählt den Staatspräsidenten in allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen für fünf Jahre, eine Wiederwahl ist ausgeschlossen.⁷¹
- Der Staatspräsident hat ein Vetorecht.⁷²
- Sollten sich Mitglieder der Regierung bzw. ausführende Beamte einer Gesetzesübertretung schuldig machen, so hat die Nationalversammlung das Recht, Staatsanklage (impeachment) zu erheben. Dieser muss mindestens ein Drittel der Abgeordneten zustimmen, bei Anklage des Staatspräsidenten die Mehrheit der Gesamtzahl an Abgeordneten.⁷³

⁶⁵ Vgl. Korean Overseas Information Service (Hrsg.), 1994, S.29.

⁶⁶ Vgl. Jeong, Jae-gak, 1997, S.79.

⁶⁷ Ebd..

⁶⁸ Ebd., S.80.

⁶⁹ Vgl. Art.66, Abs.1.

⁷⁰ Vgl. Art.66, Abs.4.

⁷¹ Vgl. Art.67, Abs.1 und Art.70.

⁷² Vgl. Art.53, Abs. 2-4.

⁷³ Vgl. Art.65, Abs.1-2.

Elemente des parlamentarischen Systems sind:

- Der Premierminister wird mit Zustimmung der Nationalversammlung vom Staatspräsidenten ernannt.⁷⁴
- Die Kompatibilität zwischen Mandat und Ministerposten ist möglich.
- Über die generelle Politik der Regierung berät der Staatsrat, dessen erster Vorsitzender der Staatspräsident, der zweite der Premierminister ist.⁷⁵
- Die Abgeordneten der Nationalversammlung und die Regierung sind dazu berechtigt, Gesetzesentwürfe einzubringen.⁷⁶
- Der Premierminister und die Mitglieder des Staatsrates können Sitzungen der Nationalversammlung beiwohnen und über die Sachlage in der Ausübung der Regierung berichten, ihre Meinung darlegen oder befragt werden. Wenn die Nationalversammlung es verlangt, müssen der Premierminister, Mitglieder des Staatsrates oder des Regierungsrates anwesend sein und Anfragen beantworten, können aber auch Vertreter schicken.⁷⁷
- Die Nationalversammlung kann dem Staatspräsidenten einen Beschluss vorlegen, der den Premierminister oder die Mitglieder des Staatsrates einzeln ihres Amtes entbindet.⁷⁸

Im Gegensatz zu allen vorangegangenen Verfassungen verpflichtet die der sechsten Republik das Militär zu politischer Neutralität, enthält einen ausführlichen Grundrechtekatalog mit sozialpolitischem Inhalt, erweiterten Rechten der Arbeitnehmer und einer Grundlage für den Umweltschutz.

Exposition und Auswertung der Umfrage „Political Correctness in Süd Korea“ Nach der Vorstellung der Gesellschaft und des politischen Systems Süd Koreas soll es nun konkret um die Frage nach Political Correctness in dem ostasiatischen Land gehen. Kann man dieses Phänomen auch hier beobachten? Die Vermutung, dass dem so ist, kann man nicht einfach von der Hand weisen, da der amerikanische Einfluss in Süd Korea sehr stark ist. Aufgrund der geschichtlichen Begebenheiten haben die Amerikaner eine besondere Stellung in diesem Teil Asiens.⁷⁹ Da Political Correctness als Campus-Bewegung in den USA entstanden ist⁸⁰, kann

⁷⁴ Vgl. Art.86, Abs.1.

⁷⁵ Vgl. Art.88, Abs.1 und 3.

⁷⁶ Vgl. Art.52.

⁷⁷ Vgl. Art.62, 1-2.

⁷⁸ Vgl. Art.63.

⁷⁹ Dieser Einfluss geht zurück auf den Koreakrieg (1950-53) zwischen Nord- und Süd Korea. Der vorhergehende Bürgerkrieg eskalierte 1950 zum Koreakrieg und damit zum ersten Krieg des Ost-West-Gegensatzes. Amerika griff damals an der Spitze einer UN-Armee auf Seiten des pro-westlichen Südens ein; die Sowjetunion und China unterstützten den Norden, und China griff schließlich mit einem Millionenheer von "Freiwilligen" in den Konflikt ein. Das Ergebnis des Koreakrieges war die Bestätigung der bereits zuvor bestehenden Teilung der Halbinsel in ein kommunistisches System unter Führung Kim Il-sungs im Norden und der pro-westlichen

man davon ausgehen, dass, sollte die Bewegung auch Süd Korea erreicht haben, sie hier ebenfalls zuerst in den Universitäten in Erscheinung tritt. Aus diesem Grund wurde die im folgenden vorgestellte Umfrage an einer Hochschule durchgeführt.

Konzeption der Umfrage

Eine Umfrage, bei der es um die Frage nach dem schieren Vorhandensein von Political Correctness in Süd Korea geht, kann in ihrer Fragestellung nur sehr einfach vorgehen. Demzufolge gliedert sich der Fragebogen in zwei Teile: der erste Teil beschäftigt sich mit statistisch relevanten Angaben (Alter, Geschlecht, Hauptfach), der zweite Teil mit den Kenntnissen über PC.

Abbildung : Der Fragebogen

„Political Correctness in South Korea“

(Please try to fill out the form in English. If this is too hard you can also answer in Korean)

I) STATISTICS

1. Your Age: ____

2. Your Gender: ☐ female ☐ male

3. Your major subject of study: _____

II) POLITICAL CORRECTNESS

4. Do you know the term of “Political Correctness”?

☐ Yes, I know it.

☐ Yes, I have a vague idea of what it could mean.

☐ No, I have never heard about it.

5. If you know “Political Correctness”, how would you explain it and what do you think about it?:

6. If you know “Political Correctness”, give some practical examples (3 at most).

THANK YOU VERY MUCH!!!

Durchgeführt wurde die Umfrage im September 2001 an der Seoul National University (SNU) im dortigen sozialwissenschaftlichen Institut. Professor Suh Yijong, Dozent an diesem Institut im Bereich Politikwissenschaft, verteilte 100 Fragebögen im Laufe von drei Wochen an Studenten und Studentinnen des gesamten Instituts. Die Beschränkung auf 100 Fragebögen liegt zum einen an den begrenzten Möglichkeiten zur Auswertung umfangreicher Umfragen, zum anderen hat die sozialwissenschaftliche Fakultät der SNU, auf welche sich die Umfrage

Alleinherrschaft von Syngman Rhee im Süden. Zur Sicherung des fragilen Waffenstillstands blieb und bleiben die USA militärisch in Süd Korea präsent. (Vgl. Maull, 2000, Zugriff am 21.11.2001)

⁸⁰ Vgl. Schenz, 1994, S.31 ff..

ursprünglich beschränken sollte, im Vergleich zu den anderen Fachbereichen nur wenige Studenten.

Der Teil des Fragebogens, der sich mit der inhaltlichen Fragestellung beschäftigt, beinhaltet folgende Punkte⁸¹:

⇒ Kennen Sie den Begriff „Political Correctness“?

Diese Frage soll klären, ob der Terminus an sich schon bekannt ist. Dafür gibt es drei Antwortmöglichkeiten: Ja, kenne ich; Ja, ich habe eine vage Idee davon, was er meinen könnte; Nein, ich habe den Begriff noch nie gehört.

⇒ Wenn Sie den Begriff „Political Correctness“ kennen, wie würden Sie ihn erklären und was denken Sie darüber?

Vor dieser Frage ist die Grunduntersuchung bereits abgeschlossen, welche beantworten sollte, ob PC in Süd Korea bekannt ist. Nun geht es um die Beschaffenheit der etwaigen vorhandenen Kenntnisse.

⇒ Wenn Sie „PC“ kennen, geben Sie bitte praktische Beispiele (höchstens drei)

Bei dieser Frage geht es um einen Vergleich der Vorstellung, die man in westlichen Industrienationen von PC hat mit der, welche es (möglicherweise) in Süd Korea gibt.

Wie bereits erwähnt, ist das Formular in seinen Fragestellungen bewusst einfach gehalten, da einerseits eine vertiefende Untersuchung bei einer Untersuchungsmenge von 100 wenig sinnvoll erscheint, andererseits diese Menge aufgrund der genannten Gründe nicht vergrößert werden konnte.

⁸¹ Der Einheitlichkeit halber werden die Fragen hier ins Deutsche übersetzt.

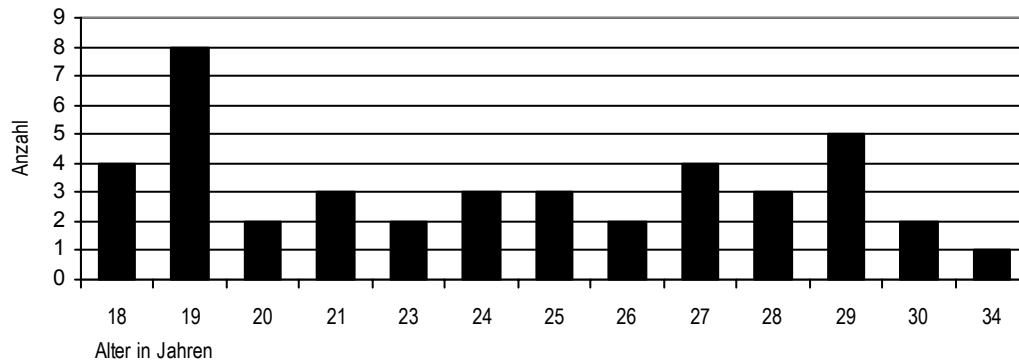
Auswertung der Umfrage

Von den 100 ausgeteilten Fragebögen kamen 42 ausgefüllt zurück.

Statistisch sieht das Ergebnis wie folgt aus:

Alter der Befragten:

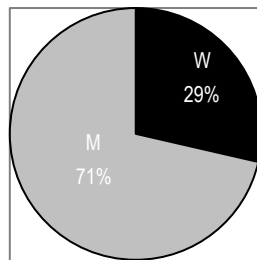
Abbildung 2.2.1: Alter der Befragten



Minimum= 18, Maximum= 34, \bar{x} = 23,88

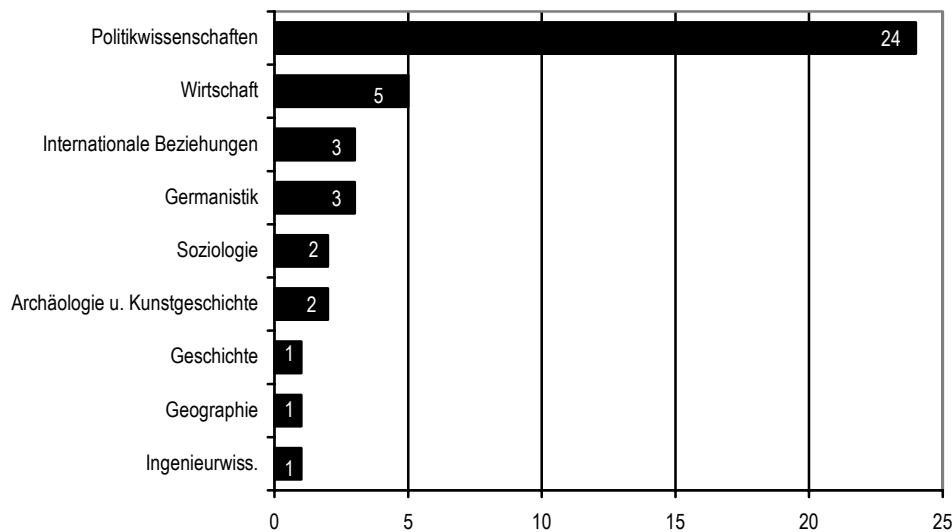
Geschlecht:

Abbildung 2.2.2: Geschlecht der Befragten



Weiblich: 12; Männlich: 30

Hauptfach:

Abbildung 2.2.3: Hauptfach der Befragten

Inhaltlich sieht das Ergebnis wie folgt aus:

37 der Befragten kennen den Begriff „Political Correctness“ überhaupt nicht, drei haben eine ungefähre Idee davon, nur zwei wissen wirklich etwas damit anzufangen.⁸² Alle fünf, welche PC genau oder ungefähr kennen, studieren Politikwissenschaften und sind männlich. Die Antworten⁸³ auf die Frage nach Erklärungen/ Definitionen von PC und der eigenen Meinung darüber (= Frage I) und auf die Frage nach Beispielen (= Frage II) lauten im Einzelnen:

Gruppe A: nicht beantwortet

Gruppe B:

- Frage I: „Ich denke, dass der Begriff ‘Political Correctness’ eine Haltung meint, welche versucht, sich dem politischen Kontext anzupassen.“

Frage II: nicht beantwortet

- Frage I: „Das meint die persönliche Auseinandersetzung zwischen dem, was man individuell für richtig und falsch hält. Jemand kann eine bestimmte Meinung über ein bestimmtes Thema haben, öffentlich darüber allerdings ganz anders sprechen.“

Frage II: „Ich persönlich denke, dass Homosexualität eine Geisteskrankheit ist, würde das so allerdings nicht in der Öffentlichkeit sagen. Es ist eher eine Sache der individuellen Freiheit von Gedanken und Überzeugungen.“

⁸² Der Einfachheit halber werden die Befragten in drei Gruppen eingeteilt: „A“ für diejenigen, die PC nicht kennen, „B“ für diejenigen, die ungefähr wissen, was PC heißen könnte, und „C“ für diejenigen, welche eine genaue Vorstellung von dem Begriff haben.

⁸³ Auch die Antworten wurden aufgrund der Einheitlichkeit ins Deutsche übersetzt.

- Frage I: „Es bedeutet geschlechtsneutrale, unparteiische Worte zu benutzen.“

Frage II: „Man sagt anstatt ‘chairman’ ‘chairperson’.“

Gruppe C:

- Frage I: „Political Correctness versucht, durch fortschrittliche Gesetzgebung Diskriminierung aufgrund von Rasse, Ethnie oder Geschlecht zu korrigieren.“

Frage II: „Political Correctness äußert sich zum Beispiel in Form von Quoten bei den Universitätszulassungen oder bei den Einstellungen in öffentlichen Berufen.“

- Frage I: „Ich kenne den Begriff aus Artikeln einiger Feministinnen. Ich denke, er bedeutet die Handlung, ungerechte Werte, kulturelle Praktiken und so weiter zu korrigieren.“

Frage II: „Ein Beispiel wäre, Märchen wie Cinderella aus einer feministischen Perspektive umzuschreiben.“

Fazit der Untersuchung

Die Umfrage hat ein eindeutiges Ergebnis: 37 von 42, das sind knapp 90%, kennen den Begriff „Political Correctness“ nicht. Nur fünf können eine ungefähre bzw. genauere Definition oder Erläuterung über PC geben. Dieses Ergebnis erstaunt insofern, als dass mehr als die Hälfte der Befragten Politikwissenschaften studiert. Es hat also den Anschein, als ob die PC-Bewegung in den akademischen Diskursen Süd Koreas keine oder nur eine marginale Rolle spielt. Diesen Eindruck bestätigen auch Gespräche mit Professoren koreanischer Universitäten: Prof. Suh Yijong von der Seoul National University, Politologe und Dozent für Sozialwissenschaften, erklärte, er kenne zwar das Phänomen Political Correctness, könne dieses aber nicht in Süd Korea beobachten. Ähnlich äußerte sich Prof. Ko Sangtu von der Yonsei University in Seoul: Political Correctness als Bewegung sei in Süd Korea unbekannt. Basierend auf der Umfrage und den Gesprächen kann man also davon ausgehen, dass PC in Süd Korea nicht auftritt. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es ein koreanisches Äquivalent gibt. Kann man, fasst man PC reduziert als Sprachregelung mit politischem Hintergrund auf, entsprechendes beobachten? Oder gibt es vielmehr Beobachtungen, die dafür sprechen, dass es überhaupt keine vergleichbaren Erscheinungen gibt? Diesen Fragen soll sich das folgende Kapitel widmen, welches sich mit Beobachtungen vor Ort als auch Ergebnissen einer Literaturrecherche befasst.

Beobachtungen: Political Correctness in Süd Korea?

Die Umfrage spricht dafür, dass es Political Correctness in Süd Korea nicht gibt. Aber auch andere Beobachtungen stützen dieses Ergebnis. Im folgenden sollen einzelne Beispiele aufgeführt werden, die dafür sprechen, dass die PC-Bewegung das Land nicht erreicht hat.

Hitler in Seoul⁸⁴

Ein Beispiel für das Nichtvorhandensein von Political Correctness ist die „The Third Reich“-Bar in Seoul. In dieser Bar trägt das Personal Uniformen mit Hakenkreuzen, an den Wänden hängen Poster von Adolf Hitler. Trotz kritischer Artikel mehrerer (ausländischer) Zeitungen geht das Geschäft sehr gut. Der Besitzer hat sich zu einem Kompromiss bereit erklärt: die Bar heißt nun „The Fifth Reich“. Kritischen Nachfragen setzt der Manager entgegen, warum man das Konzept ändern sollte: „Wir sind die einzige Nazi Bar in Seoul.“⁸⁵

Nazi-Image verkauft sich gut⁸⁶

Ein weiteres Beispiel ist die Anzeigenkampagne der Firma Freechal, einer koreanischen Web Company. Die Werbung für eine neue Community zeigte das Foto eines jungen Koreaners in einer ledernen SS-Uniform, die Hand zum Hitlergruß gestreckt. Die PR-Managerin erklärte auf Nachfrage, man wolle kein Nazi-, sondern ein Nazi-ähnliches Image verkaufen, welches kraftvoll und charismatisch sei. Auch richte sich die Kampagne an junge Koreaner, so dass sich eventuelle israelische oder deutsche Besucher nicht getroffen fühlen müssten.

Diätwunder Somalia⁸⁷

Einige koreanische Restaurants bieten trotz zahlreicher Beschwerden immer noch „Somali kimpap“⁸⁸ an. Dieses Gericht zeichnet sich dadurch aus, dass die Reisbällchen, welche zu dem Gericht gehören, dünn und ohne Fleisch sind, so dass sie für Diät haltende Menschen ideal sind. In diesem Zusammenhang ist mir bei meinem Aufenthalt in Korea eine Schokolade mit dem Namen „Ghana“ aufgefallen. Ob dieser Name allerdings einen Bezug dazu hat, dass die Tafel besonders dünn ist, kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Die geschilderten drei Beispiele haben verdeutlicht, dass man zwar keine Anzeichen dafür finden kann, dass die Political Correctness- Welle Korea erreicht hat, dass es allerdings genug Indizien gibt, die dagegen sprechen. Vor allem das Unverständnis, welches auf Nachfragen

⁸⁴ Dieses Beispiel stammt aus dem Artikel „Korea: The Land that PC Forgot“ von Andrew Weber, in: The Korea Herald vom 22.09.2000, Zugriff am 15.10.2001).

⁸⁵ Dies stimmt nicht mehr. Mittlerweile wurde eine zweite Bar gleicher Machart eröffnet.

⁸⁶ Vgl. Weber, 2000.

⁸⁷ Ebd..

⁸⁸ Kimpap ist das koreanische Nationalgericht. Es besteht aus scharf eingelegtem leicht vergorenem Chinakohl.

erfolgt, erstaunt. So scheint es einfach keine Sensibilität für das Thema zu geben. Dafür mag es verschiedene Gründe geben. Einer ist sicher, dass es keine Minderheiten gibt und somit auch nicht die Notwendigkeit besteht, über besondere Sprachregelungen Minderheiten zu schützen. Indes erklärt dies nicht das politisch inkorrekte Verhalten gegenüber anderen Nationalitäten bzw. Volksgruppen. Ein weiterer Grund ist gewiss der starke Nationalstolz, der sich im Laufe der Geschichte gebildet hat und seinen Ursprung unter anderem in der langen Besetzung zuerst durch die Chinesen und später durch die Japaner hat.

Und doch existiert eine Sensibilität gegenüber Themen, welche unter den Begriff der Political Correctness fallen, allerdings in die andere Richtung:

So sollte man das Japanische Meer in Korea nie als solches bezeichnen, sondern vielmehr als „Östliches Meer“. Die Bezeichnung „Japanisches Meer“ wird mit großer Wahrscheinlichkeit als Beleidigung aufgefasst. Ebenso tabu ist das Thema „Homosexualität“ – für Koreaner ist diese nicht existent, zumindest nicht in Korea.⁸⁹

Auch war das Erscheinen des US-Films „Falling Down“ für fast ein Jahrzehnt untersagt, da die Darstellung eines Koreaners in dem Film als Kleingeld klauender Ladenbesitzer Zorn auf sich zog.⁹⁰ Insgesamt gibt es verschiedene (Sprach-) Regelungen in koreanischen Beziehungssystemen, denen allgemein eine hohe Bedeutung beigemessen wird.⁹¹ So besteht beispielsweise die Schwierigkeit der koreanischen Sprache darin, dass es für den gleichen Sachverhalt verschiedene Ausdrücke gibt, abhängig davon, mit wem man spricht.⁹² Diese unterschiedlichen Höflichkeitsstufen sind sehr wichtig, da sie gleichzeitig den Gesprächspartnern erlauben, sich gegenseitig innerhalb der sozialen Hierarchie einzuordnen. Beispiele für diese Höflichkeitsbeziehungen sind die Verhältnisse Jung-Alt, Frau-Mann, Angestellter-Chef, Eltern-Kinder usw. Die Einhaltung dieser „Kodices“ ist bedeutsam, jede Abweichung wird als inkorrekt angesehen.⁹³ Die Sprachregelungen finden sogar ihre Übertragung in das alltägliche Verhalten: so gilt es als unhöflich, einen Raum zu durchschreiten, wenn eine ältere Person darin sitzt, vielmehr muss man dann um die Person herum gehen. Des weiteren gibt es spezielle „Vorschriften“ für Frauen, die beispielsweise nicht in der Öffentlichkeit rauchen sollen, oder generell für junge Menschen, welche nicht öffentlich als Paar auftreten sollen. Man wird in Korea so gut wie nie ein junges Pärchen sehen, welches sich vor anderen Menschen küsst.

⁸⁹ Durch die voranschreitende Verwestlichung hat sich diese Ansicht etwas gelockert, ist aber noch immer weit verbreitet.

⁹⁰ Vgl. Weber, 2000.

⁹¹ Vgl. Storey, Eunhyong, 2001, S.31f..

⁹² Vgl. Haubold, 1998, S.10.

⁹³ Natürlich wird es von Ausländern nicht erwartet, das komplizierte Beziehungs- und damit auch Sprachsystem zu beherrschen. Der geschilderte Sachverhalt bezieht sich auf die Beziehung zwischen Koreanern.

Das koreanische Beziehungssystem ist also stark reglementiert, wenn auch nicht durch die Anforderungen der Political Correctness-Bewegung, sondern vielmehr durch die Überreste der konfuzianisch geprägten Lebensart. Auf der anderen Seite besteht paradoxerweise eine starke Sensibilität gegenüber der Darstellung Koreas und seiner Bevölkerung, nicht aber gegenüber dem Umgang mit anderen Nationalitäten.

Schlusswort

„That Koreans have not yet embraced Western notions of political correctness is no big news to any foreigner that has lived in the former Hermit Kingdom.“ (Weber, 1998)

Die vorliegende Arbeit sollte klären, ob man Ansätze dafür beobachten kann, dass die PC-Bewegung ihren Weg aus den USA nach Süd Korea gefunden hat. Aufgrund der begrenzten Mittel kann das Ergebnis natürlich nicht breit fundiert sein, allerdings sprechen die geschilderten Indizien dagegen – Political Correctness hat nach meinen Beobachtungen das Land nicht erreicht. Dieses Ergebnis hat mich insofern überrascht, als das der amerikanische Einfluss sehr stark ist: amerikanische Werte und Lebensart werden mehr und mehr übernommen bzw. für erstrebenswert erachtet, zumindest von der jüngeren Generation. Auch hätte das bereits bestehende und stark reglementierende Sprach- und Beziehungssystem dafür gesprochen, dass ein Phänomen wie Political Correctness, welches simplifiziert als Sprachregelung begriffen werden kann, sich somit leicht verbreiten kann. Dies konnte allerdings nicht festgestellt werden. So hat die Umfrage, der zweite Teil der Arbeit, gezeigt, dass Political Correctness zwar in Grundzügen bekannt ist (zur Erinnerung: nur rund 10% der Befragten, von denen mehr als die Hälfte Politikwissenschaft studiert, hatte eine vage oder genaue Vorstellung davon, was der Begriff bedeutet), der Großteil aber nichts damit anfangen kann. Dieses Ergebnis wurde durch den dritten Teil der Arbeit noch gestützt: es gab sogar zahlreiche Beispiele, die dafür sprechen, dass es in Süd Korea kein Verständnis für Political Correctness gibt.

Die Gründe dafür können nur erahnt werden – zum einen gibt es, wie bereits erwähnt, keine Minderheiten und somit auch keine Minderheitenproblematik. Zum anderen verhindert der schon an anderer Stelle geschilderte starke Nationalstolz wahrscheinlich eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zu anderen Völkern.

Das Thema „Political Correctness in Süd Korea“ scheint nicht sehr populär zu sein. Eine entsprechende Literaturrecherche ergab bis auf einen Artikel keine Resultate, Anfragen bei entsprechenden Stellen, wie koreanischen Kulturvereinen, Universitäten usw. blieben ergebnislos. Doch trotz des Schlusses, den diese Arbeit zieht – es gibt in Süd Korea keine

Political Correctness – meine ich, dass dieser Sachverhalt eine breiter angelegte Untersuchung verdient. Natürlich konnte sich die Umfrage nur auf eine geringe Zahl von Teilnehmern beschränken und eigene Beobachtungen sollen eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema nicht ersetzen - somit wäre es interessant zu untersuchen, ob eine breiter angelegte Analyse zu dem gleichen Ergebnis kommt. Eine weitere Frage, die durch diese Arbeit entstand, ist, ob sich das bereits bestehende sprachreglementierende System äquivalent zu den Sprachregelungen von Political Correctness verhält und ob eine etwaige Äquivalenz das Übergreifen der Bewegung verhindert.

Insofern hat die vorliegende Arbeit das einführend angegebene Ziel erreicht: Anstoß zu weiteren Untersuchungen zu geben und nicht endgültig zu klären, ob es Political Correctness in Süd Korea gibt – die Klärung dieser Frage ist aus bereits genannten Gründen in diesem Rahmen nicht möglich.

Doch auch wenn das Ergebnis der Umfrage und der eigenen Beobachtungen weiter verifiziert werden kann, so bleibt doch die Frage, ob die PC-Bewegung im Zuge einer weitergehenden Öffnung des Landes Süd Korea nicht doch noch erreicht. Angesichts der aufgeführten Negativ-Beispiele wäre dies wünschenswert.

Literatur

Cho, Hyun-Ock: „Soziale Bewegung und Modernisierung in Korea“, Verlag Dr. Kovač, Hamburg, 1999

Haubold, Dietrich & Andreas: „Koreanisch – Wort für Wort“, Reise Kno-How Verlag Peter Rump GmbH, Bielefeld, 1998

Jeong, Jae-gak: „Politik und parlamentarische Kontrolle in Südkorea“, Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden, 1997

Kast, Günter: „Der schwierige Abschied von der Vorherrschaft. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die internationale Ordnung im asiatisch-pazifischen Raum“, LIT Verlag, München, 1998

Korean Overseas Information Service (Hrsg.): „Tatsachen über Korea“, Seoul, 1994

Schenz, Viola: „Political Correctness. Eine Bewegung erobert Amerika.“, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/ Main, 1994

Sorey, Robert/ Eunkyong: „Korea“, Lonely Planet Publications Pty Ltd, Victoria (Australien); 2001

Internetquellen:

- Konrad-Adenauer-Stiftung: „Korea“, http://otto.kas.de:8000/kasauss/land_index.html?land=Korea, 2001
- Maull, Hanns W.: „Die gefährlichste Krisenregion der Welt im Umbruch. Perspektiven für die Zukunft der koreanischen Halbinsel“, in: „Das Parlament“, Nr. 24, http://www.das-parlament.de/24-05/aktuelle_ausgabe/p-a-20.html, 2000
- Weber, Andrew: „Korea: The land that PC forgot“, in: The Korea Herald, 22.09.2000, http://www2.gol.com/users/coynerhm/korea_the_land_that_pc_forgot.htm

E. Pluharova-Grigiene: PC in Litauen – eine mühsame Recherche

Bereits die Auskunft des Instituts für litauische Sprache⁹⁴ bezüglich Übersetzung und Definition von Political Correctness in Litauen machte deutlich, dass PC im größten der drei baltischen Staaten weder in aller Munde ist, geschweige denn ein Thema, das von der wissenschaftlichen Elite des Landes ähnlich diskutiert wird, wie es im PC-Ursprungsland, den Vereinigten Staaten der Fall war und ist. Da ihnen der Begriff nicht geläufig sei, so ein Mitarbeiter des Instituts, könnten sie eine Beschreibung des Phänomens nicht vornehmen. Diese Aussage sollte sich in der, durch Zweck und Zeit in ihren Ausmaßen eingeschränkten, Recherche zum Thema PC in Litauen als charakteristisch erweisen. Beredter reagierten Freunde und Freundesfreunde (20 Akademiker zwischen 20 und 30 Jahren) auf einen Fragebogen, der sie nach ihrem Verständnis von PC und den tatsächlichen oder wünschenswerten Anwendung in Litauen erkundigte.

⁹⁴ Lietuvių Kalbos Institutas.

Bedeutung des Begriffs

Nach Auskunft der Staatlichen Litauischen Sprachkommission (VLKK)⁹⁵ wird “political correctness” mit “politinis korektiškumas” übersetzt, ist allerdings nicht in dieser substantivischen Form gebräuchlich. Üblicher sei das Adjektiv “politisch korrekt” (“politiškai korektiškas”). Als bedeutungsähnliche und im litauischen Umfeld verständlichere Begriffe werden “politinė tolerancija” bzw. “politinis pakantumas” (politische Toleranz), “padorumas” (Anständigkeit) oder “taktas” (Takt) verwendet.

Da PC vor allem Ausdruck eines Bestreben von Personen ist, die sich aufgrund ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht, ihrer körperlichen oder geistigen Behinderung oder ihrer sexuellen Neigung diskriminiert fühlen, nach einer, nicht “nur” gesetzlichen, sondern auch sprachlichen Gleichstellung,⁹⁶ bot es sich zunächst an festzustellen, ob einige der genannten Gruppen sich an die litauische Öffentlichkeit wenden und zu PC vergleichbare Forderungen formulieren.

Die Hauptanwendungsbereiche in Litauen sieht die VLKK in Bezug auf Frauen- und (ethnische) Minderheitenrechte. Auch die Umfrageergebnisse benennen deutlich das Problem des Umgangs mit den nationalen Minderheiten als dringendstes Anliegen von PC. Die Befragten bemängelten, dass in der litauischen Öffentlichkeit das intolerante Verhalten gegenüber sexuellen Minderheiten so gut wie gar nicht thematisiert wurde. Keine Erwähnung von ihrer Seite fanden die Stellung der Frau oder behinderter Menschen. Für die Allermeisten war der Begriff selbst neu und das Phänomen wurde eher als Takt oder Toleranz verstanden. Positiv bewerteten die Befragten die Chancen einer Gesinnungsänderung durch die Einführung politisch korrekter Umgangsformen. Die weitere Recherche bestätigte die Erkenntnisse aus den Fragebögen, es wurden keine Belege dafür gefunden, dass PC als solches an den litauischen Universitäten oder in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Minderheiten in Litauen

Bekanntermaßen ist Litauen ein kleines Land - die Präsenz von Ausländern, die sich physiognomisch deutlich von der Mehrheit der Bevölkerung unterscheiden, bleibt eine noch immer viel bestaunte Ausnahme. Der durchschnittliche Litauer bekommt bspw. kaum Gelegenheit, einen Farbigen mit dem Ausdruck “negras” zu brüskieren. Der Aspekt von Rasse (race) in Verbindung mit politischer Korrektheit kann für Litauen somit vernachlässigt werden.

⁹⁵ Valstibiniø Lietuviø Kalbos Komisija prie Lietuvos Respublikos Seimo.

⁹⁶ Hoffmann 1996, 11.

Durch seine Grenzen mit Weißrussland, Polen und Russland (Gebiet Kaliningrad) sowie durch Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte leben auf dem Gebiet der Republik Litauen heute neben den ca. 80% Angehörigen der Titularnation als größte Minderheiten ungefähr 11% Russen und Weißrussen sowie 7% Polen.⁹⁷

Von staatlicher Seite wird die Chancengleichheit ethnischer Minderheiten als gewährleistet erachtet. So ist Litauen – nicht zuletzt auch aufgrund seines Beitrittswunsches zur Europäischen Union - Mitglied der führenden weltweiten Organisationen und Unterzeichner aller relevanten Konventionen für Menschenrechte und Minderheitenschutz.⁹⁸ Über das Ansehen der Minderheiten und einer evtl. empfundenen Diskriminierung in Sprache und Verhalten lassen sich nur schwer empirische Aussagen treffen, zumal es - hauptsächlich aufgrund der wirtschaftlichen Lage - überhaupt nur wenig gesellschaftliches Engagement für solche Belange gibt.⁹⁹ Vorbehalte von litauischer Seite gegen Polen und Russen speisen sich hauptsächlich aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation und werden somit quasi historisch begründet.¹⁰⁰

Politisch vertreten ist einzig die polnische Minderheit durch “Litauens polnische Wahlaktion”, die in den Wahlen im Herbst 2000 einen Vertreter in den Seimas, das litauische Parlament, entsenden konnte.¹⁰¹ Ihr Wahlprogramm gibt keine konkreten Hinweise auf die Thematik von PC. Allgemein kann gesagt werden, dass sich das gegenseitige Ansehen im Laufe des vergangenen Jahrzehnts verbessert hat.¹⁰² Ebenso verhält es sich mit Litauens Beziehung zur russischen Minderheit, die im Vergleich zu seinen baltischen Nachbarn weniger konfliktreich ist. Gegen das abschätzige und weitverbreitete “ruskiai” (statt “rusai”) hat sich bisher noch niemand öffentlich beschwert. Problematischer gestaltet sich das Verhältnis zu den litauischen Juden, deren Bevölkerungsanteil vor dem Zweiten Weltkrieg 7,5% betrug.¹⁰³ Die Tatsache, dass auch Einheimische während des Holocausts an Exekutionen beteiligt waren, sowie alte antisemitische Vorurteile machen eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit äußerst schwierig. Aber auch hier ist der heutige tatsächliche Bevölkerungsanteil zu gering (0,1%), als das politische Korrektheit als Thema ins Gewicht fallen würde. Es sei denn, man bezieht tradierte Geschichtsbilder mit ein, die allerdings in jüngster Zeit zunehmend kritisiert werden.¹⁰⁴

⁹⁷ www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html, 17.09.01.

⁹⁸ Vidrinskaitė 1999, 15ff.

⁹⁹ Praktinis Vadovas Lietuvos Nevyriausybių organizacijoms 1999, 1ff.

¹⁰⁰ Czaplicka 1997, 9ff.

¹⁰¹ Valdemar Tomaszewski für die Lietuvos lenku rinkimu akcija, www.lrs.lt, 16.09.01..

¹⁰² Lenkø simpatijos lietuviams per 8 metus gerokai sustiprėjo, in: Lietuvos Rytas, 4. 09. 01.

¹⁰³ Brockhaus 2000, s.v. “Litauen”.

¹⁰⁴ Auch die Massenmedien greifen das Thema vermehrt auf, wie deutlich wurde an der Aufmerksamkeit am ersten Treffen der Litvaks auf litauischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg im September dieses Jahres.

Die litauische Gesellschaft ist nach wie vor stark von patriarchalischen Rollenmodellen der Geschlechter geprägt.¹⁰⁵ Seit Mitte der 90er Jahre nimmt sich die Politik der Republik Litauen geschlechtsspezifischer Themen an. Für die Gleichberechtigung der Frau setzen sich seit dieser Zeit u.a. verschiedene NOGs, vor allem das Women's Issues Information Centre, sowie die Litauische Frauen Partei mit Erfolg ein.¹⁰⁶ Ihre Forderungen in Bezug auf Diskriminierung richten sich nicht explizit auf eine Sprachregelung, sondern mehr auf das Verhalten Frauen gegenüber, so im Zusammenhang mit Mobbing etc.¹⁰⁷

Als besorgniserregend betrachtet die Europäische Union die Situation der Homosexuellen in Litauen.¹⁰⁸ Sie organisieren sich nur vereinzelt in NGOs, die in der Regel erst seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre existieren. Darunter die Schwule Liga Litauens¹⁰⁹, die gegen öffentliche Verspottung und Verschmähung sowie auch jede andere Form der Diskriminierung von Minderheiten wie Homosexuelle eintritt.

Ursachen und Ausblick

Die geringe Rezeption von PC in Litauen lässt sich meiner Meinung nach durch einige Charakteristika der litauischen Gesellschaft erklären, die traditionell patriarchalisch aufgebaut und ländlich-katholisch geprägt ist. Weiterhin zeichnet sie sich durch ein starkes Nationalbewusstsein aus, eine historisch begründete Realität eines kleinen Volkes mit großen Nachbarn, das es bis in die jüngere Geschichte verstand, dem Assimilierungsdruck der unterschiedlichen Machthaber zu widerstehen. Diese Tatsache fand in ihrer mythologisierten Form Eingang in das litauische Selbstbild.

Die Ursprünge von PC liegen in den amerikanischen Civil Rights Movements der 60er Jahre,¹¹⁰ einer Zeit als Litauen Teil der Sowjetunion war. Die repressive politische und ideologische Kontrolle des Regimes erlaubte selbstredend keine vergleichbaren Forderungen nach Änderung des kulturellen und rechtlichen Status Quo. Die Jahrzehnte der sowjetischen Okkupation hinterließen ein intellektuelles Erbe,¹¹¹ welches gemeinsam mit den bereits geschilderten Spezifika die für eine PC-Bewegung unfruchtbaren Voraussetzungen in Litauen heute bedingen. Solche Themen, welche die vorherrschend konservativen Wertvorstellungen herausfordern, wie bspw. Homosexualität, werden erst in jüngster Zeit und immer noch sehr verhalten thematisiert.

¹⁰⁵ Deduikienė 1999, in: Women in Lithuania, 40ff.

¹⁰⁶ Purvaneckienė 1999, in: Ebd., 43ff.

¹⁰⁷ Vidrinskaitė 1999, in: Ebd., 21.

¹⁰⁸ Jonikova 2001.

¹⁰⁹ Lietuvos gėjų lyga.

¹¹⁰ Hoffmann (1996), 11.

¹¹¹ Lithuania/ 1. Historical perspective: cultural policies and instruments, www.culturalpolicies.net/lithuania-1.html, 24.09.01.

Staat und Gesellschaft Litauens orientieren sich an den westlichen Ländern. Internationale Organisationen unterstützen die Entstehung einer durch Vielfalt gekennzeichneten Zivilgesellschaft. Viele junge Leute gehen ins Ausland und machen Erfahrungen mit anderen Lebensstilen, manche von ihnen kehren sogar zurück. Vielleicht wird all dies weniger eine Diskussion um PC initiieren, als vielmehr eine Sensibilisierung für Minderheitenthemen bewirken. Die Unschärfe des Begriffs PC und seiner Inhalte haben ihn möglicherweise auch hierzulande bereits an Gegenwartsnähe verlieren lassen. Aktueller denn je ist eine intolerante Haltung gegenüber Anderen in Politik, Medien, Kunst und öffentlichem Leben.

PC bleibt womöglich ein Phänomen, das an Litauen vorbeigegangen ist.

Literatur

Czaplicka, John: Geteilte Geschichte, geteilte Erbschaft. Stadtbild und Kulturlandschaft im Baltikum und in Polen, in: Das Denkmal im nördlichen Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert. Politischer Kontext und nationale Funktion, Hg. Institut Norddeutsches Kulturwerk, Lüneburg 1997

Hoffmann, Arne: Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz, Marburg 1996

Jonikova, Viktorija (30.09.01), Seksualinės mažumos Lietuvos visuomenėje, www.sociumas.lt/lit/nr19/mazumos.aps.

Praktinis vadovas Lietuvos Nervyriausybės organizacijoms, Hg. Nevyriausybinių organizacijų informacijos ir paramos centras, Vilnius 1999

Deduikienė, Jūrate, Women in Politics and Decision-Making, in: Women in Lithuania, Hg. Women's Issues Information Centre (WIIC), Vilnius 1999

Vidrinskaitė, Saulė: Action Plan for the Advancement of Women of Lithuania, in: Women in Lithuania, Hg. Women's Issues Information Centre, Vilnius 1999

Purvaneckienė, Giedrė: Women and Elections, in: Women in Lithuania, Hg. WIIC, Vilnius 1999

Dies., Legislation and Women's Rights, in: Women in Lithuania, Hg. WIIC, Vilnius 1999

N. Kotiasvili: Politiceskaja Korrektnost in Russland - *die Verbreitung verbaler und nonverbaler PK in der russischen Gesellschaft und Politik*

Einleitung

Meistens redet man in Russland über die Politische Korrektheit im Zusammenhang mit einen ‚guten‘ Witz über den ‚American way of life‘. Oft wird behauptet, das Phänomen PK würde in Russland nicht existieren. Dies stimmt aber nicht ganz. Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Verbreitung von PK in Russland zu untersuchen.

Der Begriff PK wird von den Russen selten ernst genommen. Nur in Kazan, der Hauptstadt der Republik Tatarstan, und in Baschkortostan (Republik Baschkiria) spricht man über PK auch ernsthaft. Dies hat einen politischen Hintergrund: Diese beiden Republiken haben die größte Autonomie. Ihre Bevölkerung kann es sich deshalb erlauben, eine Diskussion über zwischennationale Beziehungen und Rechte der ethnischen Minderheiten zu führen. Im Rahmen dieser Diskussion wird der Begriff PK des öfteren benutzt. Man kann sogar sagen, dass die Entwicklung der russischen PK auf diese Debatte und die Völker des Kaukasus zurückzuführen ist. Dies kann man allerdings als eine Ausnahmeerscheinung betrachten. Andere Beispiele, die ich in dieser Arbeit behandeln möchte, (wie „Frauen und PK“ und „Schwulen und Lesben im gegenwärtigen Russland“) haben in Russland bis heute wenig mit den Ideen der PK gemeinsam.

Die Tatsache, dass in Russland relativ wenig über PK gesprochen wird, bedeutet nicht, dass die unter diesem Begriff bezeichnete Probleme in Russland völlig unbekannt, ungelöst, unbemerkt oder ignoriert werden. Wenn wir über Osteuropa, die ehemalige Sowjetunion oder Russland reden, müssen wir uns daran erinnern, dass sich die westlichen und osteuropäischen Demokratien auf verschiedenen politischen und kulturellen Ebenen befinden, und deshalb die Diskussion von PK auch in einem unterschiedlichen Stadium ist. Zweitens ist PK nur ein Begriff ohne verallgemeinerbare Definition.

Zuerst muss zwischen zwei Definitionen von PK unterschieden werden: die erste Definition bezeichnet PK in der Sprache, die zweite Definition bezieht sich auf die Umsetzung von PK

(z.B. Arbeitsplatzquoten, Chancengleichheit für Frauen, ethnische und nationale Minderheiten).

Verbale PK

Ethnische PK

Russland ist ein Vielvölkerstaat, der ohne minimale ethnische PK nicht existieren könnte. Gleichzeitig muss aber unterstrichen werden, dass PK in Russland sehr begrenzt ist. Der Hauptgrund für diese Situation ist eine permanente Wirtschaftskrise und die daraus folgende Armut. Man kann weniger Toleranz und Demokratie beobachten, wenn es keine Mittelklasse und keinen Wohlstand gibt. Dann kann man noch weniger PK erwarten. Die beiden Ausdrücke: <Personen der kaukasischen Nationalität> und <Schwarz> sind Anfang der neunziger Jahre erschienen. Damit bezeichnet man alle Personen, die aus dem kaukasischen Raum stammen. Zuerst äußerten Leute Missfallen, weil diese Personen einfach Konkurrenten und auch meistens Ausländer, und zudem häufig wirtschaftlich erfolgreicher waren. Aber seit Beginn des tschetschenischen Kriegs hat diese Intoleranz gewaltig zugenommen. Ob diese Menschen redliche Unternehmer oder Kriminelle sind, interessiert fast niemanden. Die Assoziation mit den Bezeichnungen: <Personen der kaukasischen Nationalität> und <Schwarz> ist immer negativ: Sie bezeichnet eine Person, die mit Kriminalität oder Straftaten in Verbindung steht. Die beiden Ausdrücke hört man regelmäßig im Fernsehen und im Radio. Man spricht auch manchmal darüber, dass etwas verändert werden muss, bis jetzt ohne Ergebnisse. Doch ist es klar, dass nicht alle Menschen, die aus den kaukasischen Gebieten gekommen sind, Verbrecher sind, und dass Verbrecher im Prinzip keine Nationalität haben. Schließlich liegt auf der Hand, dass es keine sogenannte <Kaukasische Nationalität> gibt. Doch gerade auf Grund des <kaukasischen Aussehens> führt die Miliz Passkontrollen auf den Straßen durch. Und wenn man nicht slawisch aussieht, muss man damit rechnen, dass man mehrere Male pro Tag kontrolliert wird. Ausdrücke <Jid> (Jude) und <Negr> sind heute in Russland <idiomatische> Redewendungen. Alle wissen, dass es politisch korrekt wäre, diese Ausdrücke nicht zu benutzen, weil sie beleidigen können.

Frauen und PK in Russland

Während der sowjetischen Ära hatten Frauen drei Hauptfunktionen: Mutter, Hausfrau und Arbeiterin. Offiziell hatten sie gleiche Rechte wie Männer. Es gab auch viele Frauenräte zur Verteidigung ihrer Interessen. Die Anzahl der Räte wuchs ständig. Doch in Wirklichkeit nahm die tatsächliche Diskriminierung der Frauen zu: in die Sphären der Politik und Macht

drangen sie nicht vor. Es erstreckte sich auf die verborgene Diskriminierung von Mädchen in der Schule, von der sie auf die sog. weiblichen Berufe vorbereitet wurden. Schlechtes Image und niedrige Löhne kennzeichneten die weiblichen Berufe. Daraus hat sich der Stereotyp von dem Mann als Ernährer erhalten und entwickelt

Der Übergang zur Marktwirtschaft hat neue Schwierigkeiten mitgebracht. Auf dem Markt hat sich die Frauenarbeitslosigkeit vergrößert. Besonders interessant ist, dass die „Doppelideologie“ von Frauen selbst unterstützt wird: nach Angaben der Meinungsumfragen ist die größte Anzahl von ihnen überzeugt, dass es keine Diskriminierung gibt (wenn es um allgemeine Frauendiskriminierung geht). Doch wenn die Forscher konkrete Fragen stellen (nach den Arbeitsbedingungen oder nach der persönlichen Familiensituation), kann man sehen, wie schwierig die Lage ist. Diese seltsame Kombination unterminiert den zentralen Begriff der westlichen Konzeption der Menschenrechte, den zentralen Begriff der feministischen Theorie. Männer und Frauen sagen sich sogar von den Rechten los, die sie bereits haben. Über welchen „Kampf“ kann man dann diskutieren? Pessimisten sagen, dass die Diskussion über Frauenrechte in Russland gegenstandslos ist. Doch nicht alle Frauen denken genauso (s.o.). Insgesamt vereinigt heutzutage die Frauenbewegung Russlands mehr als 400 Organisationen unter ihrem Dach. Politically correct wird auf Frauen heute nicht angewandt: im Bewusstsein der russischen Bürger bezieht sich PC, wenn überhaupt, dann auf ethnische Minderheiten.

Die Lage der Schwulen und Lesben im gegenwärtigen Russland

Ziel dieses Teils ist eine Beschreibung der rechtlichen und der tatsächlichen Lage von Homosexuellen in der Russischen Föderation. Darüber hinaus werden die Einstellung der Gesellschaft und die Probleme der Homosexuellen dargestellt.

Der rechtliche Status homosexueller Partnerschaften

Die kriminelle Verfolgung von Homosexuellen wurde 1993 aufgehoben. Das geltende Strafgesetzbuch der Russischen Föderation, das am 1. Januar 1997 rechtskräftig wurde, sieht folgende Veränderungen vor: die strafrechtliche Verantwortlichkeit gibt es nur für „die gewaltsamen Aktionen des sexuellen Charakters“. Dabei wird nicht zwischen homo- und heterosexuellen Straftaten unterschieden. „Das Alter des Einverständnisses“ lag früher für homo- und heterosexuelle Beziehungen bei 16, 1998 wurde es jedoch auf 14 Jahre herabgesetzt.

Andererseits werden homosexuelle Paare vom bürgerlichen Recht, Familienrecht und Verwaltungsrecht nicht anerkannt. In der Russischen Föderation gibt es keine Gesetzgebung

über homosexuelle Partnerschaften. Der Familienkodex bestimmt die Ehe als eine Union „von Mann und Frau“. Bei der Abwesenheit des notariellen Testamentes erbt der Partner das Eigentum des gestorbenen Partners nicht. Auch Adoption ist nicht möglich.

Die Arbeitsgesetzgebung untersagt die Diskriminierung bei der Einstellung und bei der Entlassung, doch sexuelle Diskriminierung ist gar nicht erst als eine der möglichen Formen erwähnt, und das, obwohl sie in der Praxis existiert.

Es gibt kein gesetzliches Verbot der Diskriminierung von Homosexuellen. Davon abgesehen werden bei Homosexuellen jedoch in der medizinischen Sphäre Unterschiede gemacht: Gemäß der Instruktion des Ministeriums für Gesundheit vom 29. Mai 1995 dürfen Homosexuelle kein Blut spenden.

Die Einstellung der Gesellschaft zu Homosexuellen

In den letzten Jahren wurde die öffentliche Meinung in Bezug auf Homosexuelle toleranter. Zuvor fiel die sowjetische Gesellschaft eher durch äußerste Unduldsamkeit gegenüber jeglichem Andersdenken und ungewöhnlichem Verhalten auf. Homosexuelle waren die am stärksten unterdrückte soziale Gruppe. Eine Meinungsumfrage vom November 1989 über die Frage „Wie muss man Homosexuelle behandeln?“ ergab folgende Antworten: Von den Befragten sagten 33% „sie müssen liquidiert werden“, 30% „sie müssen isoliert werden“, 10% - „man sollte sie gewähren lassen“ und nur 6% meinten, es solle ihnen geholfen werden. Die soziale Stellung der Homosexuellen in der sowjetischen Gesellschaft war bedeutend schlechter als die der Prostituierten, Drogensüchtigen, geistig Behinderten und Alkoholikern.

Doch konnte man nach der Aufhebung der kriminellen Verfolgung der Homosexuellen eine größere Toleranz im Vergleich zu 1989 beobachten. Die Anzahl der Befragten, die für die „Liquidierung“ gestimmt haben, hat sich auf 22% (1994) verringert. Im Gegenteil, haben sich für die „Hilfe“ 8% statt 6% ausgesprochen, und für „Gewähren lassen“ 29% statt 12%. Die Sozial- und Altersparameter dieser Befragung sind ausdrucksstark. 40,8% der Befragten, die bis 24 Jahre alt sind, sind für die „Freiheit“ der Homosexuellen, während unter denjenigen, die älter als 55 Jahre sind, diese Anzahl nur 12,3% beträgt. Von den Befragten, die eine Hochschulbildung haben, haben 43,4% für die „Freiheit“ gestimmt. Bei Befragten ohne eine Hochschulbildung waren es 20,4%.

Bei der Befragung der Schüler (1997, 13-16 Jahre alt) waren 37,7 % der Jungen und 53% der Mädchen der Meinung, dass die Homosexualität eine Privatangelegenheit sei; 17 % bzw. 19 % waren damit eher einverstanden; und nur 24,4 % der Jungen und 10,4 % der Mädchen

waren nicht damit einverstanden. Im Prinzip sind die Jugendlichen 2-3 Mal duldsamer als ihre Eltern und Lehrer.

Im Mai 1998 haben Meinungsumfragen zur Frage: „Was ist Homosexualität?“ zu folgendem Bild geführt: 33% der Befragten waren der Meinung, Homosexualität sei eine Krankheit oder das Ergebnis eines psychischen Trauma; 35% sagten, es sei Liederlichkeit oder eine schlechte Gewohnheit“. Nur 18% antworteten, es sei eine sexuelle Orientierung, die wie eine heterosexuelle existieren kann. Die letzte Variante haben 31% der Befragten, die zwischen 18 und 39 Jahre alt waren, gewählt und nur 4% von denen, die älter als 55 waren.

Die Position der offiziellen Medizin

Seit 1999 wird in Russland die Homosexualität offiziell nicht mehr als eine psychische Krankheit angesehen. Dennoch sind viele führende Psychiater mit diesem Beschluss nicht einverstanden. Das Buch des Laboratoriumsleiters der Gerichtssexologie des staatlichen wissenschaftlichen Zentrums für Sozial- und Gerichtspsychiatrie von V.P. Serbskij enthält ein Vermerk, in dem bestätigt wird, dass Homosexualität als eine ernsthafte Pathologie zu betrachten ist. Darüber hinaus wird behauptet, dass die Amerikanische Psychiatrische Assoziation (1973) und die WHO Homosexualität aus der Liste der Krankheiten nur unter erheblichem politischem Druck genommen haben, und dass dieses "den fundamentalen Prinzipien medizinischer Diagnostik widerspricht".

Diese Position verringert die Möglichkeiten einer psychologischen Hilfe für die sexuellen Minderheiten in Russland.

Die politischen Rechte und die Schwulenbewegung

Die Schwulenbewegung, d.h. eine Organisation, die für die Anerkennung der Homosexuellenrechten kämpft, besteht in Russland aus einigen vereinzelt Gruppen in verschiedenen Regionen des Landes. Meistens werden sie von ausländischen Stiftungen (vor allem aus Schweden) finanziert. Eine nationale Schwulenorganisation oder Assoziation existiert bis heute nicht. Es wird auch keine systematische Arbeit an der Dokumentation von Verletzungen der Homosexuellenrechte oder an dem Schutz von ihnen geführt.

Das Gesetz untersagt die Bildung von Assoziationen von Homosexuellen nicht, doch in der Praxis unternimmt die Regierung alle Anstrengungen, um solchen Gruppen keine Registrierung zu gestatten. Zum Beispiel, als im August 1995 27 lokale Organisationen der nationalen Assoziation der Lesben, Schwulen und Bisexuellen sich zusammenschließen wollten, hat die Regierung eine offizielle Registrierung untersagt, weil diese Assoziation den öffentlichen Normen der Moral widerspreche. In den Jahren 1999 und 2000 versuchte die

Website „Gay.ru“ zweimal erfolglos, sich in der Moskauer Verwaltung des Ministeriums für Justiz registrieren zu lassen. Die Ablehnung erfolgte jedes Mal aus angeblich formalen Gründen.

Auf dem politischen Niveau wird die Tatsache der Zugehörigkeit zu einer Schwulenorganisation oder einer positiven Einstellung zu Homosexuellen für die Diskreditierung des Gegners während einer Wahlkampagne benutzt.

Die Massenmedien

Die russischen Massenmedien veröffentlichen bis heute Materialien über Homosexualität, die einen sensationellen Charakter haben. Ihnen fehlt es an Objektivität und Umsicht; ein Zeichen dafür, dass PK hier nicht besteht. Man kann oft eine stereotype Behandlung in bezug auf Homosexuelle beobachten. Diese von den Medien geschaffenen Gestalten sind meistens karikiert und primitiv. Wie früher fehlen ernste Diskussionen und eine Besprechung der Probleme von Schwulen und Lesben. Immerhin löst das Thema „Homosexualität“ nicht mehr eine solche hysterische Reaktion der Medien aus, wie es noch Anfang der 90er Jahre der Fall war. Eine scharfe negative Einstellung zu Homosexuellen verbreiten kommunistische, nationalpatriotische und religiöse Zeitschriften.

Anfang der 90er Jahre wurden ein paar Gay-Zeitschriften ("Argo", "1/10", "Gay-slaven" etc.) und eine Zeitung ("Thema") gegründet. Doch wegen finanzieller Schwierigkeiten wurden sie Ende des Jahrzehntes eingestellt. Zur Zeit existieren keine „Schwulenmedien“. Doch eine Reihe von Zeitschriften (z.B., "Ptütsch" und "OM") veröffentlichen regelmäßig Artikel über Homosexualität. Das Vakuum der Information wird heutzutage durch das Internet teilweise ergänzt.

Religion und Homosexualität

Die orthodoxe Kirche spricht sich heftig gegen Homosexualität aus. In „der Grundlage der sozialen Konzeption der russischen orthodoxen Kirche“ (August 2000) kann man folgende Äußerungen finden: „Sünde“, „die Beschädigung der menschlichen Natur“, „sündige Tendenz“ etc. Nicht besser ist die Situation in mohammedanischen Gebieten der Russischen Föderation.

Schlussfolgerung zum Thema Homosexuelle

Die Aufhebung der kriminellen Verfolgung von Homosexuellen hatte eindeutig eine positive Auswirkung. Sie werden langsam "sichtbar" in der Gesellschaft. Einerseits hat diese

Sichtbarkeit eine Homophobie provoziert („Früher gab es keine Schwulen, und heute so viele überall!!!“). Andererseits gewöhnt sich die russische Gesellschaft allmählich an ihre Existenz. In dem Maße wie die Diskriminierung Homosexueller abnimmt, kann man von einer positiven Voraussetzung für die nonverbale PK ausgehen.

Nonverbale PK

Es gibt keine nonverbale PK in Russland. Das bedeutet, es gibt keine gesetzlichen Verpflichtungen für Arbeitsplatzquoten oder Steuervergünstigungen für Unternehmer, wenn sie z.B. Behinderte einstellen. Z.B. halten sich die meisten Fernsehkanäle an westliche Vorbilder. Der einzige Bereich, wo man ernsthaft über mögliche Quoten diskutiert, ist Politik: i.e. die Vertretung von Frauen im politischen Leben des Staats. Z. B. machen Frauen nur 0.5% des Rats der Föderation aus. Gleichzeitig sind 56,7 % der Staatsbeamten weiblich. Drei Viertel von ihnen befinden sich jedoch im unteren Bereich der Machtpyramide, während dreiviertel der Männer an der Spitze arbeiten. Der durchschnittliche Arbeitslohn der Männer ist viel höher als der der Frauen.

Schlussfolgerung

Als Schlussfolgerung muss festgestellt werden, dass der größte Teil der Ideen, die PK impliziert, in Russland nicht aktuell sind. PK in Russland bezieht sich heute auf ethnische Minderheiten, wenn überhaupt. Themen, wie sexuelle Minderheiten werden zwar diskutiert, doch gibt es bislang keinen verbalen Kodex für den Umgang mit diesen Gruppen.

Literatur

<http://www.politkor.narod.ru/Index.html> - Независимый пресс-центр по проблемам политической корректности

<http://www.forum.msk.ru/print-only.cgi?file=991113155347> - «Политкорректность в России и вне ее»

<http://www.smi.ru/archive/printed?id=984925035> - «Годовщина Куликовской битвы в свете политкорректности»

http://old.vesti.ru/daynews/2000/02/04/50canada/_Printed.htm - «Избирательная политкорректность»

http://www.ng.ru/printed/regions/2000-11-15/4_diplomacy.html - «Внутрироссийская дипломатия»

<http://iriney.vinchi.ru/index.html> - «Как стремление к политкорректности может помешать православному исследователю»

http://www.kcn.ru/tat_ru/science/news/lingv_97/index.htm - «Коммуникативная корректность в языковой картине мира»

http://www.npi.ru/forjour/library/univer_jornalist/ch12.htm - «Соблазны комментария»
«Правила добра опять принесли свои стандартные плоды» - Коммерсантъ-Daily, №196, 21.10.95

«Лицо национальности» - Известия, №183, 4.10.2001

Frauen

<http://www.owl.ru/> - open women line

Schwulenbewegungen

<http://www.gay.ru/index.htm>

<http://gaykz.gay.ru/>

IV. Thematische Fallstudien

F. Frenzel : Der Traditionalismus der Zitadelle - Scheinkonflikte am Otto-Suhr-Institut

Dieser Aufsatz behandelt einen Fall von Political Correctness (PC) am Otto-Suhr-Institut. Es handelt sich um einen Streit, der im Sommersemester 2001 um ein Seminar ausgetragen wurde; einen Streit, der nicht nur im Institut große Wogen schlug, sondern auch durch die Medienlandschaft¹¹² reflektiert wurde. Ich werde ausführen, dass dieser Konflikt ein Scheinkonflikt ist. PC wird hier als ideologische Provokation missbraucht. Er zeigt, dass PC, wird sie als Aufforderung zu Sprachverboten verstanden, ein ungeeignetes Konzept ist. Dies soll nicht heißen, dass ein sensibler Umgang mit Sprache nicht unwichtig ist. Die Art, wie sich der beschriebene Konflikt darstellt, zeigt jedoch, wie anfällig PC für ideologische Instrumentalisierungen ist. Dies gilt insbesondere für eine Institution wie das Otto-Suhr-Institut, die sich, was Sprach- und Diskursstil betrifft, nach wie vor nicht oder zumindest nicht

¹¹² Erwähnung fand der Streit nicht nur in den Berliner Printmedien, auch der Spiegel berichtete in höchst ironischem Ton. Vgl.: Der Spiegel 29/2001, S. 160 ff

ausreichend den weltpolitischen Veränderungen angepasst hat, die mit dem Fall der Mauer eingeleitet wurden. Diese fehlende Anpassung, dieser strukturelle Konservatismus scheint einer der Hauptgründe für die Krise des OSI zu sein.

Der emeritierte Prof. Vilmar und Privatdozent Horst Hensel hatten zu einem Seminar eingeladen, in dem die zunehmende Anglisierung/Amerikanisierung der deutschen Sprache als politisches und politologisches Problem erörtert werden sollte. Die beiden Dozenten befürchten in diesem unterstellten Prozess sowohl eine demokratie-theoretische Problematik, da diese Entwicklung der Sprache von vielen Menschen nicht nachzuvollziehen sei, weil sie der englischen Sprache nicht mächtig seien. Infolgedessen seien sie vom demokratischen Diskurs ausgeschlossen. Weiterhin würden mit der zunehmenden Übernahme von fremden Worten auch fremde Ideologien, namentlich die neoliberale Wirtschaftsideologie der Amerikaner in Deutschland übernommen. Spezifisch deutsche Antworten auf die drängenden wirtschaftlichen und politischen Streitfragen würden schon durch die neuen Sprachformen diskriminiert¹¹³.

Von Seiten einer ganzen Reihe von Mitarbeitern und Studenten, die dem OSI angehören, wurde diese Position kritisiert. Am radikalsten jedoch äußerten sich Studierende der Critical Student Association, Bündnis kritischer Studierender (csa/bks). Sie unterstellten den Dozenten einen rechtsradikalen Antiamerikanismus und forderten infolge dessen zu einer Sabotage des Seminars auf¹¹⁴. Erst ihre heftige Reaktion löste die Thematisierung des Seminars auch außerhalb des OSI aus.

Wir haben es hier mit einem klassischen Konflikt um politisch korrekte Sprache zu tun. Dies gilt in zweierlei Hinsicht. Zum einen sind es die Dozenten, die eine gängige Sprachentwicklung kritisieren und infolge dessen zum Schutz und Erhalt der deutschen Sprache aufrufen. Zum anderen sind die kritischen Studenten besorgt, dass eben diese Sprache und Formulierungen, die die Dozenten für ihre Argumentation benutzen, politisch nicht korrekt seien. Beide verlangen Änderungen der Sprachpraxis, teilweise auf eine sehr radikale Weise.

Das Phänomen Political Correctness

¹¹³ Vgl.: Der Kommentar zum Seminar im KVV des Sommersemesters 2001

¹¹⁴ Alle Flugblätter der csa/bks sind im Internet dokumentiert. Vgl.: www.trend.partisan.net

PC ist ein globales Phänomen. Entstanden ist der Begriff als polemische Diffamierung der sprachlichen Neuregelungen, namentlich die bewusste und verstärkte Repräsentation von Frauen und Minderheiten in der amerikanischen Wissenschafts- und Mediensprache in Folge der Anerkennungskämpfe dieser Gruppen in den sechziger und siebziger Jahren. Da diese Veränderung der Sprache auch mit Hilfe von Sanktionierung eingefordert wurde, entstand der konservative Vorwurf, PC sei eine totalitäre, die individuelle Freiheit beschränkende Maßnahme.

In Deutschland entstand eine eigene Ausprägung dieses Konfliktes, die weniger scharf aber ideologisch diverser geführt wurde. In Deutschland fehlt es an klar sanktionierenden Vorgaben für die Sprachwahl jenseits von bestimmten, aus der deutschen Vergangenheit abgeleiteten Verboten, so dass die deutsche Politische Korrektheit (PK) sich von Anfang an nicht entlang der klaren ideologischen Linie, die PC in den USA auslöste, orientierte. Konservative Kritik an Sprachregelungen, insbesondere in dem seit dem Beginn der achtziger Jahren immer wieder aufgewärmten Historikerstreit, nahm Anstoß an dem “abgefragten Katechismus” von Themen wie Emanzipation, Rassismus oder deutsche Vergangenheit. (Walser 135).

Daneben gab und gibt es aber in bedeutsamen Masse auch linke Kritik an Sprachveränderungen, was sich insbesondere an der Anfang der neunziger Jahre geführten Auseinandersetzung um die Zukunft des Asylrechts zeigte. (Vgl.: Hoffmann 16 ff.)

Weiterhin ist eine polemisch-ironische Kritik an freiwilligen Sprachveränderungen, wie der verstärkten Berücksichtigung von weiblichen Formen, festzustellen.

Zwei Ausprägungen von PC

Kritik an den gängigen Sprachregelungen kann in zwei Richtungen erfolgen. Zum einen können tatsächlich festgestellte sprachliche Phänomene, die als problematisch angesehen werden, angegriffen werden und eine sanktionierende Maßnahme gefordert werden, um diese zu beschränken. Zum anderen können vorhandene Sanktionierungen oder die Forderung nach Sanktionierung kritisiert werden.

PC in den USA bedeutet in erster Linie die zweite Variante der Kritik. Dass sie politisch in erster Linie konservativ ausgeprägt ist, hat mit den scharf sanktionierenden Maßnahmen zu tun, die in Folge der linken und neulinken Reform an den US-Universitäten eingeführt wurde. In Deutschland stellt sich das Problem weitaus komplexer dar. Dazu kann das oben beschriebene Fallbeispiel interessante Konstellationen zu Tage fördern.

Die Dozenten des Seminars, Prof. Vilmar und Horst Hensel verfolgen mit ihrem Seminar eine politische Strategie, die zu einem Sprachschutzgesetz führen soll. Solche Forderungen sind in

verschiedenen europäischen Ländern aufgetaucht. So haben Polen und Frankreich Sprachschutzgesetze. Auch im Land Berlin ist eine solche Verordnung unter dem ausgeschiedenen Innensenator Werthebach erlassen worden. Diese Sanktionierungen können unterschiedliche Reichweiten haben. Ihre Effektivität ist indes als gering anzusehen. So haben in Frankreich die Regelungen zwar zu einem verstärkten Gebrauch von französischen Worten geführt, die eigentlichen Ziele der Regelungen jedoch, die die jeweils nationale Kultur vor Einflüssen aus dem englischen Kulturraum schützen sollen, müssen als gescheitert angesehen werden.

Dies hat nicht etwa mit zu wenig strikten Regelungen oder einer übermächtigen Dominanz der unerwünschten Einflüsse zu tun. Vielmehr erscheinen die theoretischen Annahmen, die zu solchen Sanktionierungen führen, falsch zu sein. Um eine Bedrohung der nationalen Kultur durch fremde Einflüsse feststellen zu können, muss klar sein, was das Eigene und was das Fremde ist. Theorien der Kultur, die von klar zu definierenden Kulturgrenzen ausgehen, sind jedoch nicht erst in den letzten Jahren weitgehend als unzureichend, bzw. ungültig zurückgewiesen worden.

Sprache und Kultur sind dynamische Systeme, die nur prozesshaft verstanden werden können, jedoch nicht objektivierbare Charakteristika aufweisen. Insbesondere Sprache entwickelt sich angesichts der zunehmenden globalen Einflüsse jenseits von klassischen nationalen Grenzen. In Frankreich wie in Deutschland haben sich in Folge der Globalisierung zum Beispiel zunehmend hybride Sprachformen entwickelt. Dabei ist nicht nur ein englischer Einfluss, sondern auch die Einflüsse von Migrantensprachen feststellbar.

Dies ist jedoch höchstens im Ausmaß eine neue Entwicklung. Jede Sprache, jede Kultur ist per se schon hybrid. So ist das Hochdeutsche nichts als eine hybride Form von diversen, nicht allein deutsch-ähnlichen Einzelsprachen, die bis heute zu völlig unterschiedlichen Ausprägungen führt, abhängig davon, in welchem geographischen oder semantischen Kontext man sie betrachtet.

Ergänzend lässt sich feststellen, dass die Übernahme von neuen Worten in eine Sprache die übernommenen Worte beeinträchtigt. Kein Wort hat eine eigene, vom Kontext der Verwendung und des Verwenders zu trennende Bedeutung.

Um eine Kritik der Dozenten aufzugreifen, betrachten wir das Wort Neoliberalismus. Dieser Begriff ist eindeutig aus dem Englischen übernommen und germanisiert worden, übrigens auch von den Dozenten. Es stellt jedoch als Wort in Deutschland nicht etwa eine Übernahme der ihr zugeordneten Ideologie, sondern gerade die Kritik daran dar. Es wird fast ausschließlich von Kritikern des Neoliberalismus verwendet.

Auch die demokratietheoretische Kritik ist, wird sie auf die Sprache beschränkt, falsch. Nicht erst mit Luhmann ist bekannt, dass jedes gesellschaftliche Subsystem über eigene Bedeutungsmuster verfügt. Habermas spricht von "Öffentlichkeiten", die zwar interagieren, zwischen denen jedoch alles andere als das perfekte Verständnis existiert. Wir leben in einer komplexen Welt, in der viele Sprachen nebeneinander stehen und oft die gleichen Worte benutzen, aber ganz andere Bedeutungen mit diesen Worten signifizieren. Die Kritik der Dozenten lässt sich also theoretisch nicht halten.

Dies führt, will man nicht das intellektuelle Vermögen der Kritiker komplett anzweifeln, zu der Vermutung, dass andere Gründe für ihre Kritik ausschlaggebend sein müssen.

Symbolische Politik und PC

Eine ähnliche Unterstellung wird auch durch die Parteien unseres hier betrachteten Konfliktes angeführt.

Zwei anonyme Autoren formulierten ihre Kritik in der OSI Studenten Postille "Agente Provocateuse"(AP). "Die Pflege der deutschen Sprache geht zwingend einher mit der Restauration des Deutschen Nationalismus"(AP 17). Das eigentliche Ziel der Dozenten sei eine Profilierung der "besseren deutschen und europäischen Werte" gegenüber den rein ökonomisch orientierten amerikanischen Werten. Die Dozenten stünden in einer langen Tradition der spezifisch deutschen "antimodernen und antiwestlichen Ressentiments"(ebd.). Was sie durch die Sprachschutzgesetze erreichen wollten, sei jenseits des legitimen Sprachschutzes der Franzosen oder Polen (AP 13), eine Verknüpfung von Sprache und Rasse zur Schicksalsgemeinschaft der Deutschen. (AP14)

Letztlich würden durch diese Positionen auch andere konservative Positionen bedient, die sich unter dem Begriff "Leitkultur" zusammenfassen lassen.

Die Kritik der Studierenden erweist sich hier parallel zu der konservativen Kritik an Sprachregelungen in den USA. Allein die Forderung nach Sprachregelungen zum Schutz der deutschen Sprache löst massive Warnungen und Vorwürfe aus, Vorwürfe des Totalitarismus, wenn auch nicht explizit, da das Wort von den Gegnern ihrer Positionen besetzt ist, und Vorwürfe des Faschismus.

Interessant ist nun, dass auch die Studierenden in ihrer Kritik der deutschen Kultur und Sprache einen spezifischen Charakter zuschreiben. Immer wieder wird mit Formulierungen wie "die lange Tradition des deutschen Antiamerikanismus" oder des "spezifischen deutschen Nationalismus" operiert. Zweifelsfrei mögen die Autoren diese Phänomene nicht, sie beschwören jedoch deren Existenz.

Es ist keine neue Erkenntnis, dass die sogenannten “anti-deutschen” Positionen einiger Linker in Westdeutschland einen negativen Nationalismus beschreiben. Man muss den Vertretern unterstellen, sie wollten im Gegensatz zu Nationalisten nicht ihre Nation für die beste, aber doch immerhin für die schlechteste aller Nationen halten.

Im Endeffekt sind sich beide Positionen ähnlich in ihren kulturwissenschaftlichen Grundannahmen: Nationale Charakteristika existieren, die deutsche Kultur lässt sich von anderen Kulturen eindeutig abgrenzen. Ebenso scheint für beide die Sprache als festes System. Die Sprachschützer wollen sie erhalten und vor fremden Einflüssen schützen, die kritischen Studenten wollen sie zerstören: “Fuck deutsche Sprache!”¹¹⁵

Beide Positionen gehen von der gleichen falschen kulturwissenschaftlichen Grundannahme aus.

Da wir unterstellen können, dass die Vertreter beider Positionen dies nicht allein auf Grund ihrer Ignoranz tun, erklären sich die Vorgänge nur im Kontext symbolischer Politik, spezifisch in der Aktivierung von traditionellen Diskursmustern, die den Akteuren bekannte und sichere Positionen in unseren unsicheren Tagen gewähren.

Auseinandersetzungen um die deutsche Kultur und Sprache sind eine Form der Identifikation mit diesen angenommenen, imaginierten Systemen. Lange Zeit bestimmte der Konflikt um den Charakter der Deutschen die politische Auseinandersetzung in Westdeutschland. Das Otto-Suhr-Institut hat in diesem Konflikt eine Schlüsselrolle eingenommen. Nirgends wurde mehr als hier gefragt, wie die Politik in Westdeutschland zu gestalten sei, was Tabus und was Fixpunkte des Diskurses sein sollten. Einer der Fixpunkte oder Tabus, eine der impliziten wie expliziten Sprachregelungen war dabei die Ablehnung jeglichen Nationalismus, ja jeglicher nationaler Position. So berechtigt diese Ablehnung auch ist (siehe insbesondere die Argumente im ersten Teil), wurde sie jedoch nicht etwa kulturwissenschaftlich fundiert, sondern anti-deutsch und damit nationalistisch. Nicht jeder Nationalismus sei falsch oder gefährlich, lediglich der deutsche. Nicht in jeder Kultur sei eine Ablehnung westlichen Einflusses illegitim, sondern lediglich in der deutschen. Dies ist eine klassische Position von selbsternannten Linken in Westdeutschland und erklärt viele Widersprüche, die ihre und damit auch die Geschichte des Otto-Suhr-Instituts durchziehen.

Mit dem Fall der Mauer und der sich dadurch ändernden politischen Weltlage hat sich der Diskurs am Otto-Suhr-Institut wie viele klassische westdeutsche Diskurse nicht ausreichend von den Mustern der Nachkriegszeit lösen können. Dies lässt sich mit der Funktion von bestimmten Systemen erklären, die einmal dominant, sich gegen Veränderungen abschotten.

¹¹⁵ So ein Graffito an der Wand des OSI

Das OSI ist ein solches System. In den neunziger Jahren zunehmend unter Druck geraten, die alten Positionen und Koordinaten zu verändern, haben sich viele Akteure in eine Beschwörung der Traditionen, der OSI Traditionen, geflüchtet.

Beide Seiten des Konfliktes, die Dozenten wie die kritisierenden Studenten haben sich, anstatt die neuen Herausforderungen des politischen Systems zu analysieren, zu einer Aufwärmung einer klassischen Konfliktschleife hinreißen lassen.

Die Dozenten provozieren gemäß der alten Muster mit einer Position, die nur deswegen eine Relevanz erhält, weil erwartungsgemäß auf diese Provokation reagiert wird. Diese Provokation ist deswegen klassisch, weil sie einen der Widersprüche, die die Koordinaten der westdeutschen Linken beinhaltet (Anti-Kapitalismus und damit antiwestliche Positionen vs. Antinationalismus und damit Pro-westliche Positionen), bedient. Der Reflex war so sehr leicht programmierbar. Einen ganz ähnlichen Widerspruch lässt sich klassisch in der Betrachtung des Nahostkonfliktes ausmachen.

Die Position der Dozenten lässt sich also nur im Kontext der symbolischen Politik werten. Begründen lassen sie sich vermutlich nur durch recht unerfreuliche Ursachen, wie Profilierungssucht, was natürlich ebenso für die Position der kritischen Studierenden gilt.

Konsequenzen

Die Bedeutung von PC bewegt sich zwischen den Polen Sprachsensibilität und Sprachmissbrauch. Die ihr zu Grunde liegende Annahme, dass Worte und Formulierungen eine faktische Macht besitzen, ist keine neue Erkenntnis. Von Wittgensteins Formel “die Grenzen deiner Sprache sind die Grenzen deiner Welt” über die Warnungen Orson Wells in “1984”, die akribisch z.B. durch Klemperers “Lingua Tertii Imperii” belegt worden sind, zu der jüngeren Einsicht, dass jede Meldung eine gute Meldung ist, oder anderen Formeln der Werbebranche, existieren genug Hinweise, die uns lehren, jede Metapher kritisch zu beleuchten, bevor wir sie übernehmen, jedes Wort zu hinterfragen, bevor wir es benutzen.

Nichts ist indes unerträglicher, als eine Tugendpolizei, die durch Zensur und mit moralischer Keule Sprachverbote erteilen will.

Die Konsequenz eines solchen Vorgehens kann nur kontraproduktiv sein, wie sich in dem hier diskutierten Beispiel auf einleuchtende Weise zeigt. Die kritischen Studierenden, die das Seminar anklagten, machten sich zum Erfüllungsgehilfen seiner Popularität. Anstatt Prof. Vilmar und Horst Hensel für ihre nicht nur wissenschaftlich sondern auch moralisch unlautere Provokation durch Nichtbeachtung zu strafen, anstatt in ihnen genau jenen Geist zu kritisieren, der das Otto-Suhr-Institut in die zunehmende wissenschaftliche Irrelevanz getrieben hat, verschafften sie zwei alten Herren und einer lächerlichen Position ein Podium.

Sie machten sich zum Sklaven, weil sie deren Metaphern übernahmen. Auch für die Studierenden war dies natürlich nicht ohne Eigennutz.

Kritischer Geist äußert sich am OSI traditionell in der direkten Aktion. Nichts ist einfacher, als einen klaren Gegner auszumachen und ihn direkt und nicht etwa intellektuell anzugreifen. Fühlt man sich dazu noch moralisch legitimiert, weil es zum Beispiel um so verwerfliches wie den ewigen deutschen Nationalismus geht, werden unsere Kritischen Studenten zu Kreuzrittern für das Gute. Sabotage, Graffiti, Alarm.

Die Gefahren, die ein solches aufgeregtes Verhalten mit sich bringen, werden vernachlässigt. Jede Tugendpolizei hat im Endeffekt die bekämpften Tendenzen verstärkt, und sei es nur im eigenen Verhalten. Offener Geist, eine freie Diskussion wird nur von denen gefürchtet, die sich intellektuell unterlegen fühlen.

All dies wäre eine lächerliche Episode, ginge es nicht um die Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut schlechthin. In dem Masse, wie sich die Politikwissenschaft in derartige Scheingefechte verschanzt, kann sie nur irrelevant werden, sondern nichts mehr als ihre Abwicklung erwarten. Eine Abwicklung, die sie in diesem Falle auch verdient.

Literatur

Agente Provokateuse: Studentische Zeitung am Otto-Suhr-Institut, Nr.9, Sommersemester 2001

bks/csa (Flugblätter sind dokumentiert auf der Internet-Seite www.trend.partisan.net)

Hoffmann, Arne "Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz"
Marburg 1996

Der Spiegel Nr. 29/2001 "Welcome in Babylon" S. 160-163

Walser, Martin "Über freie und unfreie Rede" Interview in Der Spiegel Nr.45/1994, S.130-138

A.Lohmann: PC für alle? Die Kontroversen des Brooklyn-Museum of Art.

“Sensation: Young British Artists from the Saatchi Collection“. (2.10.1999-9.1.2000) und “Yo Mama’s Last Supper“ (Reneé Cox) 2001.

Anhand zweier Kunstwerke der genannten Ausstellungen, *“Holy Virgin Mary“* von Chris Ofili und *“Yo Mama’s Last Supper“* von Reneé Cox möchte ich zeigen, dass das Konzept von Political Correctness nicht funktionieren kann; die Widersprüchlichkeit desselben soll hier deutlich gemacht werden. Weiter möchte ich zeigen, dass zumindest Chris Ofili bewusst diese Unmöglichkeit von Political Correctness in seinen Kunstwerken und auch mit der *“Holy Virgin Mary“* aufzeigt.

Als Reaktion auf die „Sensation“ Ausstellung und insbesondere das Bild *“Holy Virgin Mary“* von Chris Ofili strich der Bürgermeister von New York, Rudolph Guiliani, dem Brooklyn Museum of Art (BMA) bereits bewilligte Gelder für die laufenden Kosten des Museums (Geld, das wohlgerne nicht für Ausstellungen des Museums verwendet wird). Das BMA klagte erfolgreich dagegen. Gut ein Jahr später eskalierte das Verhältnis zwischen dem Bürgermeister und dem Museum auf ein Neues, diesmal aufgrund der Ausstellung *“Yo Mama’s Last Supper“*. Der Bürgermeister berief daraufhin ein „decency panel“ ein, um für künftige Ausstellungen im Vorfeld deren „Anständigkeit“ prüfen zu lassen (Bumiller 2001). Um seinen Entschluss zu verteidigen, beanspruchte Guiliani den Jargon der PC und besetzte ihn mit neuen Inhalten (Kreye 2001).

Die PC Debatte findet seit dem Herbst 1990 in den USA statt (Bermann 1992: 1). Genau zu diesem Zeitpunkt ist auch der Höhepunkt der sogenannten „Culture Wars“ zu finden, denen ein normativer Diskurs über die öffentliche Finanzierung „kontroverser“ Kunst (Hauptvorwürfe: Pornographie, Blasphemie und Obszönitäten) zugrunde liegt. Dies führte zu einer Forderung nach verbindlichen Standards bei der Vergabe von öffentlichen Fördergeldern durch die National Endowment for the Arts (NEA). Das „Helms-Amendment“, ein nach seinem Verfasser, dem republikanischen Senator Jesse Helms benannter Gesetzesvorschlag, sollte Richtlinien setzen, um Obszönitäten und Beleidigungen in öffentlich geförderter Kunst zu vermeiden (Hughes 1993: 161f.). Anlass war der Streit im Kongress um eine Ausstellung gewesen, die indirekt Mittel der NEA erhalten hatte und *“Piss Christ“* von Andres Serrano zeigte. Dieses Foto zeigt eine Jesus Figur im Urin des Künstlers.

Auch hier entbrannte der Streit um die Beleidigung der religiösen Gefühle amerikanischer Katholiken. Ironischerweise hätte man diesen Gesetzesvorschlag eines, dem rechten Spektrum zuzuordnenden Senators, mit den “speech codes“ auf amerikanischen Uni Campusen fast verwechseln können, da Helms sich mit seinem Gesetzesvorschlag gegen Rassismus, Sexismus etc. in öffentlich geförderter Kunst wandte (Hughes 1993: 162). Das “Helms-Amendment“ wurde vom Kongress nicht beschlossen. Ein halbes Jahr später einigte man sich auf eine Kompromisslösung, ein Gesetz, dass sich an dem Supreme Court Urteil zu Obszönität von 1973 orientierte (Miller vs. California):

“None of the funds authorized to be appropriated for the National Endowment for the Arts...may be used to promote, disseminate, or produce materials which in the judgement of the National Endowment for the Arts...may be considered obscene, including, but not limited to, depictions of sadomasochism, homoeroticism, the sexual exploitation of children, or individuals engaged in sex acts and which, when taken as a whole, do not have serious literature, artistic, political or scientific value.” (Bolton 1992: 350).

Dies führte dazu, dass Künstler, die ein Stipendium der NEA erhielten, sich schriftlich verpflichten sollten, keine „obszöne“ Kunst nach der oben genannten Definition mit den staatlichen Geldern zu produzieren. Vier Künstler klagten gegen diese Restriktion. Der Supreme Court bestätigte 1998 in “NEA vs. Karen Finley“ in seinem Urteil, dass die NEA als Bedingung für die Vergabe von Stipendien “*general standards of decency and respect for diverse beliefs and values of the American public*“ (NCAC 2001) heranziehen darf, dies jedoch nicht zu einer Diskriminierung bestimmter Meinungen führen darf. Entsprechend brauchten die Künstler sich zwar nicht mehr verpflichten, nicht „obszöne“ Kunst zu produzieren, jedoch wurde die sog. “obscenity clause“ als verfassungskonform bestätigt.

Der Diskurs über die Auseinandersetzung um die öffentliche Finanzierung kontroverser Kunst ist hier nicht das Anliegen. Vielmehr soll es darum gehen zu zeigen, dass, obwohl von der Wissenschaft bisher nur marginal betrachtet, der Diskurs der “Culture Wars“ untrennbar mit der Political Correctness Debatte verbunden ist. Die Diskurse sind nicht synonym¹¹⁶, jedoch teilen sie sich eine wichtige Schnittmenge: Die Diskussion darüber ob mit “decency standards“ Provokationen und Tabubrüche (wie eine religiöse Beleidigung) vermieden werden sollen und können.

Die beiden genannten umstrittenen Ausstellungen des BMA stellen die zweite Phase der “Culture Wars“ dar (Privatization of Culture 1999: 14; Rothfield 2001: 1), da sie, wie bereits

¹¹⁶ Beide Diskurse stellen auch ein Paradox dar, denn die Einschränkungen während der “Culture Wars“ wurden von denselben als Zensur und Beschneidung der Meinungsfreiheit abgelehnt, die im PC Diskurs z.B. mit “speech codes“ Einschränkungen verfochten haben.

an der ersten Phase aufgezeigt, wieder einen Streit über die (vermeintliche) öffentliche Finanzierung der Ausstellungen und eine Debatte über „Anständigkeit“ in der Kunst zur Folge hatten. Ein Unterschied allerdings ist, dass jetzt weniger um Ideologien „gekämpft“ wird, als um Interessen (Rothfield 2001: 2).

Wie auch schon während der „Culture Wars“ von 1989-1992, ist Political Correctness, auch wenn der Begriff nicht benutzt wird, ein zentraler Grundkonflikt beider Ausstellungen des BMA, da die Gegner¹¹⁷ der Ausstellungen ihren katholischen Glauben beleidigt sehen.

Chris Ofilis *“Holy Virgin Mary”* zeigt eine schwarze Madonna, die an mehreren Stellen mit präparierter Elefantenkot¹¹⁸ bestückt ist und von relativ kleinen pornographischen Ausschnitten weiblicher Geschlechtsteile umgeben ist¹¹⁹.

Die *“Holy Virgin Mary”*, enthält damit sowohl Elemente, die einer PC Forderung entsprechen, als auch Aspekte, die dem deutlich widersprechen. Als schwarze Madonna auf der einen Seite wird hier eine Forderung nach „identity politics“ und der Repräsentation einer Minderheit im Christentum zum Ausdruck gebracht; aufgrund sexistischer Ausschnitte jedoch kommt es zu einem Dilemma.

Reneé Cox *“Yo Mama’s Last Supper”* zeigt die Künstlerin nackt in Jesuspose.

Es ist auffällig, dass es sich sowohl bei Ofili als auch bei Cox um Afroamerikanische Künstler handelt, die beide Katholiken sind. In Cox Fall ist eine Provokation darin zu sehen, dass sie die dominierende Meinung, Jesus sei männlich und schwarz gewesen, herausfordert. Reneé Cox äußerte sich zu dem Vorwurf der Kritik an der katholischen Kirche wie folgt in einem Interview: *“It’s just that African-Americans are invisible, especially in Renaissance art. And Christianity is big in the African-American community, but there are no representations of us. I took it upon myself to include people of color in these classic scenarios.”* (Croft 2001: 2). Hier wird deutlich, dass auch Cox Bilder die Forderung nach „identity politics“ und Repräsentation einer unterdrückten Minderheit stellen.

Das Konzept von Political Correctness stellt ein Paradox dar und kann nicht funktionieren. Sowohl Ofilis *“Holy Virgin Mary”* als auch Reneé Cox *“Yo Mama’s Last Supper”* werden als „anti-katholisch“ bezeichnet und aus Sicht (der weißen!) Katholiken, die eine Minderheit

¹¹⁷ Der prominenteste Akteur ist Guiliani, der jedoch aufgrund seiner Interessen, der Wahlkämpfe um einen Senatssitz (er schied dann wegen Krankheit und eines privaten Skandals frühzeitig aus) und um das Amt des Bürgermeisters, den Vorwurf der Beleidigung des katholischen Glaubens und instrumentalisiert erscheinen lässt. Dennoch ist dieser Vorwurf entscheidend und soll in diesem Aufsatz unabhängig von der Person Guilanai untersucht werden.

¹¹⁸ Dies ist auch durchaus positiv zu bewerten, wenn man berücksichtigt, dass Elefantenkot in Afrika als Zeichen von Fruchtbarkeit gesehen wird.

¹¹⁹ Dieses Detail wurde bei der Ausstellungen im BMA von den wenigsten Besuchern bemerkt, da sich das Bild hinter Plexiglas befand und die Besucher über einen Meter entfernt davon waren. Viele erinnerten sich später an „Schmetterlinge“ (Halle 2001: 141).

in den USA darstellen, ist dies z.T. nachvollziehbar. Gleichzeitig jedoch sind beide Kunstwerke gerade aufgrund von Elementen, die als religiöse Provokation empfunden werden, wiederum sehr „politisch korrekt“, indem die dominante weiße Interpretation von Religion von einer Minderheit in Frage gestellt wird.

Diese Problematik wurde bereits bei dem Spagat, den der Supreme Court in seiner *NEA vs. Karen Finley* Entscheidung 1998 machte deutlich, als zwar „Anständigkeitsvorgaben“ als legal bestätigt wurden, gleichzeitig aber festgestellt wurde, dass niemand aufgrund abweichender Meinungen von der Förderung ausgeschlossen werden dürfe.

Naomi Klein beschreibt in ihrem aktuellen Buch „No Logo“ eine Erfahrung, die sie als „out-P.C.-ed“ (Klein 2000: 121) bezeichnet: Die Einbindung von Aspekten, die zunächst als „nicht PC“ ausgeschlossen wurden. Hier wird deutlich, dass die Offenheit des Prinzips dazu führt, dass dieses sich selbst untergräbt. Auch Louis Greenspan spricht von der Gefahr der „open-endedness of the concept of Political Correctness“ (Greenspan 1999: 259).

Das entstandene Dilemma zeigt, dass das PC Konzept nicht funktionieren kann, weil es auf interpretationsbedürftigen Werten basiert. Da es keine einheitliche Definition von PC gibt und die Opfer selbst bestimmen können, was sie als Diskriminierung empfinden, wird PC beliebig und öffnet zudem auch noch die Tür zu Missbrauch.

Da die „*Holy Virgin Mary*“ von Chris Ofili unter PC Gesichtspunkten stark widersprüchlich ist, muss danach gefragt werden, ob, wenn Ofili keinen Elefantenkot und Pornoausschnitte benutzt hätte, und René Cox sich nicht nackt abgebildet hätte (sie provoziert quasi doppelt), immer noch der Vorwurf der religiösen Beleidigung erhoben werden könnte. Hier vermischen sich die unterschiedlichen Elemente der Kunstwerke und erschweren die Definition des „Anti-Katholischen“. Meiner Meinung nach, wäre auf jeden Fall Cox weiterhin kontrovers aufgefallen, da sie als schwarze Frau (auch bekleidet) immer noch doppelt provoziert, indem sie an die bestehende Debatte zur Hautfarbe und Geschlechts Jesus anknüpft.

Chris Ofili ist mit seiner schwarzen Madonna einem ähnlichen Diskurs zuzuordnen, jedoch werden aufgrund der Ambivalenz und Widersprüchlichkeit seines Werkes (schwarze Madonna vermischt mit Pornoausschnitten) sich nicht nur weiße Katholiken beleidigt fühlen, sondern auch die eigene „black community“. Einige Beobachter haben angemerkt, dass die Arbeiten von Chris Ofili mit dem Multikulturalismus brechen da er mit Ethnizität ambivalent, spielerisch und ironisch umgeht (Ratnam 1999: 154). Da Multikulturalismus das Herzstück des Political Correctness Konzeptes ist, wendet sich Ofili auch mit der „*Holy Virgin Mary*“ gegen das PC Konzept. Ofili mangelt es nicht an politischer Korrektheit, vielmehr zeigt er

bewusst die Unmöglichkeit von Political Correctness auf, indem er mit verschiedenen Tabubröchen spielt und dafür das PC Mittel des Hybriden benutzt (Ibid.: 159).

Aus urheberrechtlichen Erwägungen und politisch korrekten Gründen wird auf Abbildungen verzichtet. Sie sind zu finden unter:

www.infoculture.cbc.ca/archives/visart/visart_12071999_saatchi.phtml (Holy Virgin Mary)

www.salon.com/sex/feature/2001/02/22/renee_cox/ (Reneé Cox; verschiedene Abbildungen)

Literatur

Berman, Paul (Hrsg.): Debating P.C. The controversy over political correctness on college campuses. New York 1992

Bolton, Richard (Hrsg.): Culture Wars: Documents from the recent controversies in the arts. New York 1992

Bumiller, Elisabeth: 2001. "Guiliani makes choice for a decency panel on art." New York Times, 31.3.2001, www.nytimes.com/2001/03/31/nyregion/31DECE.html.

Croft, Karen. 2001. "Using her body", Salon, www.salon.com/sex/feature/2001/02/22/renee_cox/. 4.6.2001.

Greenspan, Louis: Towards the Windmills? A minority report on the war against PC. Levitt, Cyrill; Davis, Scott, McLaughlin, Neil (Ed.). Mistaken Identities. The second wave of controversy over "Political Correctness", 258-275. New York 1999.

Halle, David: "The controversy over the show "sensation" at the Brooklyn Museum 1999-2000." Arthurs, Alberta; Wallach, Glenn (Hrsg.). Crossroads: Art and religion in American life, 139-188, New York 2001

Hughes, Robert: Culture of complaint. The fraying of America. New York/ Oxford 1993

Klein, Naomi: No Logo, money, marketing, and the growing anti-corporate movement. London 2000

Kreye, Andrian: 2001. „Sittenwächter. Guilianis „Decency Panel“ soll die Kunst rein halten.“ Süddeutsche Zeitung, 11.4.2001, S.17.

NCAC. 2001. “Decency Revisited: New York’s Mayor is at it again.“ www.ncac.org/ccn_news/cn81guiliani.html, 9.5.2001.

Privatization of Culture Project for research on cultural policy. 1999. Reports of the Privatization of Culture Project’s seminar sessions. Unveröffentlichtes Manuskript.

Ratnam, Niru. 1999. “Chris Ofili and the limits of hybridity.“ New Left Review 235: 153-159.

Rothfield, Lawrence; forthcoming. “Introduction: The Interests in ‘Sensation’.“ Ibid. (Hrsg.). Unsettling “Sensation“: Arts Policy Lessons from the Brooklyn Museum of Art Controversy,1-6. New York 2001, http://culturalpolicy.uchicago.edu/sensation_intro.html, 14.06.2001.

C. Neuner-Duttenhofer: Wo bleibt die Debatte? Politische Korrektheit und Europa-Kritik.

Political Correctness – ein Gespenst geht um

Political Correctness (kurz: PC) gilt als ein Phänomen, das zum ersten Mal Ende der achtziger Jahre in den Vereinigten Staaten von Amerika auftrat. Mittlerweile scheint dieses „Gespenst“ auch in „der postmodernen Meinungsvielfalt“¹²⁰ anderer Länder umzugehen. So auch in Deutschland. Die Entstehung von Political Correctness, die deutsche Adaption, die Unterschiede zwischen PC und PK (politischer Korrektheit) und die dazugehörigen Debatten werden ausführlich in anderen Beiträgen dieser Arbeit behandelt. Kurz angemerkt sei jedoch, dass es sich bei PC und PK keineswegs „um Synonyme handelt“¹²¹. Vielmehr erscheint es ebenso weit verbreitet wie unangemessen, Ausdrücke die mit den speziellen Gegebenheiten gesellschaftlicher Systeme zusammenhängen, auf andere gesellschaftliche Systeme zu übertragen. Gilt doch in den USA „als einziger Grund für die ... Bezeichnungssubstitution, dass bestimmte Ausdrücke von den Vertretern der Minderheiten ... als beleidigend empfunden werden“¹²². In Deutschland hingegen kommt die Befürchtung hinzu, dass bestimmte Ausdrücke einer bestimmten (oft als gefährlich empfundenen) Geisteshaltung Vorschub leisten würden.

Debatten in Deutschland – terminally challenged?

PK bezeichnet jedoch nicht nur Eingriffe in die Sprache zum Ziel des Minderheitenschutzes.¹²³ Vielmehr handelt es sich auch um die Auseinandersetzung über die Geltung historischer und politischer Sichtweisen. Was im engeren Sinne von PC an eine bestimmte Benennung geknüpft war, tritt als eine der Spielformen von PK immer weiter aus dem eigentlichen Bereich der Sprachregelung hinaus.¹²⁴

Dies hat u.a. mit der „Überzeugung von Wahlstrategen aller Parteien zu tun, nicht die politische Wirklichkeit sei wahlentscheidend, sondern die politischen Wirklichkeiten, die sich

¹²⁰ Papcke, Sven: „Political Correctness“ oder die Reinigung der Sprache, APuZG B 21-22/95, S. 19.

¹²¹ Hoffmann, Arne: Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz, Marburg 1996, S. 7.

¹²² Ebd., S. 15.

¹²³ Auch hiermit befassen sich andere Autoren dieser Arbeit.

¹²⁴ Während die oft zitierte Forderung des „deutschen Herbstes“, für die Leute um die Terroristen um Andreas Baader und Ulrike Meinhof nur den abschätzigen Begriff „Bande“ und nicht den angeblich sympathisierenden Begriff „Gruppe“ zu verwenden, noch eine wirkliche Benennungsfrage zum Kern hatte, handelt es sich in Gegenwart um wesentlich komplexere Zusammenhänge.

in den Köpfen der Wähler erzeugen lasse“¹²⁵. Als wichtigstes Mittel dieser Erzeugung gilt die Sprache. Politisch gilt erst als existent, was per Sprache gegenüber der Öffentlichkeit, respektive den Medien, artikuliert wird. Anders gesagt: „Das politische Sprachspiel ist gewonnen, wenn der Gegner sich auf die angebotene Beschreibung der ‘neuen’ Situation einlässt“¹²⁶. Eine wichtige Feststellung im sogenannten „Zeitalter des Politainment“, wo „die Visualisierungsfunktion der Debatten ... den Raum des legitimen Diskurses“¹²⁷ umgrenzt. Die legitimen Gebiete der politischen Debatte werden nicht nur personell „von den Türhütern der legitimen politischen Kultur fest geschlossen gehalten“¹²⁸.

Insbesondere inhaltlich scheint Ausgrenzung, besser gesagt Tabuisierung, die sogenannten politischen Debatten zu beherrschen. Damit soll nicht behauptet werden, dass Tabus bisher keinen Platz gehabt hätten oder dass es nicht zum „Beruf der Politik gehören mag, ... gewisse Sachverhalte zu übertreiben oder zu verharmlosen“¹²⁹. In einer Situation der zunehmenden Informationsfülle und Informationszugänge, erscheint die Vorenthaltung von politisch relevantem Wissen jedoch geradezu als paradox. Dieses Paradoxon findet sich eingebettet zwischen dem Quotenkampf der Medien und der Tatsache, dass die profilierungsgesteuerte „Darstellungspolitik ... die Lieblingsstrategie“¹³⁰ der wenigen tatsächlich wahrnehmbaren Akteure geworden ist. Vorenthaltung bedeutet also zum einen das „Nicht-Sagen“, zum anderen das „Nicht-Berichten“.

Die beiden Seiten der PK-Medaille

Zu einer überbordenden Hysterie mag keine Veranlassung bestehen. Und dennoch, welche Fragen und Probleme ließen sich erörtern, ohne ein tatsächlich offenes Diskussionsklima?

Zu den grundlegenden Erfordernissen von Politikherstellungsprozessen in parlamentarischen Demokratien gehören politische Meinungs- und Willensbildungsprozesse. Sie gründen auf einer ganzen „Reihe intermediärer Strukturen und Prozesse, die vor allem mit der Artikulation von Problemen und Lösungsvorschlägen verbunden sind: Parteien, Interessenverbände, ... und die sogenannte ‘öffentliche Meinung’“¹³¹. „Problemlagen“ werden laut Habermas

¹²⁵ Eppler, Erhard: Kavalleriepfeder beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache, Frankfurt/M. 1992, S. 116.

¹²⁶ Straßner, Erich: Ideologie – Sprache – Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs, Tübingen 1987, S. 23.

¹²⁷ Dörner, Andreas: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt/M. 2001, S. 142.

¹²⁸ Ebd., S. 143.

¹²⁹ Salumun, Kurt: Sprache, Politik und Moral, in: Politicum 22/1984, S. 3.

¹³⁰ Clemens, Clay: „Going Public“: Personalisierungstendenzen in der Bundesrepublik und in den USA, in: Korte, Karl-Rudolf / Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München 2000, S. 179.

¹³¹ Götze, Catherine: Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen, WZB papers P 98-303, S. 15.

aufgenommen, kondensiert und „lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit“¹³² weitergeleitet. Nur wenn diese Grundbedingungen einer Debatte bzw. eines Diskurses gegeben sind, besteht die Möglichkeit dem Allgemeinwohl verpflichteter Politikerherstellungsprozesse und „kollektiv verbindliche[r] Entscheidungen“¹³³.

Aus dieser Perspektive wären z.B. folgende PK-Felder zu betrachten:

die Verdächtigung jeder Europa-Kritik als europa- und somit „friedensfeindlich“ und „rückständig“;

die Verwerfung außenpolitischer Erwägungen staatlicher Sicherheits- und Eigeninteressen als „nationalistisch“;

die Gleichsetzung von Reformnotwendigkeiten im sozialen Sektor mit „Sozialabbau“;

die Darstellung der Kritik an den Folgen von und den politischen Reaktionen auf Globalisierungsprozesse als „globalisierungs-“, und „fortschrittsfeindlich“;

die Verurteilung jeder Forderung nach verstärkter Einwanderung aufgrund des Geburtenrückgangs als Wegbereitung einer „Einwanderungsflut“;

die Verdächtigung moralischer und ethischer Zweifel an der Genomforschung als „rückständig“ und „eigensinnig“.

Schon bei der alleinigen Aufzählung wird der eine oder andere mit einem gewissen Grad an schlechtem Gewissen konfrontiert. Die schlichte Herstellung des Zusammenhangs von Europa und Kritik; von Reform und Sozialstaat; von Außenpolitik und staatlichen Eigeninteressen hinterlässt ein ungutes Gefühl. In anderen Fällen scheint der Zusammenhang als 'natürlich'. Die jeweilige 'Empfindung' ist vornehmlich von der jeweiligen politischen Sichtweise abhängig.¹³⁴

PK handelt im allgemeinen von strittigen und unangenehmen Fragen, die nicht - oder noch nicht - im erforderlichen Maße vor aller Öffentlichkeit ausgetragen werden. Wie werden Verstöße gegen das jeweilige und sicher oft temporäre Tabus sanktioniert? U.a. durch das Ausbleiben von Wählerstimmen, das Anprangern der Äußerungen durch politische Gegner oder die nationalen und internationalen Medien bzw. Öffentlichkeit. Die Furcht vor solchen Sanktionierungen führt in vielen Fällen zu einer Art vorseilendem Gehorsam. Der Druck

¹³² Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt/M. 1992, S. 443.

¹³³ Sarcinelli, Ulrich: Parteien und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie?, in: Ders. (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S. 280.

¹³⁴ Dass es sich dabei nur um eine verkürzte Aufzählung handelt, ist dem Umfang dieses Beitrages geschuldet.

von Wahlergebnissen und der schieren Übermacht des „mainstream“ trägt einen hohen Anteil an einer zurückhaltenden Debattenkultur.

Deutlich wird allerdings, dass insbesondere die Konservative, die sonst inflationär nach Zensur- und Überwachungsmaßnahmen ruft (gerade in den ersten beiden der oben genannten Fälle), den Grundsatz der freien Rede und die offene Aussprache so stark hervorhebt. Unter diesem Deckmäntelchen lässt sich als notwendige Europa-Kritik bezeichnen, was eigentlich Europa-feindlich ist und als von 'natürlichen', außenpolitischen Interessen eines vereinten Deutschlands geleitet, was eigentlich nationalistische Motive hat. Gerade unter Berücksichtigung der zweiten Seite der Medaille scheint das Thema 'Europa' in der Frage der tabuisierten Debatte als besonders interessant. Hier können *Tabuisierung*, die damit verbundenen *Gefahren*, die *Forderung nach einer öffentlichen Debatte*, die *Forderungen der Konservativen* als auch das Dilemma des Widerspruchs zwischen *funktionalen Prozessen* und dem *Anspruch der Offenheit* herausgearbeitet werden.

PK und Europa: Krise, welche Krise?

Friedenssicherung, deutsch-französische Annäherung, die Integration Deutschlands, Wohlstand und Freiheit – dies sind die Motive der (politischen) europäischen Einigung. Kurz gesagt: Europa, das ist „die große Vision“¹³⁵, „die Antwort auf fast alle Fragen“¹³⁶. Nach dem Ende des Kalten Krieges existiert zumindest ein „Gegenüber als Abgrenzungshilfe ... nicht mehr“. Mit dem Wegfall dieses zentralen Legitimationsgrundes muss sich Europa „aus sich selbst heraus positiv begründen“¹³⁷. Problematisch ist der Wegfall des identitätsstiftenden Ost-West-Konfliktes, weil „die Grundlagen und Entscheidungen der europäischen Integration“ nicht mehr „von breiter Zustimmung getragen“ werden. „Heute gerät jeder Teilschritt unter den Zwang, skeptisch gestimmte Öffentlichkeiten zu überzeugen“¹³⁸.

Während die Friedenssicherung in Anbetracht der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien noch immer das Schwergewicht unter den Legitimationsargumenten Europas ist, gesellt sich die Überzeugung hinzu, dass angesichts der „beschleunigte[n] Globalisierung der Weltwirtschaft ... viele Probleme nur noch gemeinsam und international gelöst werden“¹³⁹ können. Diese positive (in manchen Fällen auch überpositive) Aufladung 'Europas' hat erhebliche Auswirkungen auf die Auseinandersetzung.

¹³⁵ Kohl, Helmut: Europa – Die Zukunft aller Deutschen, in: Ders.: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Bd. 1, Bonn 1992, S. 412.

¹³⁶ Joschka Fischer im Interview mit der Zeit, Die Zeit 12/2001.

¹³⁷ Weidenfeld, Werner: Europäische Einigung im historischen Überblick, in: Ders./Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn 1995, S. 11.

¹³⁸ Ebd., S. 62.

¹³⁹ SPD-Leitantrag „Verantwortung für Europa“, Entwurf 30.04.01, <http://www.spd.de/politik/veranstaltungen/bundesparteitag/verantwortungfuereuropa.html#7>.

Findet innerhalb der 'Europadebatte' ein eindeutiger Begriffsverstoß statt, ist die Aufregung groß. Als Bundeskanzler Schröder behauptete, dass bei der „Bonner Republik ... Schuldgefühl und Scheckbuch“¹⁴⁰ eng beieinander lagen, ging ein Aufschrei durch die Öffentlichkeit. Doch während sich Schröder „vom populistischen Europamuffel zum Avantgardisten“¹⁴¹ zu wandeln scheint, nimmt die mediale Lautstärke der Europa-Kritiker zu. Von konstruktiver Kritik ist indes wenig erkennbar. Im Allgemeinen legen nicht an Sprachverfehlungen gebundene, kritische Äußerungen einen angeblichen Verstoß gegen PK die Vermutung nahe: der Akteur sei gegen den Frieden, gegen die Internationalität, für eine nationale Isolation und rückwärtsgewandt. Und so hütet man sich vor dieser Falle, indem man schweigt.

Verstärkt fordert zwar selbst die EU-Kommission mehr „Transparenz“ und „Offenheit“¹⁴², und Kommissions-Präsident Roman Prodi bittet „alle Europäer, sich an dieser Debatte zu beteiligen“¹⁴³. Gewillt sind dazu jedoch lediglich 19 Prozent der Europabürger. Diese Ablehnung findet ihre zentrale Ursache in der Überzeugung, dass der „Dialog in politischen und akademischen Zirkeln“¹⁴⁴ verharret. In der Öffentlichkeit wird kundgetan, was „längst in den Zeitungen und auf den Webpages steht“¹⁴⁵. Und „angesichts stabiler Euroskepsis in der Bevölkerung“ verfestigt sich der „fatale Eindruck, dass der Integrationsprozess von den politischen und wirtschaftlichen Eliten, aber nicht von den Bürgern Europas getragen wird“¹⁴⁶. Bemängelt wird die unzureichende Offenheit der Europapolitik, Ehrlichkeit der (Europa-) Politiker und mangelnde Beteiligung der Bürger. Diese Defizite werden vor allem unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten deutlich.¹⁴⁷ Politikern scheint es insgesamt jedoch zu riskant, um wirkliche Kompromisse zu werben und damit auch das mögliche Scheitern von Europa-politischen Vorhaben zu akzeptieren. Zudem besteht die Furcht, dass zuviel Ehrlichkeit gar „den ganzen Laden in die Luft“¹⁴⁸ sprengt und der Prozess zum Scheitern verurteilt wird.

Gefordert wird, sich dem Problem der Akzeptanz zu stellen. Mit dem Gefühl möglicher Bedrohungen, z.B. durch die Osterweiterung, müssten Chancen, Perspektiven aber auch Sorgen der Bürger aufgegriffen und artikuliert, bzw. diskutiert werden. Während EU-Kommissar Günther Verheugen von der Furcht getragen wird, dass die Chancen mit all den

¹⁴⁰ Beste, Ralf/Deupmann, Ulrich: Ende der Scheckbuchdiplomatie?, Berliner Zeitung 24.03.1999.

¹⁴¹ Hofmann, Gunter: Mehr Schröder, weniger Fischer, Die Zeit 20/2001.

¹⁴² Das Weißbuch „Governance“ der EU-Kommission, <http://europa.eu.int/futurum>.

¹⁴³ „Prodi: Kontakt zu den Bürgern wieder herstellen“, FAZ 25.07.2001.

¹⁴⁴ Scheerer, Susanne: Europa fehlt das Publikum, FAZ 25.07.2001.

¹⁴⁵ Sattar, Majid: „Krise! Welche Krise?“, FAZ 15.06.2001.

¹⁴⁶ Schymik, Carsten: „A nice result“, taz 14.06.2001.

¹⁴⁷ Vgl. Greiffenhagen, Martin: Politische Legitimität in Deutschland, Bonn 1998, S. 101 ff.

¹⁴⁸ Günther Verheugen im Interview mit der Süddeutschen Zeitung, SZ 02.09.2000.

„problembeladenen Themen ... immer unter den Tisch“¹⁴⁹ fallen, fordert der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber vehement, dass „die Eliten ... Probleme erläutern und um Mehrheiten werben“. Mit ihm empfindet die Konservative in diesem Falle eine „Tabuzone“ abwechslungsweise als „unnatürlich“¹⁵⁰. Es gebe „keine Aufklärung, keine Information ... und ... schon gar keine offene Diskussion darüber, was die Osterweiterung kosten“¹⁵¹ werde. Und nach Wolfgang Schäuble entwickle sich Europa, wenn die Europapolitik weiterhin nur in den Hinterstuben der Fachleute gemacht wird, zum Angriffsfeld für Demagogen. Dass diese Äußerungen dem eigenen oder angestrebten Wählerpotential gewidmet sein mögen und selbst demagogischen Charakter vermuten lassen, bleibt dahingestellt.

Dass hier allerdings Defizite und weit verbreitete Ängste und Unsicherheiten aufgenommen werden, liegt auf der Hand. Wenn die 'Europa-Debatte' jedoch nicht den vermeintlichen 'Kritikern' überlassen werden soll, müssten die betroffenen politischen Akteure „den Bürgern [über die Massenmedien] Hilfestellung beim Verständnis dessen geben, was für sie mit Aussicht auf eigene Handlungsmöglichkeiten jeweils das besonders interessante am gegebenen Fall ist“¹⁵². Das dies auch die Benennung möglicher Probleme nicht ausschließt muss einberechnet werden. Nur so wäre allerdings gewährleistet, dass eine „an einem Mindestmaß von Informativität und Rationalität orientierte Öffentlichkeit“ nicht nur „außerhalb der Medien gefunden werden“ kann, sondern auch „innerhalb“¹⁵³.

Man mag einwenden, dass die jeweilige Deutung des Integrationsprozesses „parteilich ist und die Anhängerschaft polarisiert“. Angesichts der schwachen Motivation und zunehmender Skepsis ist aber ohne eine „Polarisierung der Meinungen eine Mobilisierung“ der Bürger nicht zu erwarten. Und dies auf allen Seiten. „Normativ betrachtet“, so Habermas, sei „diese Strategie unbedenklich; denn der Erfolg wäre prozeduraler Natur“¹⁵⁴. Eine „Union der Lügner“¹⁵⁵ in der „drinnen die Osterweiterung, draußen Krawalle“¹⁵⁶ stattfinden, wird auf längere Sicht jedenfalls nicht existenzfähig sein.

Vor aller Öffentlichkeit

Für das Fallbeispiel Europa gilt: die Angst und die oft beanstandete Konfliktarmut scheint kein guter Ratgeber. Politische und „mediendemokratische Harmonie-Mechanism[en]“¹⁵⁷

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Edmund Stoiber im Interview mit der Süddeutschen Zeitung, SZ 16.09.2000.

¹⁵¹ Edmund Stoiber im Interview mit Der Spiegel, 33/2001.

¹⁵² Meyer, Thomas: Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt/M. 2001, S. 24.

¹⁵³ Ebd., S. 196.

¹⁵⁴ Habermas, Jürgen: Warum braucht Europa eine Verfassung?, Rede, Die Zeit 27/2001.

¹⁵⁵ Wernicke, Christian: „Union der Lügner“, Die Zeit 26/2001.

¹⁵⁶ „Drinnen Osterweiterung, draußen Krawalle“, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,142874,00.html>

¹⁵⁷ Meyer, Thomas: Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt/M., S. 167.

drohen eine öffentliche Debatte zu verhindern. Kritik wird der Konservativen überlassen. Doch Europa wird erst angenommen und wünschenswert, wenn eine Debatte zustande kommt, die der notwendigen Offenheit und Ehrlichkeit ebenso verpflichtet ist wie dem konstruktiven Vorankommen des Integrationsprozesses.

Nur wenn Chancen, Befürchtungen, Hoffnungen und mögliche Szenarien in und 'vor aller Öffentlichkeit' artikuliert werden und nicht durch eine falsch verstandene, politisch korrekte Tabuisierung abgewürgt werden, kann das als Debatte oder Diskurs bezeichnet werden, was als Debatte oder Diskurs bezeichnet werden will. „Im demokratischen Verfassungsstaat erfüllt die Infrastruktur der Öffentlichkeit idealer Weise die Funktion, gesamtgesellschaftlich relevante Probleme so in Kristallisationskerne von Diskursen zu verwandeln, dass die Bürger die Chance erhalten, sich gleichzeitig auf dieselben, ähnlich gewichteten Themen zu beziehen und zu kontroversen Beiträgen zustimmend oder ablehnend Stellung zu nehmen.“¹⁵⁸ Die Verhinderung einer öffentlich-kontroversen Debatte, in der die Kritik aufgrund falschverstandener PK den 'Europa-Gegnern' überlassen wird, darf nicht riskiert werden.

Literatur

Clemens, Clay: "Going Public": Personalisierungstendenzen in der Bundesrepublik und in den USA, in: Korte, Karl-Rudolf / Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München 2000.

Dörner, Andreas: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt/M. 2001.

Eppler, Erhard: Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache, Frankfurt/M. 1992.

EU-Kommission (Hrsg.): Das Weißbuch „Governance“ der EU-Kommission, <http://europa.eu.int/futurum>.

Götze, Catherine: Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen, WZB papers P 98-303.

¹⁵⁸ Habermas, 2001.

Greiffenhagen, Martin: Politische Legitimität in Deutschland, Bonn 1998.

Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt/M. 1992.

Hoffmann, Arne: Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz, Marburg 1996.

Kohl, Helmut: Europa – Die Zukunft aller Deutschen, in: Ders.: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Bd. 1, Bonn 1992.

Meyer, Thomas: Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt/M. 2001.

Papcke, Sven: „Political Correctness“ oder die Reinigung der Sprache, APuZG B 21-22/95.

Straßner, Erich: Ideologie – Sprache – Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs, Tübingen 1987.

Salumun, Kurt: Sprache, Politik und Moral, in: Politicum 22/1984.

Sarcinelli, Ulrich: Parteien und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie?, in: Ders. (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998.

Weidenfeld, Werner: Europäische Einigung im historischen Überblick, in: Ders./Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn 1995.

C. Wüstner: Political Correctness und Homosexualität

Gesellschaftliche Akzeptanz und Isolation einer sexuellen Minderheit.

Der Beginn der homosexuellen Bewegung in den U.S.A., des „gay liberation movements“, ist markiert durch den „Stonewall Aufstand“ in New York's Greenwich Village am 27. Juni 1969, als hunderte Schwule sich einer Straßenschlacht mit der Polizei lieferten. Ausgelöst wurde der Vorgang durch einen Überfall der Polizei auf die Schwulenbar Stonewall. Die Bewegung trägt seitdem das Aushängeschild „gay pride“, findet ihren Ausdruck in der gleichnamigen Demonstration und hat weitreichende gesellschaftliche und vor allem politische bzw. rechtliche Veränderungen erwirkt. In Deutschland wurde die homosexuelle Emanzipation durch die achtundsechziger Bewegung begünstigt bzw. erst ermöglicht. Aus der sexuellen Befreiung ging erst die feministische Bewegung hervor, welche die vorherrschenden Geschlechterbeziehungen in Frage stellte. Dadurch entstand ein Machtvakuum, welches die Heterosexualität als Norm schwächte und der homosexuellen Bewegung Auftrieb verschaffte.

Die Veränderung der Situation der Homosexuellen in der Gesellschaft wird in der folgenden Analyse an verschiedenen Aspekten aufgezeigt. Die Betrachtung der sprachlichen Ebene, die Bezeichnungen der Homosexualität und der Homosexuellen in der deutschen Sprache, gibt einen Einblick in die gesellschaftliche Realität, in der sich die Homosexuellen befinden. Die Wörter transportieren implizite Wertungen, welche dem sprachlichen Wandel unterworfen sind. Die Sprache ist jedoch eher ein Ausdruck als ein Instrument der Steuerung im Streben nach Akzeptanz und Integration der Homosexuellen. In einem kurzen historischen Abriss der Veränderungen der Gesetze und deren juristischer Interpretationen wird ein wesentlich einflussreicheres Instrument in der Entwicklung zu einem toleranteren Umgang mit Homosexualität deutlich. Eine herausragende Rolle spielen der Umgang mit dem §175 StGB und die derzeit stattfindende Einführung eines Partnerschaftsgesetzes. Wie in den USA wird die gesellschaftliche Akzeptanz in Deutschland hauptsächlich über Einflussnahme auf die Politik erkämpft.

Die Einforderung von Rechten auf politischer Ebene geht zwingend einher mit einer Gruppenbildung, die eine gemeinsame Identität voraussetzt. Dies hat zur Folge, dass die

Betroffenen immer als eine gesonderte Gruppe in der Öffentlichkeit auftreten und wahrgenommen werden, was einer vollständigen Integration im Wege steht. Diese könnte nur durch die Aufgabe der eigenen, spezifischen Identität erfolgen und würde das Ende der Political Correctness Bewegung für diese Minderheit bedeuten. Political Correctness soll in diesem Zusammenhang verstanden werden als eine ethisch-moralische Begründung für die Durchsetzung von Akzeptanz und einer gleichberechtigten Behandlung der Homosexuellen in der Gesellschaft. Homosexualität galt lange Zeit als „abartig“ und „unnatürlich“, sie wurde als Krankheit betrachtet, die Betroffenen wurden diskriminiert und verfolgt. Bis 1973 stand Homosexualität auf der Liste der mentalen und emotionalen Störungen bzw. Krankheiten der American Psychiatric Association.¹⁵⁹ Dies wurde bedingt und gerechtfertigt durch den lange Zeit herrschenden Konsens des Heterosexuellen als Norm, dem eine patriarchalische Ideologie zu Grunde liegt.

Die lesbische Bewegung ist stark mit der Feministischen Bewegung verwoben und ist deshalb als eigenständige Bewegung nur schwer zu analysieren. Deshalb werden im Folgenden öfter Beispiele genannt, die sich auf die männliche Homosexualität beziehen.

Identitätsbildung

Eine gemeinsame Identität ist die Voraussetzung für die Political Correctness Bewegung. Sie macht die benachteiligte Gruppe in der Gesellschaft sichtbar, ermöglicht ihre Erkennung durch die Öffentlichkeit und die Einforderung von Rechten auf der politischen Ebene.

Die Konstruktion von Identität ist das „Produkt einer selbstselektiven Operation, die einen Unterschied zwischen einem eher unmittelbaren Selbstsein und einem vermittelten, institutionalisierten Selbstbild erzeugt und reproduziert. Der durch Selbstselektion erzeugte Unterschied steht unter der strikten Restriktion, Ähnlichkeit der unterschiedenen Seiten sicherzustellen und damit eigenes und fremdes Wiedererkennen wahrscheinlich zu machen.“¹⁶⁰

In Bezug auf die homosexuelle Identität ergab die Studie zur Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare¹⁶¹, dass die Ausbildung gleichgeschlechtlicher Identität heute aufgrund eines „langen und für die gleichgeschlechtlich

¹⁵⁹ Schimmel, Eheschließungen, S.41.

¹⁶⁰ Koenen: Nach der Identität, in: Hettlage/Vogt: Identitäten, S.111

¹⁶¹ Buba, H.P. und Vaskovics, L.A., Studie: Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare (Kurzfassung).

orientierten Personen wie auch für ihr Umfeld, problembelasteten Prozess dar. In der Phase des Coming-out stehen Homosexuelle auf der einen Seite unter dem besonderen Druck der Geheimhaltung ihrer sexuellen Identität, andererseits werden sie mit negativen Reaktionen ihrer Umwelt konfrontiert, wenn sie ihre sexuelle Orientierung bzw. Identität offen legen.“ Dies ist ein entscheidender Faktor für die Identitätsbildung. Die Betroffenen fühlen sich isoliert, weil sie als *anders* wahrgenommen werden, sie suchen die Nähe von anderen Betroffenen. Unter Homosexuellen sind sie dann *normal*. Die Abgrenzung ist vollzogen, den Distinktionsritualen ist eine Grundlage geschaffen. Die sexuelle Orientierung bleibt nicht nur ein Teilaspekt, sondern wird allbestimmend für die Persönlichkeit. Besonders ausgeprägt sind homosexuelle Identitäten in (Groß-) Städten. Hier hat die Abgrenzung gegenüber den Heterosexuellen eine Vielzahl von homosexuellen Bars, Cafés und Clubs hervorgebracht. Eine homosexuelle Kultur ist um die sexuelle Neigung der Homosexuellen entstanden und bildet eine solide Basis für eine selbstbestimmte Identität.

Homosexualität im Sprachgebrauch

Im folgenden soll der sprachliche Gebrauch von Bezeichnungen für die Homosexualität und die Homosexuellen betrachtet werden. Es soll insbesondere die Beziehung des Sprechers zum Gesagten bzw. die impliziten Wertungen offen gelegt werden. Es finden sich in vielen Wörterbüchern Markierungen für die Intention des Sprechers. „Viele der Bezeichnungen für das Homosexuelle sind als ‚abwertend‘ oder ‚verhüllend‘ in Wörterbüchern angegeben.“¹⁶² In dem Wörterbuch „Das Homosexuelle im Deutschen“ werden folgende Markierungen für die Intention des Sprechers benutzt: *abwertend*, *neutral*, *aufwertend*, *betont sachlich*, *verhüllend*. Ein paar Auszüge:

abwertend: Arschficker, Kinderficker, Knabenschänder, KZ-Urlauber, naturwidrige Randgruppe, Päderast, Schwanzlutscher, Tucke.

abwertend, betont sachlich: abartig, effeminiert, entartet.

abwertend, verhüllend: andersherum, ehescheu, Hinterpommer, Hundertfünfundsiebziger.

neutral: das dritte Geschlecht, Lesbismus, Schwulheit, weib-weibliche Liebe.

neutral, betont sachlich: aktiv sexuelle Artung, Fellator.

neutral, verhüllend: Andersgläubiger, andersherum, platonische Liebe, vom anderen Ufer.

aufwertend: einer von uns, Fester, Frauenliebe, gay, lesbisch, queer, Urning.

aufwertend, verhüllend: Eigener, rosa, physiologische Freundschaft.

¹⁶² Skinner, Jody: Bezeichnungen für das Homosexuelle im Deutschen, Band 1, S.63.

Die Stilzuordnung ist immer einer gewissen Subjektivität ausgesetzt. Die Grenzen sind fließend und variieren mit dem unterschiedlichen Sprachgefühl und der regionalen Zugehörigkeit des Sprechers.

Die Ausgrenzung von Menschen, die gleichgeschlechtlichen Verkehr ausüben, spiegelt sich in den Bezeichnungen wider. „Es sind Fremde gewesen, welche der *griechischen Liebe* verfallen waren oder eine *welsche Hochzeit* feierten oder einfach *florenzten*.“¹⁶³ Wenn die *stumme Sünde* überhaupt erwähnt werden durfte, dann nur als eine Sünde der Ausländer oder der Ketzer, ein Wort, das ursprünglich auch diejenigen bezeichnete, die sich sexuell *anders* verhalten hatten. Auch in der heutigen Umgangssprache redet man von *andersrum*, *von der anderen Fakultät*, *vom anderen Ufer*, *anders*, *Anderssein*. Die sprachliche Ausgrenzung spiegelt ein kategorisches Denken wider: Die Homosexuellen sind immer die *Anderen*, *von der anderen Feldpostnummer*, *anders als Du und ich*. Die Anwendung einer homophoben Sprache ist in verschiedener Weise nötigend. Die Verbindung von Homosexualität und Anormalität im öffentlichen Sprachgebrauch soll die Homosexualität inexistent erscheinen lassen. Die Äußerungen implizieren die Heterosexualität aller Anwesenden und den Konsens einer negativen Bewertung der Homosexualität.¹⁶⁴ Wenn Homosexuelle in diesem Moment anwesend sind, bekommen sie damit signalisiert, dass sie in die Gruppe nur integriert werden, wenn sie ihre Homosexualität geheim halten.

Begriffe, die sich auf die homosexuellen Neigungen beziehen, haben oft eine negative Konnotation, werden diskriminierend benutzt. Dazu ein Zitat von *Jody Skinner*: „Ausdrücke für das Homosexuelle, die eine aufwertende Intention des Sprechers zeigen, sind nicht so zahlreich, und können dadurch erklärt werden, dass bis in die siebziger Jahre Homosexualität zwischen Männern strafbar war. Homosexualität zwischen Frauen wurde oft im öffentlichen Diskurs nicht beachtet.“¹⁶⁵

Schwule und Lesben verwenden oft eigene Bezeichnungen, um sich selbst oder andere zu charakterisieren. Der Sexualforscher Magnus Hirschfeld verbucht bereits Anfang des Jahrhunderts einige heute noch geläufige Ausdrücke wie *Tante*, *Tunte* oder *Schwester*. Andere Bezeichnungen wie *Schwuchtel* oder *Queen* werden von Schwulen untereinander spöttisch verwendet, um sich zu differenzieren. *Le Page* und *Tabouret-Keller* haben in ihrer Untersuchung über die soziale Identität von Gruppen eine auf die Sprache bezogene Typisierung eines männlichen Homosexuellen erstellt.¹⁶⁶ Demnach benutzen Schwule oft

¹⁶³ Skinner, Jody: Bezeichnungen für das Homosexuelle im Deutschen, Band 1, S.88.

¹⁶⁴ Armstrong: Homophobic Slang as Coercive Discourse among College Students, S.332, in: *Queerly Phrased*.

¹⁶⁵ Skinner, Jody: Bezeichnungen für das Homosexuelle im Deutschen, Band 1, S.66.

¹⁶⁶ The „Homo-genius“ Speech Community, S.192, in: *Queerly Phrased*.

Aspekte einer „weiblichen Sprache“, so wie bestimmte Farbbezeichnungen und die sogenannten „inhaltlosen Adjektive“ wie „marvelous“ und „adorable“ und bedeutungsverstärkende Wörter wie „like“. Schwule setzen demnach ein größeres Spektrum an Intonationen als heterosexuelle Männer im Sprachgebrauch ein. Außerdem werden die verschiedenen Vokale oft überbetont wie „FAABulous“.

Im Gay and Lesbian Center in Paris wurden 1994 zwei Fragebögen¹⁶⁷, einer für Lesben und einer für Schwule, verteilt. Sie ergaben folgendes: Auf die Frage an Schwule, ob sie die weibliche Form benutzen, wenn sie sich an ihren männlichen Freund wenden oder dies bei anderen Schwulen bemerkt hätten, antworteten 17 von 20 positiv. Beispiele dafür sind: „the poor girl is crazy“, „she has made herself quite beautiful today“. Auf die Frage, zu welchem Zweck sie dies täten, gab es verschiedene Angaben: Als Provokation, als Ausdruck von Zuneigung, als Witz, als Provokation gegen die herrschende Norm. Lesbierinnen dagegen verachteten jegliche Form der Maskulinisierung im Umgang miteinander.

Bedeutungswandel der Sprache

Der Sprachgebrauch unterliegt einem konstanten Bedeutungswandel. Die Linguisten sind bemüht, diese Veränderungen festzustellen, zu belegen und sie in Wörterbüchern einfließen zu lassen. Die Verwendung des Ausdrucks *warmer Bruder* beispielsweise erlangte im Laufe des 18. Jahrhunderts die damalige pejorative Bedeutung von „Homosexueller“. In die andere Richtung hat sich die Bedeutung der Wortfamilie „schwul“ entwickelt. Die Soziologin Bleibtreu benutzt in Bezug auf den Bedeutungswandel von *schwul* den bis jetzt noch nicht in die sprachwissenschaftlichen Lexika aufgenommenen Terminus „Geusen-Wort“. Darunter versteht sie die „trotzige Verwendung des einstigen Schimpfwortes der heterosexuellen Mehrheit zur Selbstidentifikation“¹⁶⁸. In der angloamerikanischen Soziolinguistik wird hierfür der Begriff „Anti-Language“ benutzt. Als in den achtziger Jahren die Grünen den Begriff *schwul* im Bundestag benutzten, wurden sie mehrmals dafür verwarnt. Ein CSU-Abgeordneter beurteilt den Ausdruck Schwuler als eine „Verwilderung der Sprachkultur“ und als eine „der Gosse zugehörige“ Vokabel¹⁶⁹. Des Namens wegen wurde dem „Vorspiel-Schwuler Sportverein“ die Aufnahme in den Berliner Leichtathletikverband verweigert.¹⁷⁰

Die Eigenwilligkeit und Irrationalität der Sprache spiegelt sich in dem Vergleich zwischen den Worten *Schwuchtel* und *schwul* wider. Beide beziehen sich auf einen männlichen

¹⁶⁷ Pastre: Linguistic Gender Play among French Gays and Lesbians., S.372, in: Queerly Phrased.

¹⁶⁸ Bleibtreu: Geschichte, S.384.

¹⁶⁹ zitiert in Gay Express, 7/5, 1988,1.

¹⁷⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.1990.

Homosexuellen, ersteres wird jedoch als „salopp abwertend“¹⁷¹ im Wörterbuch charakterisiert, das Wort *schwul* indessen wird als „neutral“¹⁷² bezeichnet. Viele amerikanische Jugendliche benutzen das Wort *gay*, wenn sie ein Verhalten missbilligen oder es als „uncool“ empfinden. Damit geben sie der neutralen Bezeichnung für Männer mit homoerotischen Neigungen eine negative Wertung.¹⁷³

Die Sprache allein verändert nicht die ungleichen Verhältnisse. Sie besitzt eine Eigendynamik, die nicht vorhersehbar ist. „Stattdessen kann die eine Maßnahme die andere flankierend begleiten.“¹⁷⁴ Rechtliche Vorschriften und Strafen haben einen weitaus größeren orientierungsgebenden Einfluss auf das Verhalten.

Diskriminierung

Die Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer gleichgeschlechtlichen Orientierung kann in allen Bereichen stattfinden. Sie wird durch einen diskriminierenden Sprachgebrauch und durch Verhalten ausgedrückt. Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz durchgeführte Studie¹⁷⁵ vom 18. Juli 2001 zur Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Paare in der BRD kommt zu folgenden Ergebnissen: Bezogen auf den Freundeskreis berichten mehr als vier Fünftel der Befragten von diskriminierendem, benachteiligendem Verhalten von Freunden. Diese generellen Erfahrungen geben jedoch nicht die aktuelle Situation wieder. Benachteiligung wird hier über die Selektion der Kontakte reduziert. Bei etwa einem Viertel der Befragten wissen wichtige Bezugspersonen in der Verwandtschaft nicht Bescheid, bei knapp einem Zehntel weiß ein Elternteil, bei einem weiteren Zehntel wissen beide Elternteile nichts von der gleichgeschlechtlichen Orientierung. Ist die Homosexualität der Familie bzw. den Verwandten bekannt, sind Beziehungen zu Familienangehörigen sehr häufig durch Verhalten beeinträchtigt, das die Befragten als Benachteiligung oder Diskriminierung erleben. Neun von zehn Befragten haben solche Reaktionen von Familienangehörigen erlebt. Im Arbeitsumfeld weiß nur bei einem Zehntel der Befragten niemand über die Homosexualität Bescheid. Hier haben zwei Drittel der Befragten jetzt oder früher einschlägige Erfahrungen gemacht. Teils durch Wahl eines geeigneten Arbeitsplatzes, teils durch vermehrte Gleichbehandlung an der bestehenden

¹⁷¹ Duden. Deutsches Universal Wörterbuch A-Z.

¹⁷² Skinner, Jody: Bezeichnungen für das Homosexuelle im Deutschen, Band 1, S.63.

¹⁷³ Coates and Jordan: Queering Friendship: Discourses of Resistance and the Construction of Gendered Subjectivity, S.229, in: Queerly Phrased.

¹⁷⁴ Arne Hoffmann, Political Correctness, S.87.

¹⁷⁵ Buba, H.P. und Vaskovics, L.A., Studie: Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare (Kurzfassung).

Arbeitsstelle sind aktuell nur mehr ein Fünftel der Befragten von Benachteiligung am Arbeitsplatz betroffen.

In der anonymen Öffentlichkeit berichten fast drei Viertel der Befragten von Erfahrungen mit Benachteiligung bzw. Diskriminierung (auch mit Gewalt). Die Anonymität und Kurzfristigkeit des Kontaktes scheint hier die Gefahr, benachteiligt bzw. diskriminiert zu werden, zu erhöhen.

Fast alle Befragten treten nachdrücklich für ein Antidiskriminierungsgesetz ein. Die überwiegende Mehrheit der Befragten (vier Fünftel) wünscht ein Rechtsinstitut, das gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Ehepaaren gleichstellt. Gleichzeitig befürworten die Befragten mehrheitlich aber auch eine Rechtsform, die den Paaren die Möglichkeit gibt, die rechtliche Ausgestaltung der Partnerschaft selbst zu wählen.

Gründe für Diskriminierung

Es gibt eine Vielzahl miteinander konkurrierender Theorien zur Erklärung der Entstehung homophober Orientierungen. Die Ursachen der Diskriminierung und Unterdrückung homosexueller Orientierung werden auf biologische und psychologische Ursachen zurückgeführt. Diese sind meist miteinander verbunden. Hierfür einige Beispiele:

- Sündenbockfunktion für kollektive Aggressionen
- Aggression aufgrund unterdrückter eigener sexueller Anteile
- Stabilisierung von Geschlechtsrollen oder des kapitalistischen Wirtschaftssystems
- Institutionenschutz für die traditionelle Familie als Garant gesellschaftlicher Kontinuität

Im Gegensatz zu den USA gibt es in Deutschland kein Antidiskriminierungsgesetz. In den USA findet sich der Ursprung der Antidiskriminierungsinitiativen, wo sich nationale und ethnische Minderheiten zusammenschlossen, um für ihre Rechte gemeinsam zu kämpfen. In Deutschland scheiterte 1993 die Änderung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz, die die sexuelle Identität als Diskriminierungsverbot mit aufnehmen wollte an der Zwei-Drittel-Mehrheit. Jedoch nahmen die neuen Bundesländer Brandenburg, Thüringen und Berlin in ihre neuen Verfassungen die sexuelle Identität/Orientierung als Antidiskriminierungstatbestand auf.¹⁷⁶

Homosexualität und Recht

¹⁷⁶ Nachtwey in: Anti-Diskriminierungs-Gesetz für Berlin?, S. 5.

Die Erlassung des Paragraphen 175 fiel noch in die Zeit der Weimarer Republik; er stellte sexuelle Kontakte zwischen Männern unter Strafe, kam allerdings nur selten zur Anwendung. Nach dem Machtwechsel 1933 wurde der Paragraph von den Nazis zunächst übernommen und 1935 dann um den Paragraphen 175 a ergänzt. Nachdem im Juni 1934 *Röhm* und die ihm politisch nahestehende homosexuelle Gruppe in der NSDAP vernichtet worden waren, wurde im Zuge dieser Entwicklung ein Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs vom 28. Juni 1935 (RGBl. I, 839), in Kraft ab 1. September 1935, unter anderem auch eine Änderung des § 175 StGB vorgenommen. Die Zusammenfassung der widernatürlichen Unzucht zwischen Männern und der von Menschen mit Tieren in derselben Strafvorschrift wurde beseitigt und die Unzucht mit Tieren ohne sachliche Änderung des geltenden Rechts in einem neuen § 175 b für sich allein unter Strafe gestellt. Eine Reihe qualifizierter Fälle der Homosexualität unter Männern wurde als § 175 a StGB ausgesondert und mit erheblich schwereren Strafen bedroht.¹⁷⁷ Fortan war es möglich, Homosexualität auf Grund jedes flüchtigen Hinweises zu kriminalisieren.¹⁷⁸ Nach dem 1935 verschärften Paragraphen 175 galt jede gleichgeschlechtliche Handlung als »Unzucht«; ein Kuss, der von Dritten beobachtet wurde, reichte den Behörden schon.

Ungefähr „50 000 Schwule wurden von der NS-Justiz zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt, 10 000 bis 15 000 ohne Gerichtsverhandlung von der Gestapo oder auf Betreiben der Behörden als »Schutz- und Vorbeugehäftlinge« in die Konzentrationslager verschleppt.“¹⁷⁹ Die Sterblichkeit der Homosexuellen war wesentlich höher als die der anderen Häftlingsgruppen. Die Anklage lautete „widernatürliche Unzucht und Verführung zu widernatürlicher Unzucht nach Paragraph 175 neuer Fassung“.

Recht steuert Verhalten. Stark bewusstseinsprägend war sicher die langjährige strafrechtliche Ahndung homosexuellen Verhaltens, die den Homosexuellen in den Augen der heterosexuellen Bevölkerungsmehrheit zum Kriminellen werden ließ, ein Bild, das - da auch von der Autorität in moralischen Fragen beanspruchenden Kirchen gestützt - erst langsam verblasst. „Eine sehr frühe Quelle für ein Verbot gleichgeschlechtlicher Handlungen findet sich im 3. Buch Mose 18,22 und 20,13.“¹⁸⁰ Im Zuge der Christianisierung Süd- und

¹⁷⁷ BverfGE 6, 389, in: <http://www.uni-kiel.de:8080/FS-Jura/gericht/bv006389.html> 19.Juli 2001.

¹⁷⁸ Peters, Harald, PANORAMA Es wurde auch Zeit, in: http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2000/0215/feuilleton/0063/ 19.Juli 2001.

¹⁷⁹ Jungle World, Die schwulen Opfer des Faschismus <http://www.dir-info.de/nachrichten/infolinks/00/04/000412f97ca66e.htm>, 19.Juli.2001.

¹⁸⁰ Risse, Jörg. Der verfassungsrechtliche Schutz der Homosexualität, S.23.

Mitteleuropas im 3. Und 4. Jahrhundert n. Chr. verschärfte sich die Intoleranz gegenüber der Homosexualität. Ungeklärt ist, ob dies Ergebnis einer religiösen Verklärung der angeblich gottgestifteten Ehe war, die homosexuelles Verhalten wegen seiner Ehefeindlichkeit pönalisierte, oder nur die ebenso willkürliche wie folgenreiche Stigmatisierung Homosexueller als Sündenböcke für Naturkatastrophen darstellte. Im Gesetzeswerk des Kaisers Justinian (527-565 n.Chr.) fand sich eine „Kriminalisierung homosexuellen Verhaltens, die damit begründet wurde, dass sich Homosexuelle in der Gewalt des Teufels befänden und Gott lästerten, der deswegen alle Menschen mit Erdbeben, Hungersnöten und Seuchen strafe.“¹⁸¹ Erst als die Aufklärung in Mitteleuropa sich durchzusetzen begann, suchte man nach rationaleren Gründen für eine Pönalisierung der Homosexualität. Man fand sie in der Naturwidrigkeit der Sexualitätsausübung, die nicht fortpflanzungsbezogen war. Die fehlende Fortpflanzungsfähigkeit lässt die Homosexualität als negative, da naturwidrige Anormalität erscheinen. „Aus den Gotteslästerern wurden im säkularisierten Strafrecht nun Kranke, die nicht mehr den Tod, sondern nur noch Gefängnis verdienten.“¹⁸²

Wie schon oben beschrieben, wurde Homosexualität während der NS-Diktatur besonders gnadenlos verfolgt und bestraft. Nach dem Krieg wurde der § 175 StGB in der von den Nationalsozialisten entworfenen Fassung beibehalten. Eine Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz wurde in einem Urteil vom 10. Mai 1957 zurückgewiesen. Das Gericht rechtfertigte die historische Verurteilungen der Homosexualität und die vorangegangenen Gerichtsurteile. Unter anderem bezog es sich auf das sogenannte *Sittengesetz*. Dieses bedeutet das Urteil „aller billig und gerecht denkenden Bürger“ und ermöglicht, da nicht weiter spezifiziert, eine willkürlichen Handhabung und Interpretation der Gesetzestexte. Hier ein Auszug aus der Begründung des Gerichts: „Gleichgeschlechtliche Betätigung verstößt eindeutig gegen das Sittengesetz. Auch auf dem Gebiet des geschlechtlichen Lebens fordert die Gesellschaft von ihren Mitgliedern die Einhaltung bestimmter Regeln; Verstöße hiergegen werden als unsittlich empfunden und missbilligt.“¹⁸³ Hierzu *Schimmels* Bewertung des Sittengesetzes: „In einer Zeit der Wertepluralität ist schon die Existenz eines einheitlichen Sittengesetzes fragwürdig. Der Begriff stellt sich mithin als Einfallstor für höchst individuelle und damit oft achtbare, aber eben nicht mehr verallgemeinerungsfähige Wertungen dar...“.¹⁸⁴ „...das Sittengesetz ist keine Moral, zumal es letztendlich zur dazu dient, die jeweils – vermeintliche

¹⁸¹ Stümke, Homosexuelle in Deutschland, S. 9.

¹⁸² Risse, Jörg: Der verfassungsrechtliche Schutz der Homosexualität, S.25.

¹⁸³ BverfGE 6, 389, in: <http://www.uni-kiel.de:8080/FS-Jura/gericht/bv006389.html> 19.Juli 2001.

¹⁸⁴ Schimmel, Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare? S.163.

- herrschende Ideologie gegenüber einer Minderheit durchzusetzen.“¹⁸⁵ Als weitere Begründung für die Abweisung der Beschwerde gab das Gericht den Umstand an, dass „die Verfassungsbeschwerde durch seinen Tod, (der Kläger war im vorangegangenen Jahr verstorben), erledigt ist.“¹⁸⁶

Im Jahre 1969 endete mit der Umwandlung des § 175 StGB in eine Jugendschutzvorschrift die generelle Strafbarkeit homosexuellen Verhaltens. „Wie die Äußerung führender Repräsentanten der großen Parteien zeigen, war der Grund für die Straffreiheit bringende Gesetzesnovelle weniger die Einsicht in eine Vorurteilsinduziertheit des alten § 175 StGB, als vielmehr der Glaube, dass man mit einem am Schuldprinzip orientierten Strafrecht der weiterhin als gänzlich unmoralisch empfundenen Homosexualität nicht beikommen könne.“¹⁸⁷ Der neue § 175 StGB Abs.1 bestrafte „jeden Mann über 18 Jahren, der sexuelle Handlungen an einem Mann unter 18 Jahren vornimmt oder von einem Mann unter 18 Jahren an sich vornehmen lässt, mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren. Für den Jugendschutz Heterosexueller war der § 176 StGB zuständig und setzte die Altersgrenze für die Strafbarkeit bei 14 Jahren fest.

Erst 1994 wurde die in der wissenschaftlichen Literatur schon lange vertretene Erkenntnis von der fehlenden besonderen Jugendgefährlichkeit der Homosexualität¹⁸⁸ umgesetzt und mit der Abschaffung des § 175 StGB jeder Homosexualitätsbezug aus dem Strafgesetzbuch verbannt. Zumindest in den politischen Gremien hat sich damit die Einsicht durchgesetzt, dass homosexuelles Verhalten niemandem schadet und eine Strafbarkeit unbegründbar ist. Neben dieser Erkenntnis stand die Notwendigkeit, nach der Wiedervereinigung gleiche Verhältnisse für Ost- und Westdeutschland zu schaffen. In der DDR gab es für den Paragraphen 175 keine Entsprechung mehr.

Dennoch gibt es in Gesetztexten noch viele Bestimmungen, welche die Homosexuellen benachteiligen: Gemäß § 11 Nr. 1 StGB werden gleichgeschlechtliche Paare nicht als Angehörige anerkannt, wodurch ihnen die damit verbundenen Vergünstigungen verwehrt bleiben. Die §§ 52, 55 StPO schließen homosexuelle Partner aus dem Kreis zeugnis- und auskunftsverweigerungsberechtigter Personen aus. Der fehlende Angehörigenstatus des Partners führt schließlich nach § 25 Nr. 2 StVollzG zu einer signifikanten Erschwerung des

¹⁸⁵ Schimmel, Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare? S.166.

¹⁸⁶ BverfGE 6, 389, in: <http://www.uni-kiel.de:8080/FS-Jura/gericht/bv006389.html> 19.Juli 2001.

¹⁸⁷ Bleibtreu-Ehrenberg, Antihomosexuelle Strafgesetze, S. 92.

¹⁸⁸ Lautmann, Der Zwang zur Tugend, S. 117.

Besuchsrechts im Justizvollzug. Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften genießen keinen erhöhten Abschiebeschutz im Ausländerrecht, wie er verschiedengeschlechtlichen Partnern mit der Heirat zugesprochen wird. Der unverheiratete ausländische Partner hat keinen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 23, 17 Abs. 1 AuslG; er gilt auch nicht als sonstiger Familienangehöriger. Damit verbunden ist faktisch die Unmöglichkeit der gemeinsamen Lebensführung in Deutschland. Im Zivilrecht ist der überlebende Partner in Nachlassfällen nicht gesetzlicher Erbe, bei testamentarischer Erbfolge sieht er sich zumeist umfangreichen Pflichtteilsansprüchen ausgesetzt. Die Errichtung eines gemeinsamen Testaments steht nach § 2265 BGB nur Ehegatten offen. Im Mietrecht wendet der BGH die Mietfortsetzungsregel des § 569 a Abs. 2 BGB zwar analog auf eheähnliche Gemeinschaften an, schließt gleichgeschlechtliche Partner hiervon aber ausdrücklich aus.¹⁸⁹ Dies um nur einige Beispiele zu nennen. Der Überblick über die aktuelle Rechtslage der Homosexuellen in Deutschland zeigt, dass die meisten gesetzlichen Nachteile ihre Wurzel in der Nichtanerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften haben.

Die Ehe als stabilisierender Faktor

Die Forderungen nach Einführung einer „Homosexuellenehe“ hat in jüngster Vergangenheit nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch in der Medienöffentlichkeit erhebliche Aufmerksamkeit gefunden und kontroverse Stellungnahmen nach sich gezogen. Hierbei wird eine Angleichung an das heterosexuelle Ehemodell angestrebt. Ungeachtet erheblich gestiegener Scheidungsziffern ist es durchaus vorstellbar, dass ein verheiratetes Paar in der Krise länger zusammenhält und die Krise überwindet. *Radbruch*¹⁹⁰ weist darauf hin, dass in der Beziehung zweier Menschen die Ehe das Abklingen der erotischen Anziehung auffangen könne – insoweit hat sie eine Stabilisierungsfunktion. Die Existenz des institutionellen Rahmens, der insbesondere Vorschriften über Scheidung und Scheidungsfolgen umfasst, kann für das Verhältnis der Partner zueinander erhebliche Bedeutung haben: Durch die schlichte Existenz dieser Normen werden sie von der Notwendigkeit, über die materiellen Folgen des Scheiterns ihrer Liebesbeziehung nachzudenken, entlastet. Durch diese Entlastung wird Liebe zu einem Teil erst ermöglicht.¹⁹¹ Für viele Paare ist die Eheschließung Ausdruck der dem Partner und der Umgebung bewusst und gewollt erklärten Bereitschaft, Verantwortung für den anderen zu übernehmen. Daneben stellt die Heirat häufig einen Teil des „bürgerlichen“ Lebensentwurfs dar, dessen Fehlen von der sozialen Umgebung als rechtfertigungsbedürftig

¹⁸⁹ Risse, Der verfassungsrechtliche Schutz der Homosexualität, S.35 und S.36.

¹⁹⁰ Radbruch, Rechtsphilosophie, § 20, S. 250.

¹⁹¹ Schimmel, Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare?, S. 29.

angesehen wird. Die Ehe kommt einem Bedürfnis der Partner nach Anerkennung und Achtung der Exklusivität der Partnerbeziehung entgegen. Gerade diese Exklusivität verlangt nach öffentlicher Anerkennung, die derzeit nur in Form der Eheschließung möglich ist. Das Betroffensein von einem Eheverbot trotz Ehewilligkeit bedeutet eine erhebliche Stigmatisierung für gleichgeschlechtliche Paare.¹⁹²

Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz stellt die Ehe unter besonderen staatlichen Schutz. Die Ehe wird dort aber nicht ausdrücklich als Verbindung zwischen Mann und Frau definiert. Wenn die gleichgeschlechtliche Beziehung jedoch nicht der Ehe „würdig“ ist, muss sie einen Makel haben. Die Parallele zu anderen Eheverboten (Inzest, Bigamie) und dem damit verbundenen Umwerturteil drängt sich auf. Die frühere strafrechtliche Missbilligung gleichgeschlechtlicher Orientierung setzt sich hier in einer anscheinend milderen, aber immer noch empfindlichen Form fort. In Rechtsordnungen mit obligatorischer Zivilehe ist eine kirchliche Trauung nur möglich, wenn die staatliche Eheschließung bereits erfolgt ist.¹⁹³ Durch die staatliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften könnte ein Umdenken auch in der immer noch mächtigen Institution der Kirche in Gange gesetzt werden. Die ablehnende Haltung der katholischen Kirche gegenüber der Homosexualität ist bekannt. Zuletzt heißt es im Schreiben der Kongregation für die Glaubenslehre: „Die spezifische Neigung der homosexuellen Person ist zwar nicht in sich sündhaft, begründet aber eine mehr oder weniger starke Tendenz, die auf ein sittlich betrachtet schlechtes Verhalten ausgerichtet ist. Aus diesem Grund muss die Neigung selbst als objektiv ungeordnet angesehen werden.“¹⁹⁴

Das Partnerschaftsgesetz

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften bilden eine tragfähige Grundlage als Solidargemeinschaft für eine zukünftige finanzielle und soziale Sicherung: In der Studie zur Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare¹⁹⁵ haben „etwa die Hälfte der in Lebensgemeinschaften zusammenwohnenden Befragten berichtet, den Partner bzw. die Partnerin schon einmal finanziell unterstützt zu haben. Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass bei den zusammenlebenden homosexuellen Paaren die Grundlage für eine dauerhafte Partnerschaft mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, Verantwortung und Einstehen für einander (etwa) im selben Umfang gegeben ist wie bei heterosexuellen Paaren in der vorehelichen Phase.

¹⁹² Schimmel, Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare?, S.30.

¹⁹³ Schimmel, Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare?, S.31.

¹⁹⁴ Schreiben der Kongregation für die Glaubenslehre zu eigenen Fragen der Sexualethik v. 29.12.1975, S. 11.

¹⁹⁵ Buba, H.P. und Vaskovics, L.A.(Hrsg.), Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz:

Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Paare, Kurzfassung., in: <http://www.lsvd.de/lpartg/sofos.html>, 18.Juli 2001

Der oft angeführte Vorwurf einer promiskuitiven Lebensweise von Homosexuellen konnte in verschiedenen Studien revidiert werden. Das Homosexuellenbild großer Teile der Öffentlichkeit und der juristischen Fachöffentlichkeit ist von tief eingewurzelten Vorurteilen geprägt¹⁹⁶ Hierzu gehört auch das Bild vom liebes- und bindungsunfähigen Homosexuellen, das bis auf *Freud* zurückgeht. Nach den Ergebnissen des Kinsey-Institute-Reports von 1978¹⁹⁷ leben ca. 14% der homosexuellen Männer und 38% der homosexuellen Frauen in „Quasi-Ehen“.¹⁹⁸ Jüngere empirische Untersuchungen in der BRD haben ergeben, dass 65% der homosexuellen Männer am liebsten in einer festen Beziehung leben würden¹⁹⁹, 42% der Befragten tatsächlich mit ihrem Partner zusammenleben, davon die Hälfte in Geld- und Gütergemeinschaft²⁰⁰.

Die Debatte über die Homosexuellen-Ehe ist – soweit ersichtlich – zuerst in den USA geführt worden. „Bereits 1971 versuchte ein gleichgeschlechtliches Paar erfolglos, sich das Recht auf Heirat gerichtlich zu erstreiten. Der U.S. Supreme Court lehnte die Annahme des Falles zur Entscheidung ab und hat bis heute noch nicht über die damit verbundenen Fragen entschieden.“²⁰¹ Die öffentliche Meinung steht dem Gedanken an homosexuelle Ehen in den USA jedoch zunehmend positiver gegenüber: Während sich 1988 erst 23% der Befragten dafür aussprachen, waren es 1993 nach Presseberichten knapp 50%. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Befürworter einer Angleichung an die Ehe hinsichtlich medizinischer Versorgung und Lebensversicherung von 54% auf 67%.²⁰²

Am 10. November 2000 hat der Deutsche Bundestag ein Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften verabschiedet, das das familienrechtliche Institut der „Eingetragenen Lebenspartnerschaften“ einführt.²⁰³ Nur wenige Tage vor der Abstimmung über das Gesetz ist es geteilt worden, da es an der mangelnden Zustimmung des Bundesrates, in dem die rot-grüne Regierungskoalition über keine Mehrheit verfügt, zu scheitern drohte. Die zustimmungspflichtigen Teile des Gesetzes, die steuer- und beamtenrechtlichen Wirkungen der Lebenspartnerschaft, wurden in ein

¹⁹⁶ Schimmel, Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare?, S. 39.

¹⁹⁷ Die dort für die USA ermittelten Zahlen dürften auf die Verhältnisse in der BRD übertragbar sein.

¹⁹⁸ Bell/Weinberg, Der Kinsey-Institut Report, S. 152.

¹⁹⁹ Bochow, AIDS, 16.

²⁰⁰ Dannecker, Homosexuelle Männer und AIDS S.149.

²⁰¹ Schimmel, Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare?, S.51ff.

²⁰² Schimmel, Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare?, S.51ff.

²⁰³ Faz vom 11. November 2000: „Die Koalition setzt im Bundestag ihren Entwurf zu Lebenspartnerschaften durch“.

Ergänzungsgesetz gepackt. Der Bundesrat hat die Verabschiedung des Ergänzungsgesetzes erwartungsgemäß abgelehnt, weshalb die Regierungskoalition den Vermittlungsausschuss angerufen hat. Im Ergebnis ist daher bislang eine eingetragene Partnerschaft verabschiedet worden, die keine steuer- und beamtenrechtlichen Wirkungen hat.

Das Lebenspartnerschaftsgesetz (LpartG), Teil des Gesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften, regelt zum größten Teil die eingetragene Lebenspartnerschaft, erklärt jedoch nur zum Teil eherechtliche Vorschriften auf sie für anwendbar. Das im Bundesrat gescheiterte Ergänzungsgesetz sah vor, den Schluss der Lebenspartnerschaft parallel dem der Ehe vor dem Standesamt und die Lebenspartner im Einkommens- und Erbschaftssteuerrecht weitgehend wie Ehegatten zu behandeln. Es bleibt abzuwarten, ob die Regelung nach der Tätigkeit des Vermittlungsausschusses doch noch Gesetz wird.

Das am 1. August 2001 in Kraft getretene Lebenspartnerschaftsgesetz verpflichtet die Lebenspartner in Bezug auf den Unterhalt gemäß § 5 LpartG einander zum angemessenen Unterhalt. Das Erbrecht der Lebenspartner entspricht dem des Ehegattenerbrechts. Ebenso werden die Lebenspartner bezüglich der sozialversicherungsrechtlichen Regelungen wie Ehegatten behandelt. Auch ausländerrechtlich stehen die Lebenspartner den Ehegatten gleich. Die neuen gesetzlichen Regelungen sehen keine Gemeinschaftsadoption durch die Lebenspartner vor. Wohl aber kann ein Lebenspartner auch das Sorgerecht für die Kinder des anderen erhalten (kleines Sorgerecht). Gemäß § 15 LpartG wird die Lebenspartnerschaft, genau wie die Ehe, durch gerichtliches Urteil aufgehoben. Bei Bedarf kann dann ein Lebenspartner nach der Aufhebung der Partnerschaft angemessenen Unterhalt von seinem ehemaligen Partner verlangen.

Homosexuelle Partnerschaften ähneln heterosexuellen Beziehungen mehr als üblicherweise angenommen. Als Ergebnisse der Studie zur Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare²⁰⁴: wurde in bezug auf die Lebensformen festgestellt, dass ein Drittel der Befragten in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften leben, ein Drittel nicht mit dem Partner zusammenlebt, (die Mehrzahl aus Überzeugung) und ein Viertel derzeit keinen Partner hatte (der Großteil wünschte sich einen). Die Partnerschaften hatten zu dem Zeitpunkt der Erhebung eine durchschnittliche Dauer von vier Jahren. Die in der Stichprobe erfassten

²⁰⁴ Buba, H.P. und Vaskovics, L.A., Studie: Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare (Kurzfassung).

gleichgeschlechtlich orientierten Personen hielten nur selten gleichzeitig eine Beziehung zu mehreren Personen. Die Haushalts- und Partnerschaftsführung von Lesben und Schwulen entsprechen weitgehend denen der heterosexuellen Bevölkerung. Lesben und Schwule bilden also (entgegen einer gelegentlich vertretenen These) in Bezug auf Partnerschaftsformen nicht eine Avantgarde alternativer Lebensformen.

Durch das in Kraft treten des Lebenspartnerschaftsgesetz werden gleichgeschlechtliche Partner den Ehegatten weitgehend gleich gestellt. Das Lebenspartnerschaftsgesetz schafft eine Angleichung der Bedeutung und des Wertes von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gegenüber der heterosexuellen Ehe. Die dadurch vom Staat signalisierte Billigung und Förderung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften wird das vorherrschende Bild dieser Minderheit in der Gesellschaft verändern und zur Normalisierung des Umgangs mit Homosexualität beitragen.

Resümee

Die Political Correctness Bewegung hat die durch langjährige gesellschaftliche Verurteilung induzierte „unsichtbare Homosexualität“ in die Öffentlichkeit gebracht. Gleichgeschlechtliche Liebe wurde aus der Schmuddel-Ecke in die Mitte der Gesellschaft getrieben, ihre Existenz in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen aufgezeigt, die Diskriminierung angeprangert. Den Angehörigen dieser Minderheit hat die PC-Bewegung zu mehr Würde und Selbstbewusstsein verholfen. Der bereits legendäre Spruch des Berliner Bürgermeisters Wowereit, („Ich bin schwul und das ist auch gut so“)²⁰⁵, signalisiert zweierlei. Einmal ist positiv anzumerken, dass es gut ist, dass ein zukünftiger Bürgermeister sich zu seiner Homosexualität bekennen kann, ohne Nachteile dafür zu ernten. Andererseits belegt der Satz, dass die Gesellschaft noch nicht die erwünschte Normalisierung bezüglich der Homosexualität erreicht hat. Andernfalls wäre das Bekenntnis zur homosexuellen Neigung uninteressant und würde eher für Verwirrung als für Beifall sorgen.

Die PC-Bewegung hat zur Konstruktion einer homosexuellen Identität geführt. Identitäten tauchen vor allem in Prozessen vertikaler Mobilität auf, zunächst an den Rändern von Schichten, Klassen und Milieus. Traditionell wird an eine jeweilige Identität ein bestimmter sozialer Status geknüpft. Die Zusammengehörigkeit zu einer klar definierten Gruppe schafft

²⁰⁵ Am 09.06.2001 bekannte sich Wowereit vor den 313 Delegierten des Landesparteitages und zahllosen TV-Kameras zu seiner Homosexualität.

Geborgenheit. Die Abgrenzung gegenüber der Gesellschaft ermöglicht eine Aufwertung der eigenen Gruppe, erst in der Selbstwahrnehmung, später auch in der Fremdwahrnehmung. Identität stellt eine Selbststabilisierung, Selbstbestimmung aber auch eine Selbstlimitierung dar. Der durch Selbstselektion erzeugte Unterschied wird dadurch erzeugt, dass Ähnlichkeiten der unterschiedenen Seite sichergestellt und damit eigenes und fremdes Wiedererkennen wahrscheinlich gemacht wird. Die Basis für die homosexuelle Identität ist die vom Heterosexuellen abweichende sexuelle Neigung. Unterschiede innerhalb der Gruppe werden klein gehalten und nur innerhalb der Gruppe thematisiert. Nach außen wird Einheit demonstriert. Durch Diskriminierung und gesellschaftliche Isolation entstand in der homosexuellen Szene eine eigenständige Kultur. Zu Beginn wurde in Demonstrationen Gleichbehandlung gefordert, die entschlossene Selbstdarstellung demonstrierte Selbstbewusstsein und veränderte das Image. Die Einheit war politisch angelegt. Mit steigender Sichtbarkeit und der damit verbundenen Toleranz gegenüber Homosexuellen verliert die Gettoisierung jedoch ihre Bedeutung. Übrig bleibt eine Mystifizierung und Selbstzelebrierung der homosexuellen Existenz. Nachdem die sexuelle Neigung durch die Differenzierung von sexuellen Untergruppen („Partyschwule“, SM, Leder, Rubber) bereits die Einheit der Identität verwässert hat, wird nun die homosexuelle Bewegung als ganze fraglich. Die Erkennung der Sinn- und Inhaltslosigkeit der homosexuellen Identität führt zu einer Auflösung ihrer klar definierten Umrisse. In den USA wird dieses Phänomen mit *post-gay*²⁰⁶ beschrieben. Für den Post-Homosexuellen ist dann seine sexuelle Orientierung nur ein Aspekt seiner Persönlichkeit, die er offen lebt, die aber selbstverständlich und nicht allbestimmend für seinen Lebensstil und seine Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit ist. Diesen Stand hat die Gesellschaft jedoch weder in den USA noch in Deutschland erreicht. Dennoch sind Anzeichen für eine derartige Entwicklung bereits erkennbar. Dies drückt sich im unterschiedlichen Lebensstil von Homosexuellen aus. Eine weite Bandbreite der Intensität der Auslebung einer homosexuellen Identität ist heute feststellbar. Es ist heute bereits möglich, seine homosexuelle Identität freiwillig abzulehnen und die sexuelle Neigung in seinem Lebenswandel weitestgehend unberücksichtigt zu lassen. Während früher die Diskriminierung den Homosexuellen stigmatisierte und zur Homosexualität zwang, ist die Sexualität in vielen gesellschaftlichen Bereichen kein Thema mehr und erlaubt eine Überwindung der mit dieser Identität verbundenen Beschränkungen. Des weiteren ist die Entwicklung in einem Generationenunterschied erkennbar. Während die Veteranen der Bewegung noch stärker das Bedürfnis haben, ihre Sexualität nach außen zu kommunizieren, sind die Jüngeren bereits in

²⁰⁶ Siehe dazu: genre, Ausgabe Dezember/Januar 1999 Nummer 66, Hollywood, The World According to Rupert Everett, Interview by John Schlesinger, S. 50, 55.

einer toleranteren Zeit aufgewachsen, wo dies weniger notwendig erscheint. Der Ausdruck *Gay Pride* ist nicht mehr als Antwort auf Diskriminierung notwendig und dient somit nicht mehr als Identifikationssymbol für die junge Generation. Die Abgrenzung gegenüber der Heterosexualität erscheint auch weniger zwingend.

Die Abnahme der homosexuellen Politisierung geht einher mit einer generellen Entpolitisierung in der jüngeren Generation. Die Botschaft der jährlich stattfindenden Demonstration zum *Christopher Street Day* unterscheidet sich nur noch wenig von der *Love Parade*. Es geht hier mehr um Party als um die Thematisierung von gesellschaftlichen Missständen. Dies muss nicht als Vorwurf gewertet werden, es ist einfach eine Feststellung der gegenwärtigen Stimmungslage.

Wenn einerseits die Toleranz gegenüber der Homosexualität stetig wächst, die homosexuelle Identität sich daraufhin im Auflösen befindet oder sich ausdifferenziert und bereits andere allgemeinere Merkmale wie eine hedonistische Grundeinstellung sich in der Gesellschaft ausbreiten, zeichnet dies einen Trend ab, der das Ende der Political Correctness gegenüber der Homosexualität bedeutet. Und zwar in einem ganz radikalen Sinn: An Stelle eines besonders umsichtigen Umgangs mit dieser sexuellen Minderheit wird die Ignorierung dieser spezifischen Neigung gesetzt. Und das ist dann auch gut so.

Literatur

Armstrong, James D.: Homophobic Slang as Coercive Discourse among College Students, S.332. In *Queerly Phrased*, edited by Anna Livia and Kira Hall. Oxford University Press 1997

Barrett, Rusty: The „Homo-genius“ Speech Community. In: *Queerly Phrased*, edited by Anna Livia and Kira Hall. Oxford University Press 1997

Bell, Alan P./Weinberg, Martin S.: Der Kinsey-Institut Report über weibliche und männliche Homosexualität, München 1979

Bleibtreu-Ehrenberg, Gisela: Homosexualität. Die Geschichte eines Vorurteils. Frankfurt/Main 1981

Bleibtreu-Ehrenberg, Gisela: Antihomosexuelle Strafgesetze, in: Gesellschaft und Homosexualität. (Hrsg.: Lautmann, Rüdiger) Frankfurt/M. 1977

Bochow, Michael: AIDS: Wie leben schwule Männer heute?, Berlin 1988

Buba, H.P. und Vaskovics, L.A.(Hrsg.), Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz: Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Paare, Kurzfassung. unter <http://www.lsvd.de/lpartg/sofos.html> am 18.Juli 2001

BverfGE 6, 389 <http://www.uni-kiel.de:8080/FS-Jura/gericht/bv006389.html>, 19.Juli 2001

Coates, Jennifer and Jordan, Mary Ellen: Queering Friendship:Discourses of Resistance and the Construction of Gendered Subjectivity, S.229. In: Queerly Phrased. edited by Anna Livia and Kira Hall. Oxford University Press 1997

Dannecker, Martin: Homosexuelle Männer und AIDS – Eine sexualwissenschaftliche Studie zu Sexualverhalten und Lebensstil, Berlin 1990

Dannecker, Martin: Der Homosexuelle und die Homosexualität. Frankfurt a.M 1978

Duden. Deutsches Universal Wörterbuch A-Z. Dudenverlag1996

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.1990

Gay Express, Unabhängige Zeitung. Hamburg und Berlin

Hoffmann, Arne, Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz. Tectum Verlag 1996

Jungle World, Die schwulen Opfer des Faschismus <http://www.dir-info.de/nachrichten/infolinks/00/04/000412f97ca66e.htm>, 19.Juli.2001.

Koenen, Elmar J.: Nach der Identität. In: Identitäten in der modernen Welt. Hrsg: Hettlage, Robert und Vogt, Ludgera. Westdeutscher Verlag 2000

Lautmann, Rüdiger: Der Zwang zur Tugend – Die gesellschaftliche Kontrolle der Sexualitäten, Frankfurt/M. 1984

Lautmann, Rüdiger: Seminar: Gesellschaft und Homosexualität, 2. Aufl. Frankfurt/M 1984

Nachtwey, Claus. In: Anti-Diskriminierungs-Gesetz für Berlin? Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Hrsg: Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport 1999

Pastre, Geneviève: Linguistic Gender Play among French Gays and Lesbians., S.372 In: Queerly Phrased. edited by Anna Livia and Kira Hall. Oxford University Press 1997

Peters, Harald, PANORAMA Es wurde auch Zeit In: http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2000/0215/feuilleton/0063/, 19. Juli 2001

Radbruch, Gustav: Rechtsphilosophie, 8. Aufl. Stuttgart 1973 §20.

Risse, Jörg. Der verfassungsrechtliche Schutz der Homosexualität. Nomos Verlag 1998

Schimmel, Roland. Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare? Duncker & Humblot 1996

Skinner, Jody: Bezeichnungen für das Homosexuelle im Deutschen. Band 1. Eine lexikografische Analyse und eine lexikographische Aufgabe. Verlag Die Blaue Eule 1999

Stümke, Hans-Georg: Homosexuelle in Deutschland – Eine politische Geschichte, München 1989

Michael Hodel: Die Spenden – Kampagne für das Holocaust Mahnmal in Berlin

Einleitung

Die nachfolgende Arbeit befasst sich mit der Spendenkampagne des Fördervereins zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas e.V..

Die Spendenkampagne wurde von den Berliner Agenturen im stall, TBWA Berlin und der Wiener Agentur „Zufallsproduktion“ mit dem Claim „den Holocaust hat es nie gegeben“ geplant und produziert.

Die Frage die sich nun stellt ist die, ob man mit einem sensiblen Thema wie dem des Holocausts auf diese Art und Weise umgehen kann? – Wird dabei das, was wir unter „political correctness“ verstehen ignoriert oder muss man um erfolgreich sein, selbst sensible Themen wie dies unter „ganz normalen“ Marketing – Gesichtspunkten sehen?

Im folgenden soll die theoretische Basis für die Holocaust – Kampagne geliefert werden, Pressestimmen analysiert werden und Beteiligte aus der Agentur im stall zu Wort kommen.

Die Spendenkampagne

Hintergründe

Lea Rosh ist die Vorsitzende des Fördervereins zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas e.V. Sie war es, die 1988 die Idee des Historiker Eberhardt Jäckel aufnahm, den ermordeten Juden Europas in Berlin ein Denkmal zu errichten.

Der Kampf darum dauerte mehr als 10 Jahre bis zur Beschlussfassung des Bundestages im Juni des Jahres 1999.

Da die Errichtung des Denkmals damals durch eine Bürgerinitiative initiiert wurde, sollte dieses Anliegen auch nicht zu einer reinen Staatsaktion werden. An der Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas sollten sich auch Bürgerinnen und Bürger beteiligen, so der Beschluss des Bundestages 1999.

Schon die erste Spendenaktion im Jahr 1988 brachte fast 50.000 Euro an Spendenkapital ein.

Inzwischen hat der Förderkreis schon über eine Million DM gesammelt. Das Ziel war und ist, 5 Millionen der 50 Millionen Baukosten für die Erbauung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas aus Spendengeldern aufzubringen.

Mit diesem Ziel begab man sich auf die Suche nach einer oder mehreren Agenturen, die eine Kampagne entwickeln sollten, die Bürgerinnen und Bürger zum Spenden aufrufen sollte. Man wollte die bisherigen Maßnahmen (Musikveranstaltungen, Benefiz-Diners, Informationsstände, etc.) ausweiten, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und das Denkmal wieder in das Bewusstsein der Menschen zu rücken.

Die Bedingung bestand jedoch darin, dass diese Agenturen ohne Honorar arbeiten sollten, da keinerlei Budget für Kreation, Media oder Produktion einer Spenden - Werbekampagne vorgesehen war seitens des Fördervereins.

Der Förderkreis wollte jedoch von seinen guten Medien – Kontakten profitieren.

Die Berliner Agenturen im stall und TBWA erklärten sich zusammen mit der Wiener Agentur „Zufallsproduktion“ bereit, für den Förderverein zu arbeiten, ohne dafür einen Pfennig zu verlangen.

Die Idee der Kampagne

Der naheliegende Weg für die Spendenkampagne zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas wäre zum Beispiel die Abbildung des Denkmals mit der Aufforderung „Spenden Sie!“ gewesen oder auch historisch – authentische Bilder, die an die Emotionen des Betrachters appellieren.

Die Frage, die sich den Berliner Agenturen stellte war folgende: „Wie wirbt man für dieses spezielle Thema effektiv, ohne dabei die „Political Correctness“ zu vernachlässigen.“

Die Berliner Agenturen im stall und TBWA haben zusammen mit der Wiener Agentur „Zufallsproduktion“ für den Förderkreis einen überraschenden, einen involvierenden Ansatz

entwickelt, der aus Marketing-Gesichtspunkten der Sicht eines Opfers des Holocaust die Mechanik der Kampagne

Man zitierte mit Hilfe eines Landschaftsbildes die Idylle soll stellvertretend für die „gute“ Deutschlands vorherrscht, die bis heute



²⁰⁷ Stefan Mannes, Client Service Director der

Die Strategie der Kampagne zielt darauf ab, mit dem Grundbedürfnis der Menschen nach einer heilen Welt und damit einhergehenden Bedürfnis nach Verdrängung, das in jedem einzelnen existiert, zu spielen.

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wird diese „geistige Idylle“ stören. Diesen Gedanken wollten die Agenturen mit ihrer Kampagne transportieren und entwickelten daher ein Motiv der Idylle und einen „Störer“.

Das Ziel dieser Mechanik ist es, eine Diskussion auszulösen, die die Befürworter des Denkmals dazu anregt, Geld für seine Errichtung zu spenden, bzw. mit Kritikern sowohl des Denkmals als auch der Kampagne eine erneute Diskussion zu führen.

Den Bürgerinnen und Bürgern wurden dabei folgende Möglichkeiten des Spenden zur Verfügung gestellt:

Spendentelefonnummer mit Abbuchfunktion (5.- DM)

Online – Spendenmöglichkeit über eine speziell eingerichtet Website

Klassische Spendenmöglichkeit über Kontodaten

Die Medien

Nicht nur die beteiligten Agenturen, sondern auch eine Vielzahl verschiedener Medien haben sich zu einer kostenlosen Mitarbeit bereit erklärt. Ab dem 19.7.2001 wurden folgende Aktionen umgesetzt:

Website des Förderkreises ab Mai 2001

Lichtinstallation auf dem Gelände des zukünftigen Denkmals seit dem 20.6.2001

3000 x 18/1 Außenplakate ab dem 20.7.2001

300.000 Postkarten ab dem 20.7.2001

Megaposter 15x10m neben dem Brandenburger Tor ab dem 19.7.2001

Anzeigen in DIE ZEIT, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung und der FAZ ab dem 20.7.2001

Internationale Pressekonferenz am Dienstag ab dem 17.7.2001

Bericht der Nachrichten-Sendung HEUTE (ZDF) am Vorabend des Kampagnen – Starts

Pressestimmen

Nachfolgend werden verschiedene Pressestimmen populärer Tages- und Wochenzeitungen zitiert:

„Dümmer geht’s nimmer“, so schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung und wirft dem Förderverein pubertäres Verhalten vor. Man hantiere mit Vorurteilen und würde allenfalls ein „paar PR – Leute“ erreichen.²⁰⁸

„Warum niemand das Recht hat, mit dem Holocaust zu werben“, diese Frage hat sich Michael Brenner in der Süddeutschen Zeitung gestellt. Seiner Meinung nach gehen bei dieser Art der Werbung „Naivität, Geschmacklosigkeit und Profilierungssucht“ Hand in Hand. Er unterstellt dem Förderverein und den beteiligten Agenturen, dass es nicht mehr um die Erinnerung, sondern um den Schock geht. Er geht sogar so weit, die Legitimation der Initiatorin in Frage zu stellen.²⁰⁹

Der Spiegel spricht von Lea Rosh als einer Frau, die von Arroganz und gutbeseeltem Gutmenschentum ist. Der Spiegel prognostiziert sarkastisch die nächsten Marketingträchtigen Provokationen mit „Auschwitz – Wir machen den Weg frei“ oder „Die deutschen Sparkassen spenden für Versöhnung“.²¹⁰

²⁰⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.07.2001

²⁰⁹ Süddeutsche Zeitung, 03.08.2001

²¹⁰ Der Spiegel, 06.08.2001

Ganz anders ist die Meinung der Werbe – freundlichen Presse, bspw. die Zeitung Horizont, die über eine Umfrage auf ihrer Website zu dem Ergebnis kommt, dass die Mehrheit der Horizont.Net – Nutzer die Mahnmal –Kampagne für gelungen hält.²¹¹

So bekommt die „Mahnmal“ – Kampagne auch von deutschen Kreativen gute Noten ausgestellt. „Die öffentliche Diskussion, die wir jetzt haben, ist der Beleg für die Qualität der Konzeption“, lobt Sebastian Turner, Geschäftsführer der Agentur Scholz & Friends Berlin.

Ähnliches von Oliver Voss von Jung von Matt: „Die Kampagne wagt sich an ein Thema heran, über das viele lieber schweigen – und damit rückt es ins Bewusstsein“.²¹²

Zusammenfassend kann man sagen, auch unter Berücksichtigung anderer Zeitungsartikel über die Kampagne des Holocaust – Mahnmals, die hier nicht zitiert werden, jedoch im Anhang zu finden sind, dass die Meinung über die Kampagne (das Holocaust – Mahnmal) in der Tagespresse überwiegend negativ, innerhalb der Werbebranche jedoch überwiegend positiv ist.

Die Jerusalem Post zitiert Klaus Wowereit (Bürgermeister von Berlin) und Arthur Süsskind von der jüdischen Gemeinde Berlins, die sich zwar kritisch, aber nicht negativ zu der Kampagne äußerten.

Darf man mit dem Holocaust werben ?

Die Frage, die letztendlich mit dieser Arbeit beantwortet werden soll, ist die, ob der Holocaust zu Werbezwecken gebraucht werden darf oder nicht, bzw. inwieweit eine solche Kampagne gegen die Political Correctness verstößt?

Was spricht dafür ?

Stefan Mannes ist Client Service Director in der Agentur im stall und war maßgeblich an der Konzeptionierung und Gestaltung der Kampagne beteiligt. Seiner Meinung nach ist die Kampagne weder politisch unkorrekt noch geschmacklos. Herr Mannes von der Agentur im stall sieht aus der Perspektive eines „Werbers“ keinen Unterschied zwischen einer Anzeige für einen Neuwagen und der Spendenanzeige für ein Mahnmal.

Mit dem Vergleich „Mann kann ja auch keine Neuwagenanzeige ohne einen Neuwagen abzubilden schalten“, beantwortet er die Frage, ob man mit dem Holocaust werben darf oder nicht. Weiterhin argumentiert er, dass eine Kampagne für ein politisch korrektes Denkmal

²¹¹ Horizont.Net, 24.07.2001

²¹² Horizont, 24.07.2001

immer auch politisch korrekt sein muss, da es um die Sache geht, und diese wäre schließlich politisch korrekt.

Provokation ist seiner Meinung nach notwendiges Mittel, um möglichst schnell möglichst viele Menschen zu erreichen. Man könnte nun die Überlegung anstellen, ob es sich überhaupt um Provokation handelt, wenn man von der Spenden-Kampagne spricht, oder ob es sich wirklich nur um eine geschmacklose Aktion handelt, die nur „wenige PR – Leute erreicht hat“, wie es die Frankfurter Allgemeine Zeitung attestiert.

„Die Provokation ist“, so Herr Mannes, „voll aufgegangen“ – da wesentlich mehr als nur wenige PR – Leute erreicht wurden.

Auch das Argument der Geschmacklosigkeit zieht seiner Meinung nach nicht, da in Vor – Gesprächen mit Opfern, Mitglieder der jüdischen Gemeinde Berlins oder auch Bundestagspräsident Thierse die Idee vorgestellt und diskutiert wurde. Das Ergebnis dieser Gespräche war einstimmig, man wollte die Durchführung der Kampagne mit dem Claim „Den Holocaust hat es nie gegeben“.²¹³

Was spricht dagegen ?

Vor allem die Presse hat eine Fülle von Argumenten hervorgebracht, die gegen den Missbrauch des Holocausts zu Werbezwecken sprechen.

Aber auch Prominente Vertreter der jüdischen Gemeinde wie Michael Friedmann haben die Kampagne des Fördervereins kritisiert.

Das zentrale Argument war die Tatsache, das man mit einem sehr sensiblen Thema auf eine Weise umgegangen ist, die dem Holocaust und damit auch dem Denkmal nicht gerecht wird.

Schlusswort/ Kommentar

Das Holocaust Mahnmal wird nun gebaut und die Spenden – Kampagne hat funktioniert, obwohl die Gegner des Mahnmals recht bekommen haben und das Plakat am Brandenburger Tor abgehängt wurde.

Ist die Strategie der Agenturen aufgegangen? War die Provokation bis ins letzte geplant und hat mit den Gegnern des Plakats gerechnet?

Letztendlich hat eine Kampagne, die in der Gesellschaft sehr kontrovers diskutiert wurde, dazu geführt dass das Mahnmal nun doch gebaut werden kann!

Die Frage die sich mir während des Erstellens dieser Arbeit immer mehr aufgedrängt hat ist die, wie man die Provokation bewerten kann? Sind wir mittlerweile in einer Zeit, in der wir

²¹³ Interview mit Stefan Mannes, Client Service Director im stall, 29.10.01

den Holocaust schon wie jedes andere geschichtliche Horror – Szenario behandeln können? – oder sind wir mittlerweile schon so weit von einem gewissen Verantwortungsgefühl entfernt, dass Agenturen zu solchen Provokationen greifen müssen, um uns zu erreichen?

Ich möchte diese Fragen an dieser Stelle nur für mich selbst beantworten und komme zu dem Entschluss, dass es politisch korrekt und moralisch vertretbar ist eine Spenden – Kampagne für den Holocaust mit gängigen Marketing – Strategien zu konzipieren.

Es ist jedoch meiner Meinung nach ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft, dass man sie nur noch über solch drastische Methoden der Kommunikation dazu bewegen kann, für ein Mahnmal zu spenden, welches uns an unsere Geschichte und an die Verfolgung und Ermordung von Juden in unserem Land und in Europa erinnern soll.

K. Ackermann: Gefahren der Abkehr von Politischer Korrektheit am Beispiel der Walser-Bubis-Debatte

Einleitung

Am 11. Oktober 1998 wurde Martin Walser mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. In seiner Dankesrede "Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede" kritisiert Walser die "Instrumentalisierung" von Auschwitz und behauptet, die permanente Thematisierung des Holocaust erziele letztlich den Effekt des Wegschauens. Die Rede löste eine öffentliche Kontroverse mit Ignatz Bubis, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, aus. Am 12. Oktober warf Bubis Walser "geistige Brandstiftung"²¹⁴ vor. Der politisch-mediale Diskurs eskalierte in den folgenden zwei Monaten, bis sich schließlich am 12. Dezember Walser und Bubis zu einem ‚Versöhnungsgespräch‘ trafen, in dem sie den Streit um die Friedenspreisrede beilegten. Bubis nahm den Vorwurf der "geistigen Brandstiftung" zurück, betonte aber die Missverständlichkeit der Äußerungen Walsers, wohingegen dieser auf der Unmissverständlichkeit seiner Rede beharrte. Übereinstimmungen fanden beide in der Auffassung, dass für den Umgang mit der deutschen Vergangenheit noch keine angemessene Sprache gefunden sei.²¹⁵

In dieser Arbeit soll die These belegt werden, dass die politisch-gesellschaftliche Bedeutung von Politischer Korrektheit in der ethischen Verantwortung liegt, die sich zwar nicht aus der

²¹⁴ Vgl. "Geistige Brandstiftung". in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 14.10.1998.

²¹⁵ Vgl. "Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung". in: FAZ vom 14.12. 1998.

Bewertung der Sprache selbst ergibt, doch sehr wohl aus dem Umgang mit ihr. Dieser These liegt die Prämisse von Dieckmann zugrunde, dass soziale Kontrolle, zu der auch die Kontrolle der Sprache gehöre, in jeglicher Gesellschaftsform unumgänglich sei. Sie werde dadurch erzielt, dass das Verhalten des Individuums immer bestimmten sozialen Sanktionen unterliege.²¹⁶ In einer Gesellschaft existiert somit ein Konsensus festgelegter Normen, gegen die ein Individuum nicht ohne Sanktionen verstoßen darf. Geht man nun davon aus, dass Politische Korrektheit eine Mischung aus semantischem Kampf und Sprachkritik darstellt²¹⁷, die der sozialen Kontrolle dient und die Handlungsebene einschließt, so kann man behaupten, dass der Wegfall von Politischer Korrektheit einem Verlassen des gesellschaftlichen Konsenses gleichkommt und somit in einem moralischen Verfall münden kann.

Diese fatale Entwicklung soll an den vier Eskalationsstufen des politisch-medialen Diskurses der Walser-Bubis-Debatte in der Zeit vom 11. Oktober 1998 bis zum Jahresende aufgezeigt und deren gesellschaftliche Relevanz herausgearbeitet werden.

Die vier Eskalationsstufen der Walser-Bubis-Debatte

Erste Reaktionen auf die Rede Martin Walsers

In Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus spricht sich Martin Walser zwar nicht gegen eine öffentliche und politische Aufarbeitung aus, doch erwähnt er diese Notwendigkeit in seiner Friedenspreisrede kein einziges Mal. Statt dessen empört er sich über “Gewissenwarte” und “Meinungssoldaten, die mit vorgehaltener Moralpistole, den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen”. Wer als Lehre aus Auschwitz fordert, sich neuem Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegenzustellen, missbrauche das Gedenken an Auschwitz, benutze Auschwitz als “Einschüchterungsmittel”, “Moralkeule” oder als “Pflichtübung”. Walser zeichnet ein Bild von der deutschen Nation als Opfer, welche stetig mit dieser “Moralkeule” bedroht wird. Und so wird aus dem Verbrechen der Nation die zu Unrecht bedrohte Nation.

Ist Walser oder sind gar die Deutschen ein Opfer von Politischer Korrektheit, deren Gewissen zurecht aufbegehrt?

²¹⁶ Vgl. Dieckmann Walther. Sprache in der Politik: Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. 2. Auflage Heidelberg, 1975, 42. angeführt nach: Arne Hoffmann. Political Correctness: Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz. Marburg: Tectum Verlag, 1996, 42.

²¹⁷ Nach Hoffmann ist die Politische Korrektheit in Deutschland nicht als Sprachregelung, sondern als Mischung aus semantischen Kampf und Sprachkritik einzuordnen. vgl. Hoffmann 1996. a.a.O., 57.

Nach dem Lob dieser “nachdenkenswertesten”²¹⁸ und “mutigen” Rede in der Presse, stehen in der ersten Phase die von Walser aufgegriffen und mitinitiierten Diskurse über die Normalisierung und Normalität Deutschlands und die Gefahren einer “Dauerpräsentation” der NS-Vergangenheit durch die Medien im Vordergrund.

Bereits am 13.10.1998 wandte sich Ignatz Bubis gegen Walsers Thesen von der “Instrumentalisierung von Auschwitz” und der damit verbundenen “Moralkeule”: “Leute wie der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey und Ex-Republikaner-Chef Franz Schönhuber sagen es auch nicht anders. Das ist geistige Brandstiftung.”²¹⁹ Bubis kündigt an, in seinen Reden zum Gedenken an die Reichspogromnacht am 9. November auf Walsers Äußerungen zu reagieren.²²⁰

Diese frühe Intervention von Bubis, in seiner Kritik kaum unterstützt, wird von Walser selbst und von der Mehrheit der deutschen Medien angegriffen. Während “1.200 ziemlich qualifizierte Zeitgenossen einer Rede standing ovations bereiten,” so Walser, sage “nur einer [...], das war geistige Brandstiftung”.²²¹ Bubis scheint eine andere Sprache zu sprechen als das deutsche Wir-Kollektiv. Und so hofft Walser, “dass es noch jemanden in seiner Umgebung gibt, der ihm meine Rede übersetzt”²²². Es stellt sich die Frage, ob dieser ‘Ton’ und damit das Verlassen der Politischen Korrektheit vor wenigen Jahren vorstellbar gewesen wäre. Von den Medien wird dieser Ton nicht nur gebilligt, sondern auch rezipiert.

Überführung des Diskurses zum ersten Antisemitismustreit der Berliner Republik

Der Beginn der zweiten Phase ist mit den weitreichenden öffentlichen Reaktionen auf Bubis’ Rede vom 9. November, dem 50. Jahrestag des Novemberpogroms, in der er Walser nochmals der “geistigen Brandstiftung” anklagt, festzumachen. Bubis erkennt in Walsers Rede “den neusten Versuch, Geschichte zu verdrängen, Erinnerungen auszulöschen,”²²³ der “für eine Kultur des Wegschauens und Wegdenkens [spreche], die im Nationalsozialismus mehr als üblich war und die wir uns heute nicht wieder angewöhnen dürfen”²²⁴.

Es ist bezeichnend, dass Bubis’ Rede nicht Walsers missverständliche Friedenspreisrede zum ersten Skandal der Debatte avanciert. Die gedenkpolitische Kontroverse entwickelt sich zu einem Diskurs über das deutsch-jüdische Verhältnis, in dessen Verlauf Juden zunehmend als

²¹⁸ FAZ vom 13.10.1998. zitiert nach: Micha Brumlik / Hajo Funke / Lars Rensmann.

Umkämpftes Vergessen: Walserdebatte, Holocaustdenkmal und neuere deutsche Geschichtspolitik. Berlin: Das Arab.Buch, 1999, 53.

²¹⁹ “Geistige Brandstiftung” in: FAZ vom 14.10. 1998.

²²⁰ Vgl. ebd.

²²¹ Magdeburger Volksstimme vom 23.10.1998. zitiert nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 60.

²²² FAZ vom 23.10.1998. zitiert nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 60.

²²³ Frankfurter Rundschau vom 10.11.1998. zitiert nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 67.

²²⁴ FAZ vom 10.11.1998. zitiert nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 67.

imaginäres und reales Gegenüber des deutschen Wir-Kollektivs erscheinen. Mitunter ist nicht mehr Bubis' Kritik, sondern dieser selbst als das Problem, das allein für einen "deprimierende(n) erinnerungspolitische(n) Tiefpunkt"²²⁵ verantwortlich gemacht wird. Ein Versagen von Politischer Korrektheit ist an dieser Stelle offensichtlich.

Der Beitrag, der am 14.11.1998 in der FAZ unter der Überschrift "Eine Friedensrede" vom SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi erscheint, dynamisiert vor allem den antisemitischen Diskurs. Aufsehenerregend ist hier die Aussage des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters: die "Abkunft von jüdischen Opfern" gebe genauso wenig wie die von deutschen Widerstandskämpfern eine "Chance für einen persönlich völlig unverdienten Freispruch von der schändlichen, gemeinsamen Geschichte der Deutschen im Dritten Reich".²²⁶ Darauf folgt die potentielle Eingemeindung der Opfer in das Täterkollektiv: "Allerdings müssten sich natürlich auch die jüdischen Bürger in Deutschland fragen, ob sie sich so sehr viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 "nur" die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären. Ein jeder sollte versuchen, diese Frage für sich selbst ehrlich zu beantworten."²²⁷ Für Dohnanyi ist Martin Walser kein "geistiger Brandstifter", "sondern ein vom Gewissen bedrängter Deutscher". Walsers Rede "war die Klage eines Deutschen, der sich in der historischen Haft weiß, in einer Schande für die Verbrechen vorangegangener Generationen, die er nicht begangen hat, für die er sich aber doch verantwortlich fühlen muss"²²⁸.

Die öffentliche Unterstützung für Bubis bleibt auch nach der Eskalation durch Dohnanyi, mit der sich die Walser Debatte endgültig als "Grundsatzdebatte der neuen Berliner Republik"²²⁹ qualifiziert hat, dürftig. Stattdessen verschärft sich der Angriff auf Bubis. Offensichtlich ermutigt vom bisherigen Diskursverlauf und ausbleibender negativen politisch-kulturellen Sanktionen bricht dabei in einem seit 1945 unbekannten Ausmaß Antisemitismus öffentlich hervor. Der Verlust von Politischer Korrektheit führte zum Aufkommen und zur Verstärkung von überwunden geglaubter Ressentiments.

Eskalation

Eine zusätzliche Eskalation erfährt die Debatte in einer dritten Phase durch die Reaktion auf ein Interview mit Bubis, in dem dieser die Antisemitismuskritik erweitert und Walser und

²²⁵ FAZ vom 10.11.1998, zitiert nach: Brumlik [u.a.] 1999, a.a.O., 69.

²²⁶ Klaus von Dohnanyi. "Eine Friedensrede." in: FAZ vom 14.11.1998.

²²⁷ ebd.

²²⁸ ebd.

²²⁹ FAZ vom 20.11.1998, zitiert nach: Brumlik [u.a.] 1999, a.a.O., 74.

Dohnanyi latenten Antisemitismus vorwirft.²³⁰ Gleichzeitig wird für die bisherige politische Kultur in Deutschland nach dem Holocaust ungewohnt offen, aber nahezu ohne negative gesellschaftlich-diskursive Sanktionen judenfeindlicher Propaganda in führenden Medien der Bundesrepublik verlautbart. Die soziale Kontrolle der Sprache, die sich aus der Priorität des Allgemeinwohls ergibt, hat versagt und führt zu einer Aktivierung politisch-kulturell diskreditierter Ressentiments.

So erschrecken auch die antisemitischen Aggressionen des zweiseitigen Kommentars im *Spiegel* mit dem Titel „Wir sind alle verletzbar“ vom Herausgeber Rudolf Augstein nicht mehr. Augstein benennt in eindeutig antijüdischen Bildern die „New Yorker Anwälte“, „Haifische im Anwaltsgewand“, und die „New Yorker Presse“ als Verantwortliche der erinnerungspolitischen „Instrumentalisierung“ „unserer fortwährenden Schande“. Jene „Haifische“ diktieren „von außen“ den Deutschen („uns“) ein „Brandmal“ bzw. „Schandmal“ auf, das „gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist“. Augstein warnt daher, dass wenn „den Deutschen ein steinernes Brandmal aufgezwungen wird“, würde „untaugliche(r) Boden mit Antisemitismus“ gedüngt und schlägt deshalb vor: „ließen wir den von Eisenman vorgelegten Entwurf fallen, wie es vernünftig wäre, so kriegten wir nur einmal Prügel von der Weltpresse. Verwirklichen wir ihn, wie zu fürchten ist, so schaffen wir Antisemiten, die vielleicht sonst keine wären, und beziehen Prügel in der Weltpresse jedes Jahr und lebenslang, und das bis ins siebte Glied.“²³¹ Diese judendiskriminierende Sprache, die sämtlicher ethischen Verantwortung entbehrt, stellt eine massive Verletzung der bisherigen Diskursgrenzen dar. Die Ausweitung des gesellschaftlich legitimen Gespräches über das Gedenken an Auschwitz und über ‚die Juden‘ ist auf den Bruch gesellschaftlich unabdingbarer Tabus, die sich aus der Existenz von Politischer Korrektheit ergeben, zurückzuführen.

Politisch-kulturell etablierte Schamgrenzen bröckeln weiter ab und so ist es aufgrund des Verlaufes der Debatte nicht mehr erstaunlich, dass auch diesmal eine politisch-mediale Verurteilung ausbleibt. Einer der wenigen, die auf Augsteins Antisemitismus hinweisen, ist abermals Bubis, „was zumeist als „Angriff“ ausgelegt wird, der (...) als irrational erscheint – als sähe Bubis, ohne objektiven Grund, nur noch Antisemiten in Deutschland“²³². So wird in schärfster Form zum Angriffsschlag gegen Bubis ausgeholt und dieser als hysterischer „Gewissenswart“²³³ bezeichnet, dessen „jüngste Angriffe [...] absolut unangemessen“²³⁴ seien;

²³⁰ Vgl. „Moral verjährt nicht“. in: Der Spiegel vom 30.11.1998, 50-54.

²³¹ Alle Zitate: Rudolf Augstein. „Wir sind alle verletzbar.“ in: Der Spiegel vom 30.11.1998, 32f. siehe auch: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 79-81.

²³² Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 83.

²³³ Berliner Zeitung vom 1.12.1998. angeführt nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 84.

als solcher suche Bubis Intellektuelle, die gegenüber dem deutschen Volk „Aufpasserfunktion“²³⁵ übernehmen. Walsers Terminologie ist hier bereits vollständig in den gesellschaftlichen Diskurs integriert, der dazu beiträgt, dass Ressentiments tradiert werden und auf moralische Werte und Normen verzichtet wird.

Versöhnungsgespräch

Eingeleitet wird die hier zu behandelnde letzte Phase mit dem in der FAZ am 14.12.1998 publizierten vermeintlichen Versöhnungsgespräch zwischen Bubis und Walser. Unter der Überschrift „Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung“ offenbart sich erneut die Gegensätzlichkeit der Positionen. Am Abend zuvor hatten die Zuschauer der ARD überraschend die Gelegenheit, in einer Live-Sondersendung Walser und Bubis in einem dreißigminütigen Gespräch zu erleben, dem eine mehrstündige, tags darauf in der FAZ vollständig dokumentierte Diskussion gefolgt hat. Was Walser in der Rede noch im vagen lässt, und als nur potentiell antisemitische Andeutung artikuliert, deren Ausformulierung er anderen überlässt, wird im Gespräch von (Walser) ihm selbst konkretisiert.²³⁶

Juden seien im Nationalsozialismus davor „bewahrt geblieben, [...] mitzumachen“. Da sie keine Wahl hatten, so Walser, sind sie „auch im Urteil eingeschränkt“. Das heißt, sie können auch „nicht beurteilen, was die Faszination anderer ist, „die stolpern, die rutschen, die wollen, die fasziniert sind“.²³⁷

Bubis ist für Walser das personifizierte Unglück der Geschichte. Bubis wird als Jude angegriffen, der dem deutschen Volk unversöhnlich gegenübersteht und „heroisch“ die Geschichte dazu instrumentalisieren, Deutschland niederzuhalten. Die Deutschen leiden unter Bubis' „moralische(m) Druck“, seiner „moralischen Instanzhaftigkeit“.²³⁸

Bubis nimmt, scheinbar müde, gesellschaftlich isoliert gegen den Zeitgeist sprechen zu müssen und als unversöhnlicher Kritiker zu gelten, seinen Vorwurf, Walser sei ein „geistiger Brandstifter“ zurück, obgleich dieser dafür innerhalb des Gespräches keinerlei Anlass bietet, sondern, die Aggression antijüdisch zuspitzt.²³⁹ Walser, der diese Rücknahme stets gefordert hatte, reagiert darauf: „Das brauchen Sie nicht. Ich bin keine Instanz, vor der man was zurücknimmt. Ich bin kein Offizier aus dem Casino“.²⁴⁰ Hier soll Bubis nochmals gedemütigt werden, indem seine Vermittlungsversuche von Walser verweigert werden.

²³⁴ Theo Waigel in: Die Welt vom 1.12.1998. angeführt nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 84.

²³⁵ Die Welt vom 1.12.1998. angeführt nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 84.

²³⁶ Vgl. Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 90.

²³⁷ „Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung.“ in: FAZ vom 14.12.1998, 40.

²³⁸ ebd.

²³⁹ Vgl. Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 93.

²⁴⁰ „Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung.“ in: FAZ vom 14.12.1998, 41.

Als Bubis am Ende des Gespräches mit Walser resümierte, dass letzterer durch die Wirkung seiner Rede anderen ein Tor geöffnet hat, obwohl es nicht seine Absicht gewesen sei, antwortete Walser: “Da muss ich natürlich hinzufügen, dass es dann höchste Zeit war, dass dieses Tor einmal geöffnet wurde.”²⁴¹

Das Gespräch gilt als “Ende eines Missverständnisses”, die gesamte Auseinandersetzung wird nun mitunter darauf reduziert, “lediglich [...] ein Missverständnis zwischen zwei älteren Herren” zu sein.²⁴² Schließlich wird noch ein neues Zeitalter nach Walser affirmiert: Walsers Rede ermögliche es, mit dem “zwiespältigen” “Tabu zu brechen, dass Juden in Sachen Auschwitz das letzte Wort haben [sic!]”.²⁴³

Nur in der Frankfurter Rundschau erfährt Walser unmittelbar eine scharfe Kritik seiner Äußerungen. Dass, so die Frankfurter Rundschau, “‘die Juden‘ unser Unglück sind, hat man auch schon einmal rhetorisch unumwundener gehört – und kann es jederzeit dort lesen, wo Walser, der seine Rede ‘unmissverständlich‘ nennt, offenbar in diesem Sinne verstanden wurde”.²⁴⁴

Am 19. 12. 1998 wird das Grab des ehemaligen Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, zerbombt. Der Tagesspiegel und die Frankfurter Rundschau lokalisieren die Gewalttat im Kontext der “trübnationale(n) Brandsatz-Rede Martin Walsers über die ‘Moralkeule‘ Auschwitz”.²⁴⁵ Die Tochter Galinskis meint, die “‘geistigen Schreibtischtäter und Brandstifter‘ tragen Verantwortung dafür, dass ein Klima entstanden ist, in dem eine solche Tat möglich ist”.²⁴⁶

Man kann daraus schließen, dass der bewusste Tabubruch und der damit einhergegangene Wegfall Politischer Korrektheit einer verbalen Anstiftung zur Gewalt gleichkommt.

Fazit

Die Walser-Bubis-Debatte ist gleichzeitig ein veränderndes Ereignis, Ausdruck und Tendenzbestimmung der politischen Kultur der Bundesrepublik.

Die Eskalation der Kontroverse führte dazu, dass politisch-kulturell diskreditierte Ressentiments gesellschaftlich aktiviert wurden. Es fand eine Diskursverschiebung statt, die mit der Ausweitung des legitimen gesellschaftlichen Gesprächs über das Gedenken an

²⁴¹ ebd.

²⁴² Der Tagesspiegel vom 15.12.1998. angeführt nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 94f.

²⁴³ Die tageszeitung vom 15.12.1998. angeführt nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 95.

²⁴⁴ Frankfurter Rundschau vom 15.12.1998. angeführt nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 96.

²⁴⁵ Der Tagesspiegel vom 21.12.1998; Frankfurter Rundschau vom 21.12.1998. angeführt nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 97.

²⁴⁶ FAZ vom 21.12.1998. angeführt nach: Brumlik [u.a.] 1999. a.a.O., 97.

Auschwitz, deutsche Normalität und vor allem über “die Juden” einherging. Dabei ist vor allem das Verstummen einer intellektuellen Kritik zu Beginn der Debatte erschreckend.

Es hat sich gezeigt, dass in der immer schneller werdenden Medienlandschaft eine längere, gründlichere Auseinandersetzung gar nicht mehr geleistet werden kann, sondern nur noch Formeln und Klischees vermittelt werden. Wenn man sich dessen bewusst ist, kann man sich den Anhängern der PC/PK-Bewegung anschließen und die Forderung aufstellen, dass dann wenigstens nur noch die Verbreitung moralisch gerechtfertigter Formeln erfolgen sollte.²⁴⁷ Denn die Freiheit der Meinungsäußerung bedeutet auch Verantwortung; und die moralische Verantwortung für das eigene Sprechen ist Teil der eigenen Menschenwürde.²⁴⁸ Nach Heringer muss Sprachkritik in Form einer “sanften Didaktik [...] über eine geistige Ansteckung via Einsicht und Annahme” erfolgen.²⁴⁹

Solange Politische Korrektheit appellativ statt präskriptiv ist, muss sie in einer demokratischen Auseinandersetzung einen würdigen Platz einnehmen. Dabei soll noch einmal betont werden, dass es nicht darum geht, den an der politischen Kommunikation Beteiligten bestimmte Vorschriften zu machen, sondern sie generell dazu anzuhalten, die Sprache reflektiert zu gebrauchen.²⁵⁰ Politische Korrektheit kann dazu beitragen, traditionelle Vorurteile zu vermeiden. Der völlige Verzicht auf moralische Werte und Normen ist vor allem in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung keine ethische Verhaltensweise. Wir müssen uns die Empörungsfähigkeit bewahren, um auch weiterhin ethisch handeln zu können.

Literatur

Brumlik, Micha / Hajo Funke / Lars Rensmann: Umkämpftes Vergessen: Walser-Debatte, Holocaust Denkmal und neuere deutsche Geschichte. Berlin 2000

Hoffmann, Arne: Political Correctness: Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz. Marburg 1996

Klotz, Johannes / Gerd Wiegel (Hg.): Geistige Brandstiftung?: Die Walser-Bubis-Debatte. Köln 1999.

²⁴⁷ Vgl. Hoffmann 1996. a.a.O., 40.

²⁴⁸ Vgl. Hoffmann 1996. a.a.O., 84.

²⁴⁹ Hans Jürgen Heringer. Ich gebe ihnen mein Ehrenwort: Politik, Sprache, Moral. München, 1990, 21. angeführt

nach: Hoffmann 1996. a.a.O., 55.

²⁵⁰ Rainer Wimmer postulierte dies als “(o)berstes Ziel der Sprachkritik”. angeführt nach: Hoffmann 1996. a.a.O., 55.

Rohloff, Joachim: Ich bin das Volk: Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik. Hamburg: Konkret, 1999.

Walser, Martin: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. www.kultur-netz.de/hdk/mw_rede.htm

Zeitschriftenartikel

“Geistige Brandstiftung” in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.10.1998.

Dohnanyi, Klaus von: “Eine Friedenspreisrede: Martin Walsers notwendige Klage” in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.11.1998.

“Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung.” in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.12.1998.

Augstein, Rudolf. “Wir sind alle verletzbar.” in: Der Spiegel vom 30. 11.1998.

“Moral verjährt nicht”. in: Der Spiegel vom 30.11.1998.

“Total normal?” in: Der Spiegel vom 30.11.1998

C. Wachsen: PC in Geschichtsbüchern. Ein Vergleich der Schulbücher der 70er, 80er und 90er Jahre.

C. Wachsen: PC in Geschichtsbüchern. Ein Vergleich der Schulbücher der 70er, 80er und 90er Jahre.

Einleitung und Herangehensweise

Die PC-Dabatte sowohl in den U.S.A., als auch in Deutschland hatte zur Folge, dass in allen Lebensbereichen “Sprachkorrekturen” vorgenommen wurden.

Im Rahmen dieser Arbeit soll überprüft werden, wie sich diese “Sprachkorrektur” in den deutschen Geschichtsbüchern ausgewirkt bzw. überhaupt stattgefunden hat. Dabei untersuche ich Geschichtsbücher aus den 1970ern, den 1980ern und den 1990ern anhand von drei geschichtlichen Ereignissen:

die Entdeckung Amerikas

der amerikanischen Unabhängigkeitskampf

die Bürgerrechtsbewegung in Amerika in den 1960ern.

Diese drei Ereignisse überprüfe ich anhand folgender Kriterien:

Vorkommen von Berichten über diese Ereignisse

Ausführlichkeit der Beschreibung

Grad der Distanziertheit der Autoren zu den Ereignissen

Vorkommen der im Sinne von PC verbotenen Wörter

Es soll also herausgefunden werden, inwiefern sich die Geschichtsbuchschreiber nach den Vorgaben der PC-Debatte gerichtet haben. Schließlich “[soll es] Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung (...) sein, begriffliche Vorgaben zu überprüfen und zu berichtigen; die historisch-rationale Analyse soll Gegenpol sein zu Mythenbildung und subjektiver Betrachtung (...)” (Sachs: 3).

PC in Geschichtsbüchern²⁵¹

1970er Jahre

Die Entdeckung Amerikas wird im Buch von 1973 auf vier Seiten dargestellt. Es wird bei der Beschreibung weniger auf die Anreihung möglichst vieler historischer Fakten Wert gelegt, sondern auf die narrative, schon fast romanhafte Darstellung der Ereignisse:

“Ausgerechnet an einem Freitag, am 3.8.1492, lässt Columbus die Anker lichten. Der Wind wölbt die Segel. Das Burgwasser beginnt zu gurgeln und zu rauschen. Die kleine Flotte treibt aus dem süd-spanischen Hafen Palos hinaus auf den Ozean. Abgesandte der Königin und weinende Frauen bleiben am Ufer zurück” (1973: S. 28,29).

²⁵¹ Ich erwähne im Text nur die Erscheinungsjahre der Bücher. Die vollständigen Titel und Autoren finden sich im Literaturverzeichnis (siehe fettgedruckte Markierung).

Die drei Schiffe, mit denen Columbus in See sticht, werden nicht mal beim Namen genannt. Den Autoren liegt offenbar wenig an einer objektiven Geschichtserzählung.

Hinsichtlich der politischen Korrektheit sind viele der verwendeten Wörter und Wortzusammenhänge unzulässig:

“Zögernd treten Eingeborene aus dem Urwald, nackte, braune Menschen mit schwarzem Haar und ‚gewinnenden Gesichtszügen‘, wie Columbus in seinem Tagebuch vermerkt. (...) Die Eingeborenen, die sich gerne mit roter oder grauer Farbe bemalen, nennt er ‚Indios‘, und so heißen sie bis heute” (1973: 29).

Das Gleiche trifft auch auf die im Buch von 1973 auf sechs Seiten beschriebene “Geburt der U.S.A.” zu. Die inhaltliche Dichte der historischen Fakten lässt zu wünschen übrig. Die Beschreibung erinnert eher an einen Roman:

“Seit Wochen liegen im Winter 1773 drei englische Segelschiffe mit Tee im Hafen von Boston vor Anker. Der Kapitän ist verzweifelt. Niemand will ihm seine Ware abkaufen.” (1973: 52)

Im Geschichtsbuch von 1970 kommen außerdem die Wörter “Neger” und “Negersklaven” sehr häufig vor (1970: 191-193)

Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre kommt in diesen Geschichtsbuchreihen nicht vor. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass diese Ereignisse noch andauerten bzw. zu kurz vor der Erscheinung dieser Bücher lagen.

1980er Jahre

Die Entdeckung Amerikas wird im Geschichtsbuch von 1984 auf zweieinhalb Seiten beschrieben. Die Beschreibung ist narrativ aber nicht romanhaft. Es wird versucht, möglichst viele Details in die Beschreibung zu integrieren:

“Auf der Suche nach dem Seeweg nach Indien an der afrikanischen Küste entlang aber hatten die Portugiesen bereits einen großen Vorsprung vor allen möglichen Konkurrenten und besaßen mehrere Stützpunkte.” (1984: 118)

An dem Satz *“Nackte Menschen lebten dort, die das Eisen nicht kannten, keinen Goldschmuck trugen und eine unverständliche Sprache sprachen” (1984: 118)* zeigt sich, dass die Autoren inzwischen etwas vorsichtiger formulierten. Doch weiterhin zeigt sich ein subjektives Befremden, dass auf den Leser übertragen wird/werden soll. Vollkommen politisch korrekt ist diese Ausdrucksweise daher noch nicht.

“Der Unabhängigkeitskampf der englischen Kolonien Nordamerikas” wird im Geschichtsbuch von 1983 a auf vier Seiten beschrieben. Auch hier ist die Erzählung narrativ, aber nicht romanhaft:

“Im Sommer 1775 beauftragte der Zweite Kontinentalkongress den wohlhabenden Tabakpflanzer und erfahrenen Offizier George Washington (1732-99) aus Virginia, eine Armee aufzustellen, die der englischen Berufsarmee gewachsen war.” (1983 a: 20).

Außerdem kommen die Wörter “Neger” und “Negersklaven” weiterhin vor (1983 a: 18, 20)

Die Bürgerrechtsbewegung in den U.S.A. wird im Geschichtsbuch von 1983 b in einem recht kleinen Absatz beschrieben. Sehr auffallend ist das häufige Vorkommen der Wörter “Neger” “Weiße” und “Negerführer”. Sie werden in diesem kleinen Absatz von sieben Zeilen immerhin sechs mal erwähnt.

Die zu Beginn der 1980er Jahre aufgekommene PC-Debatte hat also in die Geschichtsbüchern der 80er Jahre noch keinen Eingang gefunden. Auch hier könnte eine mögliche Erklärung sein, dass Geschichtsbücher sehr viele Jahre im voraus entwickelt werden und die bei der Erscheinung aktuellen Debatten nicht berücksichtigt werden können.

1990er Jahre

Die Beschreibung aller drei ausgewählten geschichtlichen Ereignisse ist im Geschichtsbuch von 1996 stichwortartig/tabellarisch und sehr detailliert formuliert. Beispielsweise wird die Verfassung vom 17. September 1787 sehr ausführlich beschrieben:

“(…) Der Kongress besteht aus zwei unauflösbaren Kammern: Repräsentantenhaus (auf 2 Jahre direkt gewählt) und Senat (je 2 Vertreter der Staaten auf 6 Jahre, wobei alle 2 Jahre ein Drittel der Senatoren neu gewählt wird). (...)” (1996: 293)

Die Ereignisse in den U.S.A. in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg werden ebenfalls detailliert beschrieben. Die Autoren gehen sehr genau auf die Innen- und Außenpolitik sowie auf die Rolle der einzelnen Präsidenten ein.

Es finden sich allerdings keine ausschmückenden Formulierungen. Die Autoren sind um eine möglichst objektive und unverfälschte Beschreibung ohne bewertende Adjektive bemüht. Man könnte meinen, die politische Korrektheit hätte Einzug in die Geschichtsbücher gefunden. Doch spätestens bei der Beschreibung der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre

fällt auf, dass immer noch die Worte “Neger”, “Negerbefreiung” und “Negerfrage” (1996: 519, 520) wie selbstverständlich vorkommen:

“Negerfrage: Gute Erfahrungen mit gemischten (integrated) Einheiten im Korea Krieg (...). 1957: Gesetz zum Schutze des Wahlrechts der Neger (Civil Bill of Rights). (...) 1963: Bürgerrechtsprogramm des Präsidenten wird durch eine Massendemonstration in Washington (200.000 Neger und Weiße) (...) unterstützt” (1996: 519, 520).

Fazit

Hinsichtlich der untersuchten Kriterien lässt sich folgendes feststellen:

Die Ausführlichkeit der Beschreibungen nimmt über die Jahrzehnte zu. Die Autoren sind verstärkt bemüht, möglichst detailliert die historischen Fakten zu präsentieren. Ihr Stil verändert sich von einen narrativen, romanerzählenden zu einem kurzen, ohne jegliche Ausschmückungen. Dies hat auch zur Folge, dass das subjektive Empfinden der Autoren mehr und mehr in den Hintergrund rückt. Sie sind immer mehr bemüht, möglichst objektiv zu berichten. Sie wollen den Leser nicht mehr beeinflussen, sondern ihm ein unverfälschtes und “unverfälschbares” Geschichtsbild vermitteln.

Die vermehrte sprachliche Distanz der Autoren zu den Ereignissen führt dazu, dass die Schüler selber lernen, kritisch mit der Geschichte umzugehen. Sie können sich ihre eigene Meinung bilden. Der Geschichtslehrer hat dadurch mehr und mehr die Aufgabe, die Schüler zu einem kritischen Denken zu erziehen.

Bis hierhin kann man die Entwicklung in den Geschichtsbüchern als positiv bezeichnen.

Die Tatsache, dass weiterhin Wörter wie “Neger”, “Negerbefreiung” und “Negerfrage” wie selbstverständlich vorkommen, erstaunt mich sehr. Das habe ich nach der so heftig geführten PC-Debatte in den 1980ern nicht erwartet. Dass diese Worte im Text des Geschichtsbuches von 1996 nicht einmal in Anführungszeichen gesetzt werden, zeigt, dass die Autoren offenbar kein Gespür dafür entwickeln, dass Schüler dadurch in ihrer Kritikfähigkeit beeinflusst werden. Sie betrachten solche Bezeichnungen als selbstverständlich, ohne sie zu hinterfragen. Sicherlich soll mithilfe der Geschichtsschreibung gezeigt werden, wie das Verständnis in der jeweiligen Zeit war, doch sollte man zumindest mit einem Satz erwähnen, dass sich die Einstellung dazu heute geändert hat bzw. breiter diskutiert wird.

Die Entscheidung darüber, welches Verständnis man selber hat, kann einem ja überlassen werden. Dies geht aber eben nur, wenn beide Möglichkeiten aufgezeigt werden.

Literatur

Goerlitz, Erich/Immisch, Joachim (Hrsg.): Zeiten und Menschen. Neue Ausgabe B. Das Werden der modernen Welt, Band 3, Paderborn 1983 a

Goerlitz, Erich/Immisch, Joachim (Hrsg.): Zeiten und Menschen. Neue Ausgabe B. Zeitgeschichte, Band 4, Paderborn 1983 b

Goerlitz, Erich/Immisch, Joachim (Hrsg.): Zeiten und Menschen. Neue Ausgabe B. Das europäische Mittelalter und die frühe Neuzeit, Band 2, Paderborn 1984

Hoffmann, Arne: Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz, Marburg 1996

Kapitzky, Jens: Sprachkritik und Political Correctness in der Bundesrepublik, in: Eschenbach, Achim/Schmitz, H. Walter (Hrsg.): Essener Studien zur Semiotik und Kommunikationsforschung, Band 1, Aachen 2000

Kinder, Hermann/Hilgemann, Werner (Hrsg.): dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Karten und chronologischer Abriss. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Band 2, München 1996

Kleedorfer, Jutta: "Dann eben mit Gewalt...", in: Medien-Impulse, Heft Juni 97, S. 55-67, 1997

Kühn, Willy (Hrsg.): Menschen in ihrer Zeit. Erzählungen aus der Geschichte, Band 1, Stuttgart, 1973

Lampert, Günther: Political Correctness und die sprachliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Skizze, in: American Studies (Amst). Eine Vierteljahresschrift, 40 (2), S. 247-257, 1995

Sachs, Hedwig (ohne Jahr): Über den Umgang mit der Geschichte, <http://www.unitas.de/html/beitrag/beitrag-a19.htm>

Voelske, Dr. A./Deermann, Dr. B. (Hrsg.): Zeiten und Menschen. Neuzeit, Band 3, Paderborn 1970

Wirthgen, Andrea (ohne Jahr): Political Correctness. Die "korrigierte" Sprache und ihre Folgen, Universität GH Essen, Fachbereich 3, Fuß 6, <http://www.linse.uni-essen.de>

V. Anhang.

V. Heitmann: Political Correctness - Eine kommentierte Bibliographie

Vorbemerkung

Das Thema *Political Correctness* (PC) wird in der Bundesrepublik Deutschland zwar diskutiert, ist aber in seinen Ausmaßen und in seiner Tragweite in keiner Weise mit dem Phänomen in seinem Ursprungsland, den Vereinigten Staaten von Amerika, vergleichbar. Daher ist auch die folgende Auswahl von Büchern und Aufsätzen, die sich mit dem Gegenstand PC beschäftigen, zu einem überwiegenden Teil US-amerikanische Literatur. Die wenigen Texte, die das Thema aus deutscher Sicht (bzw. aus britischer oder kanadischer Sicht) beleuchten, kommen ohne einen Rückgriff auf die USA ebenfalls nicht aus.²⁵²

Differenzierte Betrachtungen zum Thema *Political Correctness* stellen Ausnahmen dar – hüben wie drüben. Bei der Durchsicht und Lektüre der vorliegenden Literatur wird dem Lesenden eines schnell klar: es wird Position bezogen. Jeder Autor und jede Autorin definiert *Political Correctness* für sich selbst, durch diese eigene Definition wird bereits im Vorwort Stellung bezogen und die weitere Richtung angegeben. Und auch Darstellungen, die den Anspruch erheben, sowohl pro als auch contra vorzustellen, tun dies nur in den seltensten Fällen.

Die folgende Einschätzung ist daher in drei Teile untergliedert: in Bände, die eine ausgewogene Darstellung anstreben, Bände, die eine eindeutige Gegenhaltung erkennen lassen und solche, die Position für PC einnehmen. Innerhalb der Kapitel wird noch einmal

²⁵² Anzumerken ist auch, dass die Suche nach Literatur über *Political Correctness* auf die zur Verfügung stehenden Werke in den Berliner Bibliotheken beschränkt war und die folgende Auswahl daher bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

unterteilt in Literatur über *Political Correctness* in den USA sowie Betrachtungen aus anderen Ländern, wenn möglich aus Deutschland.

Pro und contra

Die USA

Bestes Beispiel für eine ausgewogene Darstellung ist *Political Correctness. For and Against* der Philosophieprofessoren Marilyn Friedman und Jan Narveson. Beide stellen ihre Sicht der Dinge in Hinblick auf *Speech Codes*, veränderte Kanons oder Multikulturalismus dar, sie diskutieren 'die Wahrheit', 'die Objektivität' und das Leben mit PC generell. In einer *Response* gehen sie danach noch einmal auf die jeweilige gegenteilige Meinung des anderen ein: sie dafür, er dagegen. Dabei vermeiden sie es, Anekdoten und Klischees zu bemühen. Stattdessen wird wohldurchdacht und logisch argumentiert. Dies ist eine Abhandlung, deren Lektüre ein Muss für die PC-Debatte ist.

Eine differenzierte Betrachtung des Phänomens PC will auch *Mistaken Identities. The Second Wave of Controversy over "Political Correctness"* liefern. Die Herausgeber Cyril Levitt, Scott Davies und Neil McLaughlin haben Autorinnen – zumeist aus dem universitären Milieu – versammelt, die alle, so die Herausgeber, politisch links der Mitte stehen und 'trotzdem' in der PC-Bewegung mehr Böses als Gutes sehen. Universalismus, Wissenschaft und Vernunft, weniger Regelungen, mehr Rechte – der klassische Liberalismus ist Grundtenor der Beiträge. Wenn aber Alan D. Sokol von "barbarian hordes of lit crit and sociology" (286) spricht oder Patricia Marchak sich nicht zu schade ist, PC gar mit der argentinischen Militär-Junta zu vergleichen (197f.), dann fragt sich der Lesende, ob nicht doch hier und da eine private Agenda mit im Spiel ist.

Eine ausgeglichene Sammlung von Aufsätzen haben Francis J. Beckwith und Michael E. Bauman mit *Are You Politically Correct?. Debating America's Cultural Standards* zusammengestellt. Beiträge zu den Themen Redefreiheit, Multikulturalismus, Westliche Zivilisation oder Quotenregelungen beleuchten den US-amerikanischen Campus. Auch hier ist jedoch eine Tendenz gegen PC – für Tradition zu erkennen, wird doch mehr Gewicht auf anekdotenhafte Schilderung der Umtriebe puristischer PC-Hardliner gelegt als auf einen wirklichen Versuch, das Phänomen zu erklären.

Dieser Aufgabe hat sich u.a. Jeffrey Williams angenommen und *PC Wars. Politics and Theory in the Academy* herausgegeben. Es diskutieren in diesem Band zwar fast ausschließlich Menschen, die von anderen als politisch korrekt eingestuft würden, es geht hier aber eben nicht um das einfache Schlagwort PC. Die Anti-PC Kampagne, das Problem 'der Theorie', *New Historicism*, die post-strukturalistische Welt, Dekonstruktivismus: "the

Academy speaks back" (7), so ein Arbeitstitel des Buches(hier fehlt wohl das Verb). Ziel ist es, jenseits vom Populismus aufzuzeigen, dass die Universität kein PC-infiltrierter Hort von Alt-Linken ist, sondern nach wie vor ein Ort für freie Diskussion. Deren Grundlagen liefert dieser Band.

PC – andere Blickwinkel

Weniger verwissenschaftlicht liefert *Beyond Political Correctness. Toward the Inclusive University*, herausgegeben von Stephen Richer und Lorne Weir, eine soziologische Analyse von *Political Correctness* generell und den Auswirkungen auf dem kanadischen Campus im speziellen. Die Autoren stehen zum Großteil hinter dem Grundgedanken von PC. Hervorzuheben ist der Beitrag von Lorne Weir, der einen selten guten Einblick in die Ursprünge des Begriffes gibt.

Überwiegend essayistisch greift der von Sarah Dunant herausgegebene Band *The War of the Words. The Political Correctness Debate* die PC-Debatte in Großbritannien auf. Journalisten, Publizisten, aber auch Akademiker berichten von ihren Gedanken über und ihren (guten und schlechten) Erfahrungen mit PC, nicht nur auf dem Campus, sondern auch in der (Kommunal-) Politik und in den Medien. Diese Aufsatzsammlung sticht insofern aus den anderen hervor, da sie sich des Themas insgesamt nicht all zu verbissen annimmt.

Aus anderem Grund fällt der Band *Nachrichten aus dem Jammertal. Wie sich die Amerikaner in 'political correctness' verstrickt haben* des in den USA lebenden Australiers Robert Hughes auf. Die amüsante feuilletonistische Sammlung – vielleicht besser bekannt unter dem Originaltitel *Culture of Complaint* – ist im Grunde eine pointierte Beschau des amerikanischen Lebensstils, die sich sowohl der PC-Befürworter als auch der PC-Gegner annimmt und über beide wenig gutes zu berichten weiß.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle die hervorragende wissenschaftliche Studie *Political Correctness. Eine Bewegung erobert Amerika* von Viola Schenz. Aus deutscher Sicht nimmt die Autorin eine umfassende systematische Auswertung einer für 1994 eindrucksvoll breiten Materialbasis vor. Emotionslos werden die Argumente von Befürwortern und Gegnern von *Political Correctness* untersucht und analysiert. Schenz liefert so einen ausgezeichneten Einstieg für jede Diskussion über PC.

Die Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* hat sich im Mai 1995 dem Thema *Political Correctness* angenommen und – in gewohnter Manier – Aufsätze von Autorinnen verschiedener Denkrichtungen zusammengestellt. Anfang 1996 hat die Zeitschrift *Das Argument* dies ebenfalls getan. Beide Bände liefern einen guten und schnellen Einstieg in die Materie.

Contra

Die USA

Dinesh D'Souzas *Illiberal Education. The Politics of Race and Sex on Campus* von 1991 ist einer der frühen Klassiker der Anti-PC-Debatte in den USA. D'Souza berichtet aus erster Hand von verschiedenen US-amerikanischen Universitäten über Zulassungspraktiken, Kanons und Unterrichtsinhalte, die alle von studentischen Aktivisten und jüngeren Professoren ohne Widerstand seitens der verängstigten älteren Professoren oder der Verwaltung im Namen des Pluralismus und der Vielfältigkeit verändert worden seien. Das Resultat sei, dass nur mehr nach Geschlecht und Rasse, nicht aber nach Fähigkeit oder Verdienst selektiert und unterrichtet würde und daher eine wahre liberale Bildung nicht mehr möglich sei.

Die Bundesrepublik Deutschland

Von ganz anderem Kaliber sind manche deutschen Autoren. Insgesamt fällt auf, dass unter den wenigen Publikationen, die sich mit *Political Correctness* in Deutschland beschäftigen, überdurchschnittlich viele eine Haltung gegen die – übersetzte – Politische Korrektheit einnehmen. Die Weise allerdings, in der sie dies tun, entbehrt zumeist jeglicher logischer Argumentation, so dass sie in dieser Bibliographie nur aufgrund der allgemein sehr spärlichen Literaturlage vertreten sind.

Bestes Beispiel ist Klaus J. Groths 320 Seiten starkes Traktat *Die Diktatur der Guten. Political Correctness*. Anstelle einer kurzen Einschätzung soll der Autor – kommentarlos – selbst zu Wort kommen:

"Die Diktatur hat einen neuen Namen: Political Correctness. Sie kennt keinen Diktator. Nur Diktatoren. Es ist die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit. Die Minderheit der Political Correcten [sic] terrorisiert mit einem einseitig erklärten Tugendkanon, erstickt in Deutschland die Meinungsfreiheit. ... Was nicht dieser Güternorm gerecht wird, was sich nicht fügt und anpasst, wird diffamiert und ausgegrenzt. Widerspruch wird nicht geduldet ... Diktaturen benutzen stets die gleichen Mittel." (9)

Wenig besser ist *"Politische Korrektheit" in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie* der Autoren Michael Behrens und Robert von Rimscha. Dieses Werk liest sich wie eine polemisierende Abrechnung mit dem politischen Gegner, z.B. dem "Ökoterrorismus" (84), und legt eine unglaubliche Arroganz an den Tag, wenn beispielsweise von AIDS als der "inzwischen auch in Deutschland ... politisch korrekten Seuche" (85) gesprochen wird.

Hingegen ist Michael Bonders *Die Nabelschau der Selbstgefälligen: Political Correctness. Im Irrgarten der Tabus* geradezu erfrischend normal, wenn auch der Titel mehr verspricht als er

hält. Bonder beschreibt nicht das Phänomen der *Political Correctness*, vielmehr bemüht er sich um eine Bestandsaufnahme der Bundesrepublik fünf Jahre nach dem Mauerfall. Wie ernst man allerdings das Buch nehmen sollte, ist fraglich: anstatt des Wortes 'man' benutzt der Autor das Kürzel 'mfm' – manfraumietzi, wobei Mietzi die Katze der Nachbarin ist und stellvertretend für die nicht zu diskriminierende Tierwelt steht. (35)

Pro

Die USA

Ganz anders die systematische wissenschaftliche Analyse über die *New Right* und deren Attacken gegen *Political Correctness* von Valerie L. Scatamburlo, *Soldiers of Misfortune. The New Right's Culture War and the Politics of Political Correctness*. Der Krieg gegen PC müsse verstanden werden im Kontext der breiteren Versuche der Neuen Rechten, die Veränderungen der 60er und 70er Jahre umzukehren, etwa in der Abtreibungs-, der Frauen- und der Minderheitenfrage. Daher hat es sich Scatamburlo zum Ziel gemacht, diese Neue Rechte kritisch zu untersuchen. Aber auch die zersplitterte, teils widersprüchliche US-amerikanische Linke wird kritisiert für ihren Pseudo-Radikalismus, der – im Zusammenhang mit PC – Politik auf Sprache und Text reduziere.

Obwohl nicht explizit auf PC zugeschnitten, sollen hier ebenfalls zwei Bände nicht unerwähnt bleiben: zum einen das von Lawrence Foster und Patricia Herzog herausgegebene *Defending Diversity. Contemporary Philosophical Perspectives on Pluralism and Multiculturalism*. Den Autorinnen ist gemein, dass sie alle für die Vielfalt im moralischen, sozialen und universitären Bereich eintreten.

Paula S. Rothenbergs *Race, Class, and Gender in the United States. An Integrated Study* verdeutlicht den Zustand, den *Political Correctness* – wie man sie auch definieren will – verändern will und ist daher für eine Diskussion um PC in den USA unerlässliche Lektüre.

Die Bundesrepublik Deutschland

Arne Hoffmanns Abhandlung *Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz* ist eine der – an einer Hand abzählbaren – ernstzunehmenden, wissenschaftlichen Analysen zum Phänomen PC in Deutschland. Der Autor beleuchtet das Thema aus sprachwissenschaftlicher Hinsicht und vermittelt eindrucksvoll, wie Sprache wirkt und warum man – allen Unkenrufen zum Trotz – seine Wortwahl bedenken sollte. Solange PC-Sprachregelungen nicht von staatlichen Autoritäten verordnet würden, seien sie Auswirkungen eines demokratischen, nicht eines totalitären Regimes.

Political Correctness im Zusammenhang mit dem Feminismus beleuchtet Simon Möller in *Sexual Correctness. Die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien*. Ziel dieser umfangreichen systematischen Printmedienanalyse über die Rolle der Medienberichterstattung über Feminismus im Kontext von PC ist, zu erläutern, wie Medieninszenierungen die wirklichen gesellschaftlichen Dominanzverhältnisse zwischen den Geschlechtern verschleiern. Da gerade in Deutschland die PC-Debatte meist die Frauenfrage ausklammert, ist dieses Werk nur zu empfehlen.

Schlussbetrachtung

Zehn Jahre, nachdem *Political Correctness* in den USA offiziell erstmals in Erscheinung trat, ist festzuhalten, dass sich die Literaturlage dort insgesamt recht ausgewogen darstellt.

Für Deutschland gilt dies nicht. Auch wenn hier nur eine Art *Light-Version* von *Political Correctness* anzutreffen ist, so spiegelt die vorliegende Literatur dies nicht wieder. Vielmehr hat es den Anschein, dass die wenigen Publikationen, die sich mit PC in Deutschland beschäftigen, häufig das US-amerikanische Phänomen unreflektiert übernehmen und es mit dem tatsächlich in der Bundesrepublik anzutreffenden vermischen. Dies gilt insbesondere für die beschriebenen Werke der PC-Gegner. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema findet daher höchst selten statt. Vielleicht kann der vorliegende Reader dazu beitragen, diesen Umstand zu verändern.

Seminarplan

HS 15222

Political Correctness

IN DER (INTER)NATIONALEN POLITIK

<http://www.egroups.de/group/politicalcorrect>e-mail: politicalcorrect@egroups.de

TERMIN SITZUNG	THEMA	LITERATUR ZUR VORBEREITUNG (im Reader) HAUSAUFGABEN
1. 24.4.2001	I. Einführung: Genese und Verbreitung eines Konzepts.	<i>Alle: Befragung im Bekanntenkreis (5 Personen): Was ist PC ?</i> <i>Zusammenstellung der Ergebnisse durch zwei Studenten.</i>
2. 8.5.2001	II. Ergebnisse der Befragungen: Annäherungen an einen Begriff. Inhalte von PC	<i>Pflichtlektüre:</i> <i>Hoffmann, A., Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz. 1996</i>
3. 15.5.2001	III. Das Aufkommen des Begriffs in den USA in den 80er Jahren. Ein neuer „Mc Carthyism ?“	<i>Referat: (2 Studenten) „PC in den USA“</i> <i>Pflichtlektüre:</i> <i>Levitt, C., Mistaken Identities 1999, Two Waves of Debate over Rights, Regulation, and Reason (Introduction), 1-15,</i> <i>Beckwith, F., Are you Politically Correct ? Debating America's Cultural Standards. Part One: 5-39</i>
4. 22.5.2001	IV. Der Export von PC nach Europa.	<i>Referat: (2 Studenten)</i> <i>Pflichtlektüre:</i> <i>Hoffmann, A., 8.5.2001.</i>
5. 29.5.2001	V. Thematische Fallstudien 1: Rassismus, Multikulturalismus und PC („Der Negerkopf“)	<i>Pflichtlektüre:</i> <i>Ravitch, Asante, Reisman in Beckwith, Multiculturalism and Public Education. 147-219</i>

6. 5.6.2001	V. Thematische Fallstudien 2: Feminismus, Gay, Lesbian-Movements und PC („Monica –Gate“)	<p><i>Referat (2 Studenten)</i></p> <p><i>Pflichtlektüre:</i></p> <p><i>Von Beyme, K., Theorie der Politik im 20.Jahrhundert, 1991, S. 286-309</i></p> <p><i>Howard, Rhoda, in Levitt, C., Women's Rights, Group Rights and the Erosion of Liberalism. S.130-144.</i></p> <p><i>Castells, M., The Power of Identity, 1997, Chapter 4: The End of Patriarchalism: Social Movements, Family, and Sexuality in the Information Age. S.134-242</i></p>
7. 12.6.2001	V. Thematische Fallstudien 3: Gruppenrechte und PC	<i>Hoffmann, A., siehe 8.5.2001</i>
8. 19.6.2001	VI. Identität und PC (I)	<p><i>Referat: (2 Studenten)</i></p> <p><i>Pflichtlektüre:</i></p> <p><i>Castells, M., The Power of Identity II, 1997, Chapter I, Communal Heavens: Identity and Meaning in the Network Society. 1-68</i></p>
9. 26.6.2001	VI. Identität und PC (II)	<p><i>Pflichtlektüre:</i></p> <p><i>Marchak, P., in Levitt, Identity Politics in a Changing Culture. S. 187-200</i></p>
10. 3.7.2001	VII. Universalismus und/ versus Partikularismus? (I)	<p><i>Alle: nachschlagen/ Literaturreche Universalismus.</i></p> <p><i>Pflichtlektüre:</i></p> <p><i>Gitlin, Howard, Marchak, Bird in Levitt, Questions of Universalism. 146-241</i></p>
11. 10.7.2001	IX. Universalismus und / versus Partikularismus ? (II)	<p><i>s.o. (Literatur 3.7.01)</i></p> <p><i>Debatte über Universalismus/Partikularismus.</i></p>
12. 17.7.2001	X. Abschlussdebatte über Sinn und Unsinn von PC. Debating America's Cultural Standards.	<p><i>Pflichtlektüre:</i></p> <p><i>Castells, M., The Power of Identity II, 1997</i></p> <p><i>Chapter 6: Informational Politics and the Crisis of Democracy. P. 309-354.</i></p>

Autorinnen und Autoren

Kirsten Ackermann, Fabian Frenzel, Vera Heitmann, Michael Hodel, Anne Jacobs, Nikolai Kotiasvili, Alice Lanzke, Annette Lohmann, Alia Mohammed, Christian Neuner-Duttenhofer, Frederik Pleitgen, Eva Pluharova-Grigiene, Katarzyna Skibinska, Nicola Stettner, Cornelia Wachsen, Christian Wüstner.